

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Von Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungskarte für 1895 unter Nr. 7138.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Interate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Druckerei: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Genth-Strasse 2.

Freitag, den 11. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Genth-Strasse 3.

Der Alexianer-Prozess.

Der Nachener Meineidsprozess hat mit der Freisprechung der Alexianerbrüder Heinrich und Jrenäus geendet. Das Schwurgericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Verdachtsgründe, die gegen die beiden geistlichen Herren geltend gemacht wurden von der Anklagebehörde, nicht ausreichten, um ein „Schuldig“ zu begründen.

Wir sind vollkommen einverstanden mit diesem Wahrspruch. Wir meinen, daß selbst dann, wenn noch weit plausiblere Gründe und Zeugenaussagen gegen sie vorgebracht worden wären, doch die Freisprechung hätte erfolgen müssen, falls auch nur bei einem Theil der Geschworenen Zweifel an der Schuld der Angeklagten sich geregt hätten. Wir meinen, die Rechtssicherheit verlangt, daß nur die allerzwingendsten Gründe zu einer Verurtheilung führen dürfen. Besser, daß zehn Schuldige freigesprochen, als ein Unschuldiger verurtheilt wird.

Wenn uns trotz unseres völligen Einverständnisses mit dem Urtheil des Nachener Geschworenengerichts ein bitteres Gefühl dabei überkommt, so rührt das daher, daß ein anderes Urtheil uns vor Augen steht, das nicht freisprach von der Anklage auf Meineid, sondern fünf Männer auf Jahre ins Zuchthaus schickte, deren Unschuld uns und ihren anderen Genossen sonnenklar ist, deren Geschick aber selbst politischen Gegnern als ein unverdientes erschienen ist und ihnen Worte achtungsvoller Theilnahme abgerungen hat.

Mußten die Brüder Heinrich und Jrenäus freigesprochen werden — weit überzeugender noch trat die Schuldlosigkeit von Schröder und Genossen zu Tage. Daß indes die Alexianer Heinrich und Jrenäus in die Freiheit zurückkehren, Schröder und Genossen ins Zuchthaus wandern, das ist der Lauf der Welt, dieser Welt des Kapitalismus, der Klassengegenstände, die auch persönlich wohlwollende Leute verblenden können bis zum blindwüthigen Haß, der keine edele Regung dem Gegner mehr zugesteht, der von vornherein ihn jeder Schandthat fähig hält. Wehe, wenn aus solchen Stimmungen heraus Urtheile gefällt werden!

Wie glühendes Eisen in das lebendige Fleisch bohrt sich dem Schuldlosen ein verurtheilender Richterspruch in die Seele hinein. Und mit ihm empfinden gleich peinvoll diesen Seelenschmerz alle, die sich sagen müssen, daß die Opfer eines solchen Urtheilspruchs diesem Schicksal verfallen sind, weil sie gleiche Gesinnungen mit ihm hegen. Jeden Sozialdemokrat trifft es, wenn einer seiner Gesinnungsgenossen deshalb schuldig gesprochen wird, weil dessen sozialdemokratische Gesinnung den aus anderen Gründen hergeleiteten Schuldverdacht zur Schuldgewißheit bei den erkennenden Richtern steigert.

Und so oft ein ähnlicher Vorgang, ein gleichartiger Rechtsfall Angeklagte aus bürgerlichen Kreisen, Angeklagte von nicht sozialdemokratischer Anschauung zur Freisprechung führt wegen ungenügenden Schuldbeweises, wird die Wunde frisch aufgerissen. Vernarben wird sie nicht, als bis eine neue Rechtsordnung Sicherheit gewährt vor rechtsirrhümlichen Klassenurtheilen.

Das ist die Betrachtung, die sich uns zunächst aufzwingt bei Erwägung des Meineidsprozesses gegen die Alexianer. Doch es ist nicht die einzige.

Klerikale Blätter haben wiederholt die Freisprechung der beiden Geistlichen von der Wiederholung des Meineids so gedeutet, als ob damit auch alles entkräftet würde, was von Herrn Mellage über die Zustände in der geistlichen Irrenanstalt Marienberg mitgeteilt und durch mehrtägige Gerichtsverhandlungen in dem gegen Herrn Mellage von den Alexianern angestregten Beleidigungsprozess nachgewiesen wurde. Das ist eine völlig unberechtigte Schlussfolgerung.

In dem Meineidsprozess handelte es sich um ein paar ganz nebensächliche Aussagen der beiden angeklagten Brüder. Sie hatten unter Zeugeneid bestritten, bei irgend einer Gelegenheit irgend welche Äußerungen gethan oder Handlungen begangen zu haben. Man ist nach dem Ausgang des Meineidsprozesses vollständig berechtigt, zu bestreiten, daß jene Äußerungen gefallen, jene Handlungen begangen sind. Aber wird damit irgend etwas entkräftet, was sonst über die Zustände in Marienberg ans Tageslicht gekommen ist? Sicher nicht.

Kein Mensch hat das Recht, die beiden Brüder Heinrich und Jrenäus des Meineids zu bezichtigen. Aber hat es deshalb keine schmutzige Station in Marienberg gegeben, keine Straf-Eintauchungen gefesselter Kranker in kalte Wasserbäder, bis die Blasen aufstiegen? Ist der schottische Geistliche Forbes etwa nicht gewaltsam in der geistlichen Irrenanstalt zurückgehalten worden, trotzdem er den Brüdern selbst für genug geistig gesund galt, um ihnen die Messe lesen zu können?

Das ist doch alles sogar zugegeben worden. Das einzige, was man zur Entschuldigun der Brüder vorbrin

lann, ist, daß es ähnlich, mehr oder weniger schlimm in anderen Irrenanstalten, geistlichen und weltlichen, zugeht, und daß die Enthüllungen über Marienberg nicht sowohl die besondere Untauglichkeit geistlicher Irrenpflege bewiesen, als dem Volke die Augen geöffnet haben für die dringende Reformbedürftigkeit des Irrenwesens überhaupt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. Oktober.

Unter dem Septembervord. Der „Volkswille“ in Hannover meldet:

Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr fand in den Druckerräumen des „Volkswille“ schon wieder einmal eine Hausdurchsuchung und Beschlagnahme statt. Es handelte sich um die Nummer 235. Auch hierin soll angeblich wieder eine Majestätsbeleidigung enthalten sein. Beschlagnahmt wurden circa 200 Exemplare. Erst einige Tage vorher war dem verantwortlichen Redakteur, Genossen Thielhorn, die Anklageschrift bezüglich der Nummer 212, in welcher gleichfalls eine Majestätsbeleidigung enthalten sein soll, zugegangen. — In Haft wegen angeblicher Majestätsbeleidigung befindet sich Genosse Thielhorn. Nachdem er aus bestimmten Gründen am Dienstag Abend dem Wunsche des Staatsanwaltes keine Folge geben konnte, hat sich Genosse Thielhorn am Mittwoch Mittag freiwillig in die Arme der Gerechtigkeit begeben. Hoffentlich dauert die Untersuchungsdauer nicht so lange, wie die des Genossen Rauch, da ja bei unsern beiden Genossen ausgeschlossen ist, daß sie sich der etwaigen Strafe durch die Haft entziehen würden.

Aus Arnstadt in Thüringen geht uns folgende Privat-Depesche zu:

Das Reichsgericht hat den Strafantrag wegen Hochverrath abgelehnt; die Genossen sind aus der Haft entlassen.

Diese Depesche kann sich nur auf die sieben Genossen beziehen, deren Verhaftung wegen Flugblattvertheilung n. g. gestern mittheilten. In der „Thüringer Tribüne“ war angegeben, ihre Inhaftierung sei wegen angeblichen Verstoßes gegen § 131 (Aufreizung zum Klassenhaß) erfolgt. Nach der Depesche muß indes die Staatsanwaltschaft thatsächlich Hochverrath gespürt haben, da sonst das Reichsgericht nicht hätte in Funktion treten können.

Ueber die Ausweisung Dr. Ellenbogen's aus Breslau theilt die Breslauer „Volkswacht“ mit:

Genosse Dr. Ellenbogen aus Wien wurde beim Betreten des Kongresslokals polizeilich festgenommen. Man führte ihn auf das Polizeipräsidium und forderte von ihm Legitimationspapiere. Dieselben sollen nun, nach der Meinung der Breslauer Polizei, ungenügend sein und sie verlägte darauf, daß Genosse Dr. Ellenbogen, der gestern früh die Grüße der österreichischen Genossen überbrachte und seine kurze Rede mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß, noch heute Nachmittag Breslau und den deutschen Boden überhaupt zu verlassen habe. Wir erinnern daran, daß bei Gelegenheit des polnischen Parteitag's unsere Polizeibehörde den Genossen Dr. Lefter-Kralau ebenfalls ausgewiesen hat.

Der „Kleine Mann“ als Kapitalist erscheint dem Fürsten Hohenlohe, Kanzler des Deutschen Reiches, schuldbedürftiger, als der kleine Mann als Arbeiter und Konsument. Dieses interessante Eingeständniß findet sich in einer Erklärung, die der alte Herr einem Interviewer der „Kölnischen Bzg.“ auf die Frage gegeben hat, ob es wahr sei, daß regierungsfreudig eine Ermäßigung des Zinsfußes für die vierprozentigen oder gar dreieinhalbprozentigen Reichs- und Staatskonsols geplant sei.

„Fürst Hohenlohe“ heißt es da, „verhehlte seine Bedenken gegen die Umwandlung nicht. Er sagte, die Frage könne unmöglich vom rein finanziellen Gesichtspunkte aus angesehen werden, es sei auch die wirtschaftliche und finanzpolitische Lage und nicht minder die sozialpolitische Wirkung einer solchen Maßregel in Betracht zu ziehen; wie lange die augenblickliche Geldfülle andauern werde, sei nicht zu übersehen, an der Börse sänden augenblicklich Preistreiberien statt, deren Förderung der Staat und das Reich jedenfalls unbedingt vermeiden müßten. Auch habe der Staat ein lebhaftes Interesse daran, daß zumal das kleinere Publikum seine Kapitalanlagen nicht in ausländischen Werthen, sondern in sicheren heimischen Staatswerthen mache. Jede Zinsherabsetzung solcher Werthe schädige zum mindesten für einige Zeit die vornehmste Sicherstellung kleiner Ersparnisse. Vor allem aber sei der große sozialpolitische Gesichtspunkt für die Entschlüssen der kaiserlichen Regierung maßgebend. Eine Herabsetzung des Zinsfußes für die schon ausgegebenen 4prozentigen Konsols treffe vielfach weitgehend und hart den kleinen Mann, der auf Grund dieses Zinsvertrages seiner Ersparnisse hoffe, einen ruhigen Lebensabend zu genießen und durch die Zinsherabsetzung in einer für ihn nicht wieder gut zu machenden Weise in seinen einfachsten Lebensbedürfnissen beeinträchtigt werde. Wenn man im Reichstage es schon für ausgeschlossen erkläre, mit Rücksicht auf den kleinen Mann das Glas Bier oder die Pfeife Tabak mit einer wenn auch minimalen Steuererhöhung zu bedenken, so müsse eine Zinsherabsetzung an den mit schwerer Arbeit

erzielten Ersparnissen erst recht unannehmbar sein. Zahlreiche Sparkassen hätten einen großen Theil ihrer Kapitalien in vierprozentigen Anleihen angelegt; eine Herabsetzung des Zinsfußes dieser Anleihen müsse alsbald auch die Sparkassen-Verwaltungen zwingen, den Zinsfuß für die von ihnen verwalteten Ersparnisse der kleinen Leute herabzusetzen. Der Staat habe weit eher ein Interesse daran, gerade diese kleinen Kunden der Sparkassen durch einen leidlich hohen Zinsfuß zum regen Sparen anzufeuern und damit die Kapitalbildung zu erleichtern. Nicht minder würde durch eine Zinsherabsetzung die gemeinnützige Thätigkeit der Stiftungen zum Schaden vorzüglich von Wittwen und Waisen gelähmt. Diese sozialpolitischen Nachteile ließen sich durch die ausschließlich finanziellen Vorteile der Zinsherabsetzung nicht ausgleichen. Der Fürst erklärte, er könne ein angebliches Recht der Steuerzahlers auf eine solche Zinszahlung so lange nicht anerkennen, als nicht durchaus feststehe, daß der Zinsfuß dauernd gesunken sei. Dervon seien wir indes noch weit entfernt.“

Die Verstärkung der konservativen Partei macht erfreuliche Fortschritte. Einer nach dem anderen von den Widersperstigen würgt jetzt den Stöcker herunter. So Latte die „Kons. Korresp.“ anfangs sich über den Stöcker-Brief mißfällig geäußert. Jetzt erklärt sie:

„Wie recht wir hatten, als wir vor einigen Wochen hervorhoben, man werde, bevor man ein abschließendes Urtheil über den Stöcker'schen Brief sich bilden könne, gut thun, die von Herrn Hofprediger Stöcker angekündigten Darstellungen abzuwarten, geht aus nachstehenden Sätzen derselben hervor: „Man hat — so heißt es in dem dritten Aufsatze Stöcker's in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“ — den Satz: „Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und B. Zwietracht säen will, so löst man ihn zurück“ — so ausgesagt, als hätte ich diese Zwietracht säen und den Kanzler stürzen wollen. Diese Auffassung ist böswillig. . . . Ich kann versichern und berufe mich dafür auf alle meine näheren politischen Freunde, daß ich niemals, trotz der größten Meinungsverschiedenheiten in inneren und kirchlichen Fragen, den Abgang des Fürsten gewünscht habe. Immer habe ich geglaubt, daß er wie ein Feldmarschall des Zivildienstes bis an sein Lebensende in seinem Amte bleiben würde.“ Wir akzeptiren diese Erklärung und halten damit die Sache für abgethan.“

„Ich glaube es, weil es absurd“, hatte einst der heilige Augustinus als Leitwort für den wahren Gläubigen aufgestellt. „Ich akzeptire Stöcker's Ausrade, weil sie absurd — und mir in den Kram paßt“, ist der Hintergedanke der „Konservativen Korrespondenz“. Nur weiter so! Wir freuen uns über jede solche Erklärung.

Ein neues Mittel zur Ausrottung der Sozialdemokratie hat ein sächsischer Antisemit, Herr Glöb, entdeckt. Die „Staatsbürger-Zeitung“ veröffentlicht das Arcanum Glöb's mit feierlichem Ernst der Mitwelt, wofür wir dem geschätzten Mundstück des antisemitischen Philisterrthums unsern tiefgefühlten Dank aussprechen; wir kommen dadurch in die Lage, unsern Lesern in dieser ersten Zeit durch Mittheilung der Glöb-Rezepte einige heitere Augenblicke bereiten zu können. Die Juden sind natürlich wie an allem Bösen, so auch an der Sozialdemokratie schuld. Deshalb erklärt denn auch Herr Glöb:

„Der Jude fühlt sich ja in allen Ländern zu Hause; warum soll man ihm denn nicht auf gefenslichem Wege den Fortgang aus einem angeblich „kulturwidrigen“ Reich erleichtern? Man kann aus staatsrechtlichen Gründen jede antisemitische Spitze in der Fassung dieses Gesetzes vermeiden und es doch spezifisch antisemitisch wirken lassen. Es könnte vielleicht so lauten:

„Wer durch Schrift oder Wort oder durch Hergabe von Geld auf den sozialdemokratischen Umsturz der gegenwärtigen Gesellschafts-Ordnung hinarbeitet, kann auf Lebensdauer des Landes verwiesen werden, wenn er oder seine Vorfahren erst durch Gesetz oder Naturalisation die deutschen Staatsbürgerrechte erlangt haben.“

Die Deutschen verdienen Prügel, wenn sie sich ihren mühsam aufgebauten Staat von eingewanderten Asiaten ruiniren ließen. Die Ausweisung von 50 bis 100 notorischen Wählern unter den Juden würde eine Panik in der Sozialdemokratie hervorrufen und vor allem einen gewaltigen Juridizium der Parteimittel zur Folge haben. Denn wenn der Jude sieht, daß er selbst nicht mehr eine eitle Rolle in der Partei spielen kann, wird er die ganze Sache als „höchst uninteressant“ an den Nagel hängen.

Sodann ist es nothwendig, daß der Kaiser sich die Rabbiner sämtlicher deutschen Großstädte, von Berlin, Hamburg, Frankfurt, Magdeburg, Breslau, Leipzig, Chemnitz, Monheim, München zc. kommen läßt und sie auf's schärfste veranlaßt, daß sie durch Synagogenanschlag ihre Gemeindeglieder vor einer Theilnahme an der Sozialdemokratie warnen. Es ist höchst auffallend, daß, während die katholische und protestantische Geistlichkeit durch Wort und Schrift ihre Angehörigen vor dem Eintritt in die unchristliche Sozialdemokratie warnen, die Rabbinerschaft bisher nicht eine einzige Rundgebung gegen die Sozialdemokratie hat verlauten lassen, obgleich fast die ganze sozialdemokratische Presse und Druckeßliteratur von Juden geschrieben wird.

Daß besonders der letztere Wunsch des Herrn Glöb, die kaiserliche Mahnrede an die versammelten Rabbiner, in Erfüllung gehe, darum möchten auch wir gebeten haben.

Türkische Ausmaßregeln. Aus Konstantinopel wird depechirt:

Einige Schiffe mit Munition sind nach den Dardanellen ab-

gegangen, wo mit der Legung von Minen begonnen wird. Außer dem zur Inspektion und Instandsetzung der Dardanellen-Befestigungen entsandten Marschall Fuad Pascha wurde auch nach der Besetzung eines Generalstabsoffiziers zur Anlage neuer Batterien beordert.

Diese Maßregeln zum Schutze der Hauptstadt lassen darauf schließen, daß in türkischen Regierungskreisen ein ernsthaftes Eingreifen der Großmächte, vielleicht auch eine Flottendemonstration befürchtet wird. Die türkischen Staatsmänner richten sich wohl auf alle Eventualitäten ein. Die türkische Regierung weiß, daß unter der christlichen Bevölkerung ungeheurer Gährungsstoff aufgehäuft ist und daß sie nicht sicher ist, den muslimännischen Fanatismus zu zügeln. Bei der energischen Haltung Englands und den gegen die Türkei gerichteten Plänen Russlands faßt man in der Umgebung des Sultans wohl auch die Eventualität eines Krieges ins Auge.

Zur Verfolgung Wulfschlegers durch deutsche Gerichte. Die Freiburger Strafkammer verhandelte am Sonnabend gegen den in Basel erscheinenden „Vorwärts“, und zwar auf Einleitung der Nummern 207 und 209 dieses Blattes. Der Gerichtshof erkannte die Anklage für begründet an und hielt sich für zuständig, ein Urtheil zu fällen, da im Bezirk Lörrach die betreffenden Nummern Verbreitung gefunden hätten. Nach dem Urtheil sind die betreffenden Nummern wegen Verleumdung des deutschen Kaisers einzuziehen, mit Beschlagnahme zu belegen und das Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur einstweilen einzustellen.

Bekanntlich ist gegen den Redakteur des Blattes, den Genossen Wulfschleger in Basel, ein Steckbrief erlassen worden. Unter den badischen Genossen herrscht die Meinung, der Steckbrief sei nur darum erlassen, um Wulfschleger, eine bewährte agitatorische Kraft, während der Wahlperiode (zum Landtag) von badischem Gebiet fernzubehalten.

Der Basler „Vorwärts“ bemerkt zu dem Verfahren gegen seinen Chefredakteur:

„Eine Preßklage ist uns nicht zugestellt worden und wir wissen jetzt noch nicht, auf welche Artikel resp. Neußerungen die Klage sich stützt. Immerhin ist das Verbot bestimmter Nummern eines auswärtigen Blattes im Deutschen Reich wenigstens gefährlich, während die staatsrechtliche Verfolgung eines Ausländers für ein im Auslande begangenes Verbrechen, das nach der ausländischen Gesetzgebung gar kein Verbrechen, unter allen Umständen ungeschicklich ist. Wohl aus diesem Grunde hat die Freiburger Strafkammer das Verfahren gegen Redakteur Wulfschleger, wenn auch nur „einstweilen“, eingestellt, d. h. einstellen müssen. Wir sind übrigens von diesem Entscheide noch nicht ganz befriedigt, wie wir denn überhaupt schon vorher eingeschlossen waren, die Sache weiter zu verfolgen und nöthigenfalls mit Unterstützung der schweizerischen Bundesbehörde uns gegen die ungeschickliche Verfolgung eines schweizerischen Bürgers durch deutsche Behörden zu vermahnen. Die im Berichtsurtheil erwähnte Verbreitung der genannten zwei Nummern des „Vorwärts“ im Bezirk Lörrach kann, falls eine solche überhaupt stattgefunden hat — was wir bezweifeln — nur eine sehr unbedeutende gewesen sein.“

Der madagassische Feldzug der Franzosen hat seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Heute lief in Paris die offizielle Meldung ein, daß die Hauptstadt von Madagaskar, Antananarivo (deutsch: tausend Dörfer), am 30. September von den Franzosen eingenommen wurde und daß am 1. Oktober ein vorläufiger Friedensvertrag, über dessen Inhalt noch nichts bekannt ist, abgeschlossen wurde. Der Sieg hat den Franzosen ungeheure Opfer an Menschenleben und an Geld gekostet. Tausende bezahlten das kolonialpolitische Abenteuer mit lebenslänglichem Siechthum, das sie sich in den madagassischen Fieberjümpfen geholt haben.

So vollkommen die Bewaffnung der französischen Truppen war, so ungenügend war für die Verpflegung, Fortschaffung und ärztliche Pflege der Truppen gesorgt.

Die französische Regierung jubelt über ihren kriegerischen Erfolg, läßt urtheilende Politiker wissen aber, daß mit der Einnahme der Hauptstadt Madagaskars die Opfer nicht erschöpft sind. Madagaskar hat einen größeren Flächeninhalt als Frankreich. Das Innere des Landes ist gebirgig, die Küsten sind sumpfig; so wird eine große Truppenmacht von Frankreich aufgebracht werden müssen, um das mit schweren Opfern Erzwungene auch zu behaupten.

Frankreich hat nun sein zweites Tonking. Dem französischen Volke werden da wohl bald die Augen durch die Opfer für die kolonialpolitischen Abenteuer ihrer Staatsmänner übergehen.

Deutsches Reich.

— Der Bundesrath überwies in der Sitzung vom 10. Oktober verschiedene Vorlagen den zuständigen Ausschüssen, und zwar: den Entwurf einer Verordnung wegen Abänderung der Verordnung vom 18. April 1888 über die Rantinen der Beamten und Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei, ferner den Entwurf betreffend die Ausdehnung der Invaliditäts- und Altersversicherung von Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie und den Entwurf einer Bestimmung über Abänderung der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe.

— Von Herrn Pastor Göhre liegt ein Lebenszeichen vor uns, aus dem hervorgeht, daß der gährende Most des einstmaligen dreimonatigen Fabrikarbeiters sich in den milden Wein des befähigten Seelenströmers abgekühlt hat, dem darum zu thun ist, mit aller Welt in Frieden zu leben, mit Hoch und Niedrig, besonders mit Hoch. Bei einem Vortrag des Pastors Raub über die sozialen Pflichten des landwirtschaftlichen Arbeitgebers hatte er den Vorschlag und gab nach einem Berichte das „Voll“ in der Diskussion folgende Worte frommer Weisheit von sich:

„Die Pastoren müssen eine sozial verfassende Thätigkeit entwickeln. Der Arbeitgeber auf dem Lande ist gar nicht im Stande, die ihm vom P. Raub auferlegten sozialen Pflichten zu erfüllen, weil seine Noth zu groß ist. Aber diese Noth ist eine Noth der Weltgeschichte für die jahrhundertelange Unterdrückung der Unterthanen durch die Grundherren. Es handelt sich heute darum, ob das dem Landarbeiter aufdämmernde Selbstständigkeitsgefühl in die geordneten Bahnen einer allmählichen Entwicklung oder in die Wege der Sozialdemokratie oder des Ahnward'schen Antisemitismus gelenkt wird. Das Ideal der Stumm'schen Gruppe der Evangelisch-Sozialen, zu der ich mich rechne, ist: im Osten solche ländliche Zustände zu schaffen, wie sie zwischen Elbe und Rhein sind. In diesem Sinne der gefunden Mischung von Groß- und Kleingrundbesitzer ist auch das vielfach mißdeutete Wort zu verstehen: Das Land der Masse. Die Neubefestigung des ganzen großen Ostens mit kleinen kräftigen Existenzen würde unser ganzes nationales Leben mit neuem Blut erfüllen, ohne den gesunden Großbesitz, wo er nöthig ist, zu zerstören.“

Zum Teufel ist der Spiritus, das Pflögen ist geblieben!

— Graf Ribbach-Sorguitten, der bekannte Staatsrechtler-Trompeter, verleugnet den entfernten Bruder Hammerstein, so weit das rechtlich schon möglich ist. Nachdem er für sich erklärt

hat, vor dem Generaltruch keine Abnung von Hammerstein's dolofer Handlungsweise gehabt zu haben, sagt er in einer Erklärung in der „Konservativen Korrespondenz“ weiter:

„Wenn es ferner der liberalen Presse beliebt, den Freiherrn von Hammerstein als Parteiführer zu bezeichnen, so ist das auch nicht zutreffend. Freiherr von Hammerstein hatte als Chefredakteur des größten konservativen Organs durch diese seine Stellung naturgemäß einen weitgehenden Einfluß. Ein Parteiführer auf politischem Gebiete war er aber nicht, noch weniger auf wirtschaftspolitischem. Dazu war schon seine Betheiligung an den Arbeiten der Fraktion eine viel zu geringe.“

Ja, werthgeschätzter Herr Graf, das hilft nun wirklich nicht, wenigstens vorläufig nicht. Noch verschimmt die Aera Hammerstein nicht im Nebel. Sie werden es vorläufig selbst nicht einmal die Landpostoren glauben machen, daß Herr v. Hammerstein kein Parteiführer war. Es sprechen doch zu viel Beweise dafür, daß er mehr galt in der konservativen Partei, als die sämtlichen Fraktionsgrafen zusammen.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Oktober. In der heutigen Sitzung des Folketing's brachte der ehemalige Präsident des Folketing's, Amtsraths Strabbe (Linke-wild) die in der Eröffnungssitzung am 7. Oktober angekündigten Anträge, betreffend Änderungen der Verfassungsurkunde, ein. Demen zufolge sollen die Erlasse provisorischer Bewilligungsgesetze verboten werden, und ein nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl beider Reichstagskammern gewählter gemeinsamer Dreißiger-Ausschuß zur Entscheidung etwaiger finanzieller Streitfragen zwischen beiden Kammern eingeführt werden. Dieser Ausschuss wählt durch das Loos seinen Obmann, dessen Stimme bei Stimmengleichheit entscheidet.

— Die Christenverfolgungen. Ein dem Blatte „Mission catholique“ aus Hankau zugegangenes Schreiben vom 27. August meldet, die Christenverfolgungen hätten sich auf die neuen Provinzen Chinas ausgebreitet; die Missionsgebäude in Hankang seien zerstört, die Christen theils ermordet, theils verwundet worden.

Türkei.

— Die Unruhen. Es wird nun auch in Konstantinopel Meldungen zugestanden, daß noch in anderen Orten als in der Hauptstadt Demonstrationen und Zusammenstöße stattgefunden haben.

Die Anzahl der getödteten Armenier ist noch immer nicht offiziell bekannt gegeben, man beschränkt sich bloß auf die Meldung, daß bis Sonntag dem armenischen Patriarchate 88 Leichen übergeben wurden.

Die Postkammer der Mächte unternahm am Mittwoch beim Großvezier Kiamil Pascha neuerdings Schritte, um die Räumung der andauernd von Flüchtlingen gefüllten Kirchen zu veranlassen, wobei sie der Pforte ihre Unterstützung anbot, um zur Verhütung der Geflüchteten, die ohne Garantien für ihre weitere Sicherheit die Kirchen nicht verlassen wollen, beizutragen. In den letzten zwei Tagen haben wiederholte Ministerberatungen im Jüdisch Kiosk stattgefunden, die auch der auf die Verbalnote der Postkammer vom 6. d. M. zu ertheilenden Antwort gedeutet haben dürften; diese Antwort wurde für heute angehängt. Erlasse an die Polizei, Gendarmerie, Armee und Marine, an welche Patrone vertheilt wurden, instruirten sie für ihre Amtshandlungen und den etwa zu leistenden Beistand dahin, daß sie mit größter Gerechtigkeit vorzugehen, untheilhaftige Leute unbefähigt zu lassen und von Schusswaffen nur bei Angriffen gegen sie Gebrauch zu machen haben, oder wenn die Bevölkerung Schusswaffen anwendet, in welchem Falle sie Zeden niederzuschießen haben.

China.

— Das japanische Beispiel scheint nun das verpöhlte China zur Nachahmung zu zwingen. Die „Kowojie Dremja“ meldet aus Wladivostok: Shanghaier Blätter bestätigen, der Kaiser von China habe seine Zustimmung zum Bau einer Eisenbahn von Shanghai über Sutschou, Wouhst (?), Tschipian (?) nach Nanking gegeben. Ein geheimer Erlaß befiehlt, es solle mit dem Bau der Bahn unverzüglich begonnen werden. Außerdem soll eine Universität nach europäischem Muster in Tientsin gegründet und viele Vorbereitungsstellen im nördlichen China errichtet werden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

In den Ausschuss zur Vorberathung der Vorlage betr. die Verlegung der sog. Kirchhofstraße in der Hofenhalde ist auch der Stadtv. Herzfeldt gewählt.

Aus der engeren Wahl zwischen den Stadtv. Giese und Dr. Ruge geht mit 52 von 90 Stimmen der erstere als Mitglied der Deputation für die Krankenanstalten hervor.

Die Vorlage betr. die Aenderung der Fällleitungen zu den Heizsystemen des Polizeipräsidial-Gebäudes ist von dem fünfgleibrigen Ausschuss einstimmig angenommen worden, obwohl anerkannt wurde, daß, nachdem inzwischen das Polizeikostengesetz ergangen, in diesem Falle bereits Verjährung vorliegt. In der heutigen Debatte besprachen die Stadtverordneten Sachs II. und Frenkel mit ausdrücklicher Bezugnahme auf das Verhalten des Fiskus gegenüber der Stadtgemeinde in allen analogen Fällen die Ablehnung der Vorlage, die vom Bürgermeister Kirchner vertheidigt wird, während Stadtv. Meyer Juräuderweisung an den Ausschuss verlangt.

Die Versammlung beschließt in letzterem Sinne. Die vom Magistrat geplante Kanalanlage auf dem längs des linken Ufers des Spreeschlusen-Kanals von der Wallstraße bis zur Gertraudenbrücke herzustellenden Fußwege ist von dem betr. Ausschuss mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden. Im übrigen hat sich der Ausschuss mit der vorgeschlagenen anderweitigen Anordnung der Normaluferlinie, mit der Anlegung des Fußgängerweges selbst, sowie im Prinzip mit der Festlegung neuer Bauflächenlinien für die Grundstücke Spittelmarkt 1 und 2 und für die nördliche Seite der Wallstraße bis Nr. 92/93 einverstanden erklärt. Das Referat erstattet Stadtv. Wohlgemuth. Ein Gegenantrag des Stadtv. Bergemann will die Ablehnung der Vorlage und die Verlegung der Bebauungsgrenze bis an das Ufer, sobald die Fläche des Spittelmarktes auf der nördlichen Seite die entsprechende Verbreiterung um 5,75 Meter erfahren würde. Nach der Ansicht des Referenten würde dieser Antrag im Ausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt werden sein, da sich dort für den Plan der völligen Beseitigung der Häuser auf jener Seite des Spittelmarktes keinerlei Sympathie gefunden habe, dieser Antrag aber geeignet sei, jenem außerordentlich kostspieligen Plane Vorschub zu leisten.

Nach kurzer Debatte, in welcher Stadtv. Bergemann für seinen Antrag, Stadtv. Kilmann für den Ausschussantrag eintritt, während Stadtv. Reiß statt des Fußweges eine Fahrstraße für notwendig erklärt, wird die Vorlage nach dem Ausschussantrag angenommen.

Der Erwerb der zur Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Vohlmühlenweg und Schlesischem Busch längs der Anilinfabrik erforderlichen Bauschuldsche des oberen Freiarchengraben im Umfange von 586 qm für 20 M. pro qm wird beschloffen.

Ein Antrag der Stadtv. Lüden u. Gen., betr. die Anstellung von Versuchen behufs Feststellung der Preisunterschiede bei Steintohlen, und Koksfeuerung gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Die Vorlage, betreffend die Befolgungsordnung der öffentlichen Lehrer an den städtischen Realschulen geht auf Antrag Schwabe an einen Ausschuss.

Am 8. und 11. November finden die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt. Magistrat übermittelt das Tableau der für diese Wahlen zu bildenden Unterabteilungen der räumlich zu großen oder an Wählerzahl zu umfangreichen Wahlbezirke und ersucht um die Nominierung von je 2 Beisitzern und 2 Beisitzer-Stellvertretern für jeden zu bildenden Wahlbezirk.

Die Vorlage wird dem Ausschuss für unbefolgte Gemeindevorstände beauftragt, die Vorarbeiten überzusehen.

In Sachen der Verbreiterung der Schlesischen Straße auf der nördlichen Seite — Grundstücke resp. Vorgärten von Hedmann, Kahlbaum und Cuvry Erben — hat der Magistrat die in voriger Sitzung bereits mündlich vorgetragenen Gründe für seine ablehnende Haltung auch noch schriftlich zugänglich gemacht. Stadtv. Rosenow beantragt dem entgegen die nochmalige Anbahnung von Verhandlungen mit den Besitzern resp. im Falle des Scheiterns derselben die Einleitung des Enteignungsverfahrens. Stadtv. Spinola will die ganze Angelegenheit in einem Ausschusse vorberathen lassen.

In der Debatte bezieht sich Stadtsyndikus Meubrink wiederum auf die enormen Aufwendungen, welche diese Verbreiterung in Anspruch nehmen würde, betont nochmals, daß die Breite des Fahrdamms durchweg 12 Meter sei und der Bürgersteig fast durchweg 4,5 Meter und nur an einer Stelle 4 Meter Breite habe, und sucht nochmals nachzuweisen, daß weder er noch der Magistrat jemals an eine Verbreiterung auf der Nordseite gedacht haben. Die früheren Beschlüsse der Versammlung seien durch den Magistrat in vollem Umfange ausgeführt worden; was der jetzige Antrag Rosenow verlange, sei ein Novum. Zum Schluß stellt der Magistrats-Vertreter eine lange Reihe von Verkehrsanlagen zusammen, welche der Magistrat mit Rücksicht auf die Ausstellung 1896 genehmigt resp. selbst vorgeschlagen habe, die aber ohne diese Veranlassung „nie“ gemacht worden wären.

Stadtv. Spinola hält Ausschussberatung mit Rücksicht auf die finanzielle Tragweite des Antrages auch geschäftsordnungsmäßig für unerlässlich und wünscht den Ausschuss heute bereits durch den Vorstand ernannt zu sehen. Zur Sache selbst kann er die Nothwendigkeit der Verbreiterung nicht einsehen. Auch die Finanzlage der Stadt warne vor dem Zuviel auf diesem Gebiete. Die Umsatzeuere habe bis jetzt erst 100 000 M. statt der veranschlagten Million, die Bauplansteuer noch gar nichts ergeben.

Stadtv. Kalisch tritt ungemein lebhaft gegen den Antrag Rosenow auf; er spricht von „Ausstellungssanatorium“, nennt es ein „Verbrechen“, auf diesem Wege die Steuerkraft der Bürger noch mehr anzuspannen (wofür er vom Vorsteher gerügt wird) und verlangt, daß mit diesen Bewilligungen endlich ein Ende und durch Verwerfung des Antrags Rosenow mit diesem Ende ein Anfang gemacht werden müsse. (Große Heiterkeit.) Sein Antrag geht auf Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem Stadtv. Wohlgemuth gegen den Uebergang zur Tagesordnung gesprochen, wird der Antrag Kalisch abgelehnt. Schließlich geht der Antrag Rosenow an einen Ausschuss, nachdem noch der Stadtv. Voght auf die Besondere hingewiesen, daß die lange Liste des Stadtraths gerade beweise, was alles der Magistrat für den Osten nicht gethan hätte, wenn nicht die Ausstellung gewesen wäre.

Schluß gegen 8 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Von der Agitation. Das rheinische Agitationskomitee theilt in einem Aufrufe die Meinung eines in einer katholischen Gegend thätigen und erfahrenen Parteigenossen mit, wonach es bei der Agitation auf den Dörfern verkehrt ist, wenn man auch den Geistlichen und Politischen eine Agitationschrift ins Haus trägt. Vielen Genossen, heißt es in dem Aufruf, ist es zwar eine Bemühung, dies zu thun, um auch solchen Leuten zu beweisen, daß wir uns durch kein Hinderniß abschrecken lassen, die Agitation zu betreiben. Das ist aber fehlerhaft. So gut es scheinen mag, selbst in solchen Kreisen zu agitiren, so hat die Erfahrung doch gelehrt, daß, sobald ein Geistlicher oder ein Politischer Kenntniß erhält, daß von unserer Seite Agitationschriften vertheilt wurden, diese Leute bei der Landbevölkerung von Haus zu Haus gehen und die Schriften wieder abholen. Und sie haben in der Regel auch Glück damit. Die Autorität, die der Geistliche und der Politische auf dem Lande genießen, sorgt dafür, daß der Landmann die verlangten Schriften wieder herausgibt. Unsere Agitation ist also in solchem Falle stets vergeblich gewesen, Geld und Mühe umsonst geopfert.

Eine stark besuchte Wählerversammlung in Mannheim, in der die Kandidaten Dreesbach und Gies sprachten, wobei letzterer die von den Rädlerern gegen ihn verbreiteten Verdächtigungen eingehend und unter stürmischen Beifall als unbegründet erwies, nahm einstimmig zwei Resolutionen an, die beide besagen, daß die Versammlung den beiden Kandidaten, namentlich aber Dreesbach, trotz aller Verleumdungen ihr volles Vertrauen ausspreche, mit Zuversicht dem Ausgang der Wahl entgegenzusehe und mit aller Energie für die beiden Kandidaten einzutreten wolle.

Zur Angelegenheit Dreesbach contra „Badische Landeszeitung“ bringt unser Mannheimer Bruderorgan, die „Volkstimme“, eine Mittheilung, die wir hier folgen lassen, weil sie das bereits Bekannte in mehreren Punkten ergänzt. Die „Volkstimme“ schreibt:

„Das „Material“ der „Landeszeitung“ ist endlich in die Deffentlichkeit gekommen, aber nicht durch die „Landeszeitung“ — sie hat, durch die Presse des ganzen Landes gezwungen, endlich den von uns vorgeschlagenen Ausweg ergriffen und Genossen Dreesbach bei der Staatsanwaltschaft denunziert, dadurch hätte sie noch eine Gnadenfrist von einigen Tagen gerettet, die aber den Wahltag mannschaft — sondern der „Badische Landesbote“ und der „Badische Beobachter“ haben ihr die Schmach angethan und sind ihr zuvorgekommen. Das „Material“ ist mehr als dürftig, weil es einfach erlogen ist. Es ist von Herrn Dr. Rüdiger und seinen Mannheimer Anhängern zusammengetragen und soll auch dem Mannheimer „Centralanzeiger“ abgegeben, von ihm aber zurückgewiesen worden sein. Erste Anlage bildet die Beschuldigung, Dreesbach sei in eine Familiengeschichte, die sich in Frankfurt abgespielt haben soll, sehr blödsinnig verwickelt gewesen. Das Material für diese Beschuldigung hat der bei Werle u. Hartmann beschäftigte Schlosser Peter Müller, der Sohn des bekannten Peter Müller herbeigeschleppt. Er hat eigens deshalb eine Reise nach Frankfurt gemacht und ist in die Familie, wo sich die Sache abgespielt hat, eingedrungen, um sich die Beweise zu verschaffen. Infolge dessen sah sich das betreffende Familienoberhaupt vor einigen Tagen, als es von den Angriffen auf Dreesbach hörte, veranlaßt, an Dreesbach einen Brief zu schreiben, in welchem die ganze Geschichte als Erdichtung bezeichnet wird. Die zweite Anlage lautet auf Unterschlagung von Unterstützungsgeldern, die zur Zeit der 1882er Wassernoth gesammelt wurden. Das Material stammt von den beiden Peter Müller, junior und senior. Gegen diese Anklage werden wir das Abrechnungsprotokoll veröffentlichen, das noch vorhanden, von einer Anzahl der angezogenen, noch lebenden Parteigenossen bestätigt ist und Dreesbach den Dank der Kommission für seine unermüdete und uneigennütige Thätigkeit ausdrückt. Die dritte Anlage lautet auf Betrug. Ihr Urheber ist Herr Dr. Rüdiger. Dreesbach soll sich in seiner Eigenschaft als Land-

tags-Abgeordneter ihm nicht zustehende Eisenbahnfahrten-Vergütungen haben anzuführen lassen. Das ist eine Lüge, welche das Direktorium des Landtags und die Generaldirektion der badischen Bahnen zu jeder Zeit widerlegen können. Dreesbach hat, so lange er Reichstags-Abgeordneter war, von dem ihm als solchen zustehenden Recht Gebrauch gemacht und Karlsruhe als zweiten Wohnsitz bestimmt, weil es häufig vorkam, daß er von Karlsruhe direkt nach Berlin fuhr. Das ist mit Wissen und Einverständnis der Generaldirektion der badischen Eisenbahnen erfolgt. So lange Dreesbach seine Eisenbahn-Fahrkarte als Reichstags-Abgeordneter inne hatte, hat er Eisenbahn-Fahrkarten-Vergütungen weder beansprucht, noch erhalten. Weis der Herr Bureaudirektor des Landtages. — Das sind die Anklagen, das sind die Beweise, das sind die Zeugen der „Landeszeitung“!

Aus Württemberg. Die Gründung eines neuen Blattes wird von den Mitgliedern des Heilbronner Vereins „Vorwärts“ zum 1. November geplant. Das Blatt soll wöchentlich erscheinen und den Titel führen: „Schwäbische Volksstimme“. Die am 29. September in Lauffen abgehaltene und von 33 Delegierten besuchte Parteikonferenz des württembergischen Reichstags-Wahlkreises hat sich einstimmig und mit aller Entschiedenheit gegen die geplante Gründung erklärt. Das Unternehmen sei ein in jeder Beziehung gegen die Partei gerichtetes Streben und man erachte es als Pflicht, nur für das Organ der Sozialdemokraten Württemberg, die „Schwäbische Tagwacht“ zu agitieren und für dessen Ausbreitung mit allen Kräften zu arbeiten. Der Vorstand der württembergischen Landesorganisation wird aufgefordert, eine dementsprechende Erklärung zu erlassen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Strafmandate aus Breslau** kattern jetzt gar bis ins Ruhrrevier. Dieser Tage ging verschiedenen dortigen Genossen ein Strafmandat vom Polizeipräsidenten in Breslau über 15 M. zu. Sie sind beschuldigt, in der „Breslauer Volkswacht“ eine öffentliche Kollekte ausgeschrieben und zur Besteuerung von freiwilligen Spenden zum besten der Familien der im sogenannten Essener Weineidsprozesse Verurteilten aufzufordern zu haben, ohne vorher die Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Schlesien eingeholt zu haben. — Unser Breslauer Parteigänger hat aus der „Rheinisch-Westf. Arbeiter-Ztg.“ den Aufsatz des Unterstützungs-Komitees abgedruckt und dafür sollen nun die Komiteemitglieder je 15 M. zahlen. Es ist selbstverständlich gerichtliche Entscheidung beantragt.

— **„Grobem Unfug“** soll der verantwortliche Redakteur der „Breslauer Volkswacht“, Genosse Bahn, in 2 Fällen verurteilt haben. Erstens dadurch, daß in der „Volkswacht“ die Parteigenossen einer Stadt in der Provinz ersucht wurden, ihren Bedarf an Zigarren bis auf weiteres nicht von einer Fabrik zu decken, deren Arbeiter sich wegen Lohnabzügen im Streik befinden. Zweitens durch eine Notiz, wonach eine Breslauer Zigarrenfabrik gesperrt und jede Nachfrage nach Arbeit zu vermeiden ist. Wäre es nicht einfacher, fragt die „Volkswacht“, das Koalitionsrecht gleich ganz aufzuheben?

— Die Strafkammer in Bernburg sprach den Parteigenossen Karl Schulze von der Anklage frei, in einer am 30. März in Sonderleben abgehaltenen Versammlung nach Angabe des überwachenden Gendarmen sich der Nächstensbeleidigung schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte hatte als Entlastungszeugen einen Amtsrichter und einen Schuhmann geladen. Diese erklärten, daß sie die infrimierten Äußerung nicht gehört hätten. Auch der Gendarm, der vom Vorsitzenden sehr eingehend ermahnt wurde, die reine Wahrheit zu sagen, bekundete, daß er nicht im Stande sei, zu behaupten, die Äußerung sei wirklich gefallen.

— Aus Rudolstadt bringt die „Frankf. Ztg.“ folgenden Bericht: Vor dem hiesigen Landgericht sollte am 8. Oktober ein Nachspiel zum vorjährigen sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt a. M. verhandelt werden. Am 23. Oktober v. J. hatte der Barbier Seige in Pöbnitz auf dem Frankfurter Parteitage eine Rede gehalten, worin er ein Bild des meiningischen Fabrikinspektors zeichnete, der mit zwei alten Schimmeln durch das Land ziehe. Befagte Rede veranlaßte die meiningische Staatsregierung zu einer Zuschrift an die „Frankfurter Zeitung“ sowie zur Stellung von Strafanträgen gegen die Herausgeber der von der Parteileitung veranlaßten Protokolle des Parteitages und gegen den Redner selbst. Das Verfahren gegen die Herausgeber blieb erfolglos, weil Verjährung eingetreten war. Als nach verschiedenen Einreden das Hauptverfahren eröffnet und die Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts auf Mitte August festgesetzt war, traf einen Tag vorher aus — Bukarest eine mit dem Namen Seige unterzeichnete Depesche beim Gerichte ein des Inhalts, es sei dem Angeklagten wegen der weiten Entfernung unmöglich, rechtzeitig zur Verhandlung zu kommen. Selbstverständlich wurde der Termin aufgehoben. Unter den Zeugen, die abgehört wurden, befand sich aber auch der Stenograph, der die Rede in Frankfurt aufgenommen hatte, und dieser war bereits abgereist, als die Abbestellung an ihn abging. Küber ihm erschien am Landgericht zur allgemeinen Verwunderung auch der in Bukarest gelaubte Angeklagte, dem es gar nicht eingefallen war, nach Rumänien zu reisen. Er habe, so erklärte er, in Wien mit seinem Onkel zusammentreffen wollen, und dieser habe vorzüglich die Depesche abgeschrieben für den Fall, daß es ihm nicht möglich sein würde, rechtzeitig einzutreffen. Da die anderen Zeugen schloßen, so konnte natürlich die Verhandlung nicht stattfinden, aber das Gericht erließ gegen Seige, um ähnliche Verschleppungsversuche zu vereiteln, einen Haftbefehl. Das Oberlandesgericht, bei dem Seige Beschwerde einlegte, setzte ihn wieder auf freien Fuß, weil Fluchtverbot nicht vorliege. Heute nun sollte die neue Verhandlung stattfinden. Vor Eintritt in die Verhandlung erhob Seige aber den Einwand der Befangenheit des Gerichtshofes, und da das Gericht nicht in eigener Sache Richter sein, auch eine neue Strafkammer nicht so rasch gebildet werden konnte, so blieb nichts anderes übrig, als die Sache zum zweiten Male zu vertagen und die Zeugen wiederum unverrichteter Dinge nach Hause zu schicken.

— Während Parteigenosse Segitz, der Leiter des Nürnbergberger Arbeiter-Sekretariats, auf dem Breslauer Parteitage weilt, ist bei ihm daheim ein Mienstid eingelassen, wodurch er als Geschäftsführer eines Kunststübchens infolge einer Anzeige des Nürnbergger Stadtmagistrats beschuldigt ist, seit einem Jahre fortgesetzt unbefugt das von ihm geführte Kunststübchen als „Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg“ bezeichnet, somit zufolge der hierdurch hervorgerufenen Täuschung des Publikums, als ob dieses Bureau eine behördliche Einrichtung des Stadtmagistrats Nürnberg bilde, für dasselbe „unbefugt einen Titel angenommen“ und dadurch sich gegen die Vorschriften des § 360, 8 Str.-G.-B. verstoßt zu haben, wofür er auf Grund der angeführten Strafvorschrift und der §§ 447 u. folg. der Reichs-Strafprozedurordnung unter gleichzeitiger Verurteilung in die Kosten zu einer Geldstrafe von 30 M., welche für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Haftstrafe von 3 Tagen umzuwandeln ist, verurteilt wird. Dieser Betrag soll nebst den Kosten an die Gerichtsschreiberei des I. Amtsgerichts Nürnberg bis längstens 20. Oktober bezahlt werden, allein der biedere Fiskus wird sich, wie die „Frankische Tagespost“ gemüthlich ankündigt, schon etwas länger gedulden müssen. — Da sogar im übrigen Deutschland so ziemlich jedes Kind weiß, daß es am allerwenigsten der aus „Freiwilligen“ und sonstigen „Liberalen“ bestehenden Mehrheit der Nürnbergger Gemeindevertretung einzulassen konnte, ein städtisches Institut für Arbeiterinteressen einzurichten, so ist die Behauptung, es sei durch die Bezeichnung „Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg“ eine Täuschung des Publikums hervorgerufen worden, unserer Ansicht nach mit letzterem Gründlichkeit verfehlt.

— Vor der Strafkammer in Stuttgart standen dieser Tage der Redakteur Geiger von der „Schwäb. Tagwacht“ und

der frühere Schuhmann Wagner wegen Beleidigung des Stuttgarter Polizei-Inspektors Kern. Das Vergehen geschah durch eine Notiz der „Tagwacht“, worin mitgeteilt war, gegen Polizei-Inspektör Kern sei von einem Rechtsanwalt die Einleitung des Strafverfahrens wegen fahrlässigen Falsheldes beantragt worden. Geiger bedauerte, durch diese Notiz Kern beleidigt zu haben, der Mitangeklagte Wagner habe ihm aber mehrmals den Inhalt der Notiz als wahr bestätigt. Es kam hierauf ein Vergleich zu Stande, wonach die beiden Angeklagten sich verpflichteten, sämtliche Kosten zu tragen; außerdem hat der Angeklagte Wagner noch 100 M. an die Ordinarium-Behörde zu bezahlen.

Soziale Uebersicht.

Auch eine Land-„Idylle“. Aus Oberdörlendorf wurde der „Rheinischen Zeitung“ geschrieben: Wir haben seinerzeit berichtet, wie der frühere Gutbesitzer Johann Lang von hier in einem Prozesse mit dem Grafen zur Lippe um all sein Hab und Gut gekommen ist, und auf die von Herrn Lang darüber veröffentlichte sehr interessante Broschüre hingewiesen. Lang nähert sich jetzt durch Orgelspiel. Zur weiteren Verfolgung seiner Rechtsansprüche hat er das Armenrecht nachgesucht, wurde aber mit seinem diesbezüglichen Gesuch sowohl vom Bonner Landgericht wie vom Kölner Oberlandesgericht abgewiesen. Jetzt will er sich ans Reichsgericht nach Leipzig wenden. Das Landgericht in Bonn, das Oberlandesgericht in Köln und das Reichsgericht in Leipzig haben alle drei in der früheren Verhandlung der Sache erklärt, Lang sei mit unrecht subhastriert worden. Für den simplen Verstand sollte die Folge davon sein, daß der Graf dem Lang sein Eigentum zurückgeben muß. Das Kölner Oberlandesgericht verweist den Lang auf die Restitutionsklage, die in fünf Jahren verjährt ist. Allein Lang hat im vorigen Jahre erst die Alten von seinem Anwalt erhalten. Das Reichsgericht hat ein rechtskräftiges Urtheil noch im Jahre 1885 zu vollen Gunsten Lang's erlassen und Geheimrath Vorn, der der Anwalt des Grafen war, erklärte selbst, er müßte auch zugeben, daß der Graf dem Lang den Eigentumstitel hätte geben müssen. Dafür wäre der Graf zum Schadenersatz heranzuziehen. Dazu erklärte das Reichsgericht: o nein, nicht allein zum Schadenersatz, nein, er muß auch dem Lang sein Eigentum zurückgeben. Es ist, schreibt der Korrespondent der „Rhein. Ztg.“, lebhaft zu wünschen, daß der in seinem Rechte und wohlverworbenen Besitze verlebte Mann in irgend einer Form Genugthuung erhalte.

Tokales.

Zum Duell des Herrn Dr. Leipziger. Unsere gestern ausgesprochene Vermuthung, daß Herr Dr. Leipziger am Duellmontag ein leicht erklärliches Unwohlsein befallen hatte, bestätigt sich in der That. Am Mittag noch hütete der bedauernswürthige Mann das Zimmer und erst am Abend war es ihm möglich, in seiner Redaktion zu erscheinen. Ungläubigen Gemüthern geben wir übrigens nochmals die Versicherung, daß der Fall sich Wort für Wort so verhalten hat, wie wir in unserer Dienstags-Nummer berichtet haben, und daß das Organ des Herrn Dr. Leipziger mit seiner unverfälschten Behauptung, unsere Mittheilung sei von Anfang bis zu Ende unwahr, eine dreifache Lüge ausgesprochen hat, für die nur die lägliche Verlegenheit, in der sich das Blättchen befunden, als Erklärung dienen kann. Daß die komische Duellgeschichte des Herrn Dr. Leipziger namentlich in juristischen Kreisen hundertfache Äußerungen des Spottes hervorgerufen hat, brauchen wir unseren Lesern wohl kaum zu versichern.

Ueber einen eigenartigen Fall von Nächstenliebe geht uns die folgende Mittheilung zu: Am Montag dieser Woche verunglückte in der Schultheiß-Brauerei Tivoli der Arbeiter Julius S., der in der Potsdamerstr. 27 zu Charlottenburg bei seinem Bruder Heinrich S. wohnte. Jrgend eine Nachricht über den Vorfall ging diesem seitens der Brauereidirektion nicht zu; der Bruder glaubte nicht anders, als daß in der Schultheiß-Brauerei wieder einmal Nachschichten zu machen seien und daß Julius aus diesem Grunde nicht nach Hause käme. Als dieser sich jedoch bis zum Donnerstag nicht sehen ließ, machte Heinrich sich auf den Weg nach Tivoli. Nach langem Paradeniren mit dem seiner Zerbröckelung wohlbewußten Portier wurde er endlich ins Komptoir gelassen und dort erfuhr er, daß der Arbeiter Julius S. am Montag eine bedenkliche Verletzung am Fuße erlitten habe und nach der Unfallsstation I gebracht worden sei. In eine Benachrichtigung des Bruders schien man, trotzdem die Adresse auf der Brauerei bekannt war, überhaupt gar nicht gedacht zu haben. Heinrich S. machte sich voller Besorgniß auf den Weg nach der Wilhelmstraße. In der Unfallsstation angekommen, durchlief er eine Reihe Säle, ohne daß irgend ein beamtetes Wesen ihn angehalten hätte, aber auch leider ohne Mittheilung über das Befinden seines Bruders zu bekommen. Endlich konnte eine Wärterin aus dem Krankenbuche die Auskunft geben, daß der Verletzte sich in der That in der Unfallsstation in Behandlung befinde. Die Wärterin beschwichtigte H. ob seines erlärlichen Unmuths und wollte gerade mit ihm zu dem Krankenbett des Bruders gehen, als ein Herr, anscheinend Arzt, den beiden in die Quere kam, nach der Uhr sah, und dann kategorisch erklärte, daß zur Stunde keine Sprechzeit sei. Alles Rekonstruiren half nichts; ohne Auskunft über das Befinden seines Bruders zu bekommen, mußte Heinrich S. die Unfallsstation verlassen, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, wegen Hausfriedensbruchs belangt zu werden.

So der Bericht, den wir unter Vorbehalt wiedergeben. Hoffentlich geben die betheiligten Faktoren über den Vorfall die entsprechende Aufklärung.

Eine peinliche Szene spielte sich am Donnerstag, Abend kurz nach 6 Uhr in der Lindenstraße vor dem Militär-Arrestgebäude ab. Zwei Soldaten mit aufgeschlagtem Seitengewehr führten von der Jerusalemstraße her einen jungen Mann heran, der seiner Kleidung nach dem Arbeiterstand angehörte. Eine große Menschenmenge umdrängte den Jung, sobald er sich kaum vorwärts bewegen konnte. Als sich die kleine Wirth hinter dem Arrestanten schloß, hörte man einen marktschätzernden Ausruf: „Mein Sohn, mein Sohn!“ Die Frau, die ihn ausrief, brach bei diesen Worten zusammen und wurde von einigen Herren aus der Menge aufgehoben und getrocknet. Unter lautem Schluchzen brachte sie nur so viel hervor, daß ihr Sohn, nach dem er ein Jahr abgedient habe, nach einem Urlaub nicht zu seinem Truppendeile zurückgekehrt sei, sondern sich bei seiner Schwester verborgen gehalten habe. Jetzt habe er sich, nachdem man ihn lange Zeit schon gesucht habe, freiwillig der Militärbehörde gestellt. Die Umstehenden suchten die Frau so gut es ging zu beruhigen und brachten sie an einen Pferdebadwagen, den sie bestieg, um der sie immer mehr umdrängenden Menschenmenge zu entgehen. Derartige unheimliche Vorgänge ließen sich leicht vermeiden, wenn man endlich, wie es schon so oft gesordert ist, auch die Militärgesangenen mit Wagen in den Arrest befördern wollte.

Die Weinlese ist seit Anfang der Woche in den herrlichen Weinbergen Grönbergs und der Maal im vollen Gange. Der Wein soll in diesem Herbst über alles Erwarten gut geraten sein, so daß den wagemuthigen Trinker, die das Getränk am Orte seines Ursprungs probiren, zum 1895er pro Glas nur drei Stüde Juder statt bislang fünf als Zugabe gereicht zu werden brauchen.

Das antisemitische „Widblatt“ „Deutscher Michel“ ist wegen eines Artikels „Ein Monarchendiner bei Cohn u. Rosenbergs“ beschlagnahmt worden.

Durch Heberfahren wurde vorgestern Nachmittag vor den Augen ihrer Großmutter die vierjährige Mädchen Gotthell ge-

nannt Borish, getödtet, die Tochter des Schuhmachers Andrea Borish in der Kleinen Markstraße 5. Die Großmutter war mit der Kleinen zum Spielen auf den Bürgersteig hinabgegangen. Unversehens rutschte das Kind von der Bordschwelle auf den Straßendamm hinab, als gerade ein schwerbeladener Kastenwagen vorübergefahren kam. Die Kleinfel so unglücklich, daß sie, obwohl der Kutscher im Schritt fuhr, mit dem Kopfe unter das linke Hinterrad gerieth. Der Kopf wurde vollständig zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Den Kutscher trifft keine Schuld.

Infolge unglücklicher Spekulationen hat sich der 49jährige Rentner S. Haas aus der Invalidenstraße in seiner Wohnung erhängt.

Ein Opfer der Kolonien. Dem klimatischen Fieber ist in einem hiesigen Krankenhause, das er um die Mitte August d. J. aufgesucht hatte, gestern der Lieutenant a. D. Gade erlegen. Gade war nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienste als Pflanzler in Kamerun und auch in Deutsch-Ostafrika thätig.

Witterungsübersicht vom 10. Oktober 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm, revidirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C) = 1.8 (°F) - 32
Swinemünde	748	SW	4	bedeckt	13
Hamburg	750	SW	3	bedeckt	12
Berlin	751	W	3	bedeckt	13
Biesbaden	753	S	2	bedeckt	12
München	756	EO	3	bedeckt	10
Wien	753	SW	2	halb bedeckt	17
Saparanda	759	EO	4	bedeckt	8
Petersburg	764	NO	4	wolkig	6
Cort	759	N	3	heiter	8
Aberdin	752	NO	3	wolkig	7
Paris	753	SW	2	bedeckt	12

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. Oktober 1895.
Etwas kühleres, ziemlich trübes Wetter mit mäßigen nord-westlichen Winden, ohne unerhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beilage.

Die Friedrichshagener Schulverhältnisse, welche vor Jahresfrist am Orte einer so wenig schmeichelhaften Kritik unterzogen wurden, erfahren eine neue Erörterung durch eine Gerichtsverhandlung, die sich gestern vor der I. Strafkammer beim Landgericht II abspielte. Angeklagt waren Genosse Arthur Stadthagen und der Genosse Hartmann aus Friedrichshagen, weil sie in der am 10. November 1894 dort abgehaltenen Volksversammlung durch ihre Reden die Gemeindeverwaltung in Friedrichshagen beleidigt haben sollen; Stadthagen hatte sich außerdem auch noch wegen Beleidigung des Landraths von Niederbarnim zu verantworten. Die betreffende Versammlung war einberufen, um gegen den Zustand zu protestiren, daß ca. 200 schulpflichtige Kinder seit Jahren nicht eingeschult sind. Die Angeklagten bestritten, daß sie in ihrer Kritik über das zulässige Maß hinaus gegangen seien. Genosse Stadthagen betonte, daß er auf Veranlassung der davon betroffenen Eltern die Nichteinschulung gerügt habe; seine Pflicht als Abgeordneter des Kreises und als Mensch habe ihn genöthigt, in der erwähnten Weise diesen Mißstand öffentlich zu geißeln. Hartmann macht geltend, daß für ihn ein besonderes Interesse vorlag, da sein eigenes Kind gleichfalls aus Mangel an geeigneten Schulräumen des Unterrichts entbehren mußte. Die beiden Belastigten, Oberwachmeister und Gendarm aus Friedrichshagen, bestritten einzelne Punkte der Anklage. Ersterer verlas auf Antrag der Angeklagten seine in der Versammlung gemachten Notizen; durch deren Inhalt wurden mehrere Belastigungspunkte entkräftet. Darüber, daß eine Schulnoth bestanden habe und jedenfalls durch die öffentliche Kritik derselben in der erwähnten Versammlung etwas lebhaft besprochen sei, bestritten sie sich im wesentlichen in Uebereinstimmung mit den Angeklagten. Als weiterer Zeuge war der Genosse Berkow, Friedrichshagen zugegen. Sein Stenogramm über den größten Theil der Versammlung sprach erhebtlich zu gunsten der Angeklagten. Der Staatsanwalt betonte, daß Hartmann allerdings in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, indessen sei die Form nach verschiedenen Richtungen hin beleidigend. Mit Rücksicht auf die Unbescholtenheit Hartmann's beantragte er eine Geldstrafe von 100 M. Wegen den Angeklagten Stadthagen ständen fünf Äußerungen, eine fälle davon aus; alle übrigen seien schwer beleidigend, auch habe sich aus der Beweisaufnahme ergeben, daß ein gehässiger Ton hier und da hervorgetreten sei. Jiehe man die vielen Vorwürfe des Angeklagten wegen Beleidigung in betracht, so müßte auf Freiheitsstrafe erkannt werden. Er beantragte einen Monat Gefängniß.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Heinemann legte in beider Weise dar, daß er eine Verurteilung für ausgeschlossen halte, da sonst alle Kritik strafbar sein müßte. Der Schul § 193 stehe den Angeklagten im vollsten Maße zur Seite. Er kommt an der Hand der einzelnen dem Angeklagten zur Last gelegten Äußerungen aus einer Reihe juristischer Momente zu dem Schluß, daß eine Freisprechung geboten erscheine.

Der Angeklagte Stadthagen bemerkte weiterhin, daß der Gerichtshof Anlaß nehmen sollte, um derartige Anklagen in Zukunft zu erschweren, auch die Auslagen in diesem Falle der Staatskasse aufzuerlegen. Er hob insbesondere hervor, daß gegenüber den bewiesenen Mißständen die schärfste Kritik noch zu wide gewesen wäre.

Der Gerichtshof verurtheilte etwa um 6 Uhr das Urtheil dahin: Dem Angeklagten Hartmann steht zweifellos der Schul des § 193 in vollem Maße zur Seite. An drei Stellen sei er aber über eine berechtigete Kritik hinausgegangen. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigungen einerseits, dann aber auch auf die gute Absicht, von der sich der Angeklagte habe leiten lassen, sei auf eine Geldstrafe von 50 M. erkannt worden. Von den fünf Beleidigungen gegen Stadthagen käme nur die eine, in der er von einer „unglaublichen Vernachlässigung“ von einem großen Verstoß gegen die Gesehe“, von einer „Ungeheuerlichkeit“ und einem „himmelschreienden Unrecht“ spreche, für den Gerichtshof in betracht. Bei der Strafabmessung sei er zu dem Resultat gekommen, daß der Angeklagte von dem was er sagte, überzeugt sei, aber leicht erregt werde. Ferner seien die Mißstände durch die Beweisaufnahme erwiesen. Der Angeklagte habe sich von idealen Motiven leiten lassen, habe immerhin ein gutes Endziel und eine Besserung der Mißstände erstrebt; auch im großen und ganzen ziemlich maßvoll sich ausgedrückt. Andererseits aber habe er mit Rücksicht auf die vielen Vorwürfe doch vorsichtiger sein sollen, es sei deshalb auch gegen ihn unter Freisprechung von der Anklage der Beleidigung des Landraths auf eine Geldstrafe von 50 M. wegen Beleidigung der Friedrichshagener Gemeindeverwaltung erkannt.

Eine unberechtigte Sistrung sollte wiederum die schweren Folgen nach sich gezogen haben, welche gestern in einer Verhandlung vor der 195. Abtheilung des Schöffengerichts erwähnt wurden. Der Buchdrucker S. und der Posthilfsbote A. sollten sich des groben Unfugs und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht haben. In der Nacht zum 10. Juni gingen die Angeklagten in etwas bierfelliger Stimmung durch die Gartenstraße, als sie ein Zweirad bemerkten, dessen Besitzer sie nicht gleich entdecken konnten, weil dieser in einer Thürische von seiner Braut Abschied nahm. S. that, als ob er das Rad besteigen wollte,

er wurde aber von seinem Begleiter davon zurückgehalten. Zugleich kamen der Bestzer und der Schuhmann Wiedenhaupt hinzu. Wie die Angeklagten mit Bestimmtheit behaupten, hat der Schuhmann den H. sofort mit „Lump“ angeredet; hierüber seien sie beide empört gewesen und hätten mit Beschwärze gedroht. Jetzt habe der Schuhmann sie zur Wache gebracht. Als sie den dunklen Flur, der zum Polizeibureau führt, betreten hatten, habe H. von dem hinter ihm gehenden Schuhmann einen so heftigen Fußtritt gegen das Gesäß erhalten, daß er zu Boden gefallen sei. Nun habe er verlangt, daß der Beamte vorangehen solle, derselbe habe sich aber geweigert. Plötzlich seien eine Menge Beamte aus dem Wachlokal gekommen, hätten die beiden Angeklagten umringt und sie unter Schlägen und Puffen die Treppe hinauf in das Bureau gezerrt. Hier habe H. ruhig auf der Bank Platz genommen und den Kopf vornüber gehalten, weil seine Nase von den Mißhandlungen stark geblutet habe. Die Beamten hätten sie aber ohne Veranlassung in die Isolierzellen gezerrt, bis die Feststellung ihrer Persönlichkeiten erfolgt sei. Die Beweisaufnahme dehnte sich auf die Vernehmung von sechs Schuldeuten aus. Der Schuhmann Wiedenhaupt bestritt, den Angeklagten H. mit „Lump“ angeredet und ihm einen Fußtritt verfehlt zu haben, keiner von den Zeugen wollte die Angeklagten geschlagen haben. Die letzteren seien auf Anordnung des Telegraphisten in die Einzelzellen gebracht worden, damit sie sich beruhigten. Entgegen der Ansicht des Verteidigers, Rechtsanwalt Heine, daß die Sistrung der Angeklagten unnötig und unbillig war, und daher auch von einem Widerstande gegen die Staatsgewalt keine Rede sein könne, vertrat der Gerichtshof die Anschauung, daß die Beamten sich in ihrem Rechte befunden hätten. Beide Angeklagte wurden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu je 20 M. Geldstrafe, H. außerdem wegen Unfugs zu 5 M. verurteilt.

Eine Rede, die der Zentrumsabgeordnete Radbuhl-Oppeln zur Begründung eines Antrages auf staatliche Beaufsichtigung der Versicherungs-Gesellschaften gehalten, hat mittelbar ein Strafverfahren gegen die beiden Direktoren der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt zu Berlin, Hartung und Engels wegen Beleidigung veranlaßt. Unter den Beispielen, die der Abgeordnete Radbuhl zur Begründung seines Antrages heranzog, befand sich auch die Preussische Renten-Versicherungsanstalt, an welcher der Redner eine herbe Kritik übte. Er brachte eine lange Reihe angeblicher Mißstände in der Verwaltung dieser Anstalt zur Sprache, bemängelte die Höhe der Verwaltungskosten, die Abfassung der Jahresberichte und die Gruppierung der Bilanzen, behauptete, daß die Anstalt ihre statutenmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllt habe und führte an, daß, wenn ein Privatmann in solcher Weise wirtschaftete, dessen Verwandte beantragen würden, ihn unter Kuratel zu stellen, da er nicht im Stande sei, die Folgen seiner Handlungen zu übersehen. — Diese Anschuldigungen suchte die Angeklagten in einem „Zur Abwehr“ überschriebenen Flugblatt Punkt für Punkt zu widerlegen. Sie wiesen nach, daß ihre Geschäftsbücher jedem, der von der Sache überhaupt etwas verstände, die Verhältnisse der Anstalt völlig klar legten, und daß die Verwaltung durchaus den Ministerialerlassen entspreche. Das Flugblatt warf dem Abg. Radbuhl vor, daß er ohne Sachkenntnis und ohne sich an Ort und Stelle zu unterrichten, leichtfertig unqualifizierbare Angriffe in die Welt geschleudert, Irthümer auf Mißverständnisse gebaut und die Aufgaben und Pflichten eines Abgeordneten verlegt habe u. dgl. — Auf Grund dieses Flugblattes wurde gegen die genannten beiden Direktoren die Anklage wegen Beleidigung des Abg. Radbuhl erhoben. Das Schöffengericht erkannte f. z. auf Freisprechung, indem es den Angeklagten den Schutz des § 193 zubilligte. Gegen das freisprechende Erkenntnis hatte der Nebenkläger die Berufung eingelegt und der Staatsanwalt beantragte gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I je 50 M. Geldstrafe, da nach seiner Meinung die Schutzzrenzen des § 193 überschritten seien. Die abermalige Verhandlung hatte aber das gleiche Ergebnis wie vor dem Schöffengericht. Der Gerichtshof hielt die Behauptungen des Abg. Radbuhl nicht für erwiesen und eine unordentliche Verwaltung der Renten-Versicherungs-Anstalt nicht für dargethan. Die Angriffe seien scharf und die Angeklagten zu einer scharfen Abwehr befugt gewesen. Ihnen stehe der Schutz des § 193 zur Seite und aus diesem Grunde sei die Berufung verworfen.

Auf Wunsch des Fräulein Anna Stube in Weissensee, Göttinger 24, theilen wir mit, daß diese Dame mit dem in dem Prozeß Sigulla genannten Mädchen gleichen Namens nicht identisch ist.

Wenn ein Fremder über die deutsche Grenze kommt. Aus Oberfeld wird dem „Volk“ berichtet: Einer eigenartigen Majestätsbeleidigung wurde heute ein holländischer Ackerknecht aus dem benachbarten Wältrath von der hiesigen Strafkammer schuldig erkannt. Der Angeklagte befand sich am 27. Januar 1893 bei Gelegenheit der Kaisergeburtstagsfeier in einem Wältrather Gartenlokal, in dessen Mitte auf einem Postament die beschränkte Wüste des Kaisers stand. Der Holländer lief in betrunkenem Zustande gegen den Säulender und schlug im Herger darüber, daß sich ihm etwas in den Weg stellte, mit der Faust gegen das Hindernis, daß die Wüste zerbrach, obwohl ihm zugerufen wurde, daß sei eine Kaiserbüste. Nachträglich kam die Sache zur Anzeige. Der Angeklagte wandte ein, er sei damals erst kurze Zeit in Deutschland gewesen und habe die Büste in ihrer Bedeutung nicht gekannt, auch den Jurus mangels Sprachkenntnis nicht verstanden. Das Gericht ließ diese Entschuldigung nicht gelten und verurtheilte den Knecht zu zwei Monaten Gefängnis.

Das Kammergericht beendete am 10. Oktober einen Prozeß politischer Natur, der in Nord-Schleswig ziemliches Aufsehen erregt hat. Die Herren Zachariae und Brun, die Vorsteher zweier sog. Vortragsvereine, waren seinerzeit vom zukünftigen Schöffengericht zu Geldstrafen von je 50 M. ev. Gefängnis wegen Verstoßes gegen die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes verurtheilt worden. Gleichzeitig wurde auch die Schließung der Vereine ausgesprochen. Den beiden Angeklagten wurde zum Vorwurf gemacht, „Frauenspersonen“ in die Vereine aufgenommen zu haben, obwohl letztere die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen bezweckt hätten. Die Strafkammer in Hensburg hatte dann auf die Berufung der Angeklagten diese freigesprochen, weil sie nicht für erwiesen hielt, daß in den Vereinsversammlungen politische Gegenstände erörtert worden seien. Der Strafsenat des Kammergerichts gab jedoch der Revision der Staatsanwaltschaft statt und wies die Sache an die Strafkammer in Kiel. Diese entschied im Gegensatz zum Hensburger Gericht zu Ungunsten der Angeklagten. Das Urtheil wurde folgendermaßen begründet: Unbestritten sei, daß Zachariae und Brun Frauen in die Vereine aufnahmen. Wohl sei nun nach den Statuten der Zweck derselben die Förderung der Volkserziehung und Volksbildung, in der That wären es aber politische Vereine, die dänische Interessen vertreten hätten. Nicht die Statuten aber, sondern was im Verein geschehe, sei bei Beurtheilung seiner Zwecke maßgebend. So habe der Redakteur Gessen vom Hensburger „Volk“ in beiden Vereinen Vorträge über die deutsche Sprache gehalten und bei einem Vergleich derselben mit der dänischen die Ueberzeugung ausgesprochen, daß sich beide Sprachen eigentlich gar nicht vergleichen ließen, da die deutsche ja nur ein Gezißele sei. Ueberhaupt habe sich Gessen in einer Weise über die deutsche Sprache ausgelassen, daß die Zuhörer, lauter Dänen, sich laut über dieselbe lustig gemacht hätten. Ihr habe er die dänische Sprache als das Vorbild eines Idioms hervorgehoben und hämisch darauf hingewiesen, daß wenn der

Däne sechs Tage spreche, der Deutsche noch den Sonntag zu Hilfe nehmen müsse. Die dänische Sprache sei in den Vorträgen geradezu verherrlicht und dadurch den Interessen des Staates entgegen gearbeitet worden, welcher befreit sei, die deutsche Sprache in Deutschland zur Herrschaft zu bringen. Unzweifelhaft müßten unter den Umständen die Vereine als solche mit politischen Zwecken angesehen werden. Die nun von B. und W. eingelegte Revision hat der Strafsenat des Kammergerichts am 10. Oktober verworfen, indem es einen Rechtsirrtum nicht für vorliegend erachtete. In der That seien in den Verhandlungen der Vortragsvereine politische Gegenstände erörtert worden, und als Zweck der Vereine habe sich d. r. erwiesen, das national-dänische Empfinden zu pflegen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Schluß aus der 1. Beilage.)

Die Gegner werden behaupten, daß wir dem Kleinbauern kein Arbeitsmaterial, sein Stückchen Land nicht gönnen (Ause: Oh) und im Munde unserer Gegner bedeutet die Diktatur des Proletariats nicht die ökonomische, nicht die wissenschaftliche, sondern die Mistgabel-Revolution. (Widerspruch.) Die Vorwürfe gegen die Agrarkommission richten sich in der Hauptsache gegen Dinge, die die Agrarkommission selber schon beseitigt hat. Wo bleibt da die Logik? Wir, die wir die Partei der Bruderliebe sind, müssen in einer dem Landvolke sympathischen Weise uns auf seine Seite stellen. Lehnen wir deshalb die Kautsky'sche Resolution ab. (Beifall.)

Kronen-Berlin: Für die Aufstellung des Entwurfs dürfte die Gewinnung unserer Parteigenossen nicht der Grund sein. Wir haben auch in der industriellen Bevölkerung ziemlich bedeutende Kreise noch nicht für uns gewonnen, und doch soll das Programm gerade für die Industrie-Arbeiter passen. Die völlige Gewinnung des Industrie-Proletariats ist verhindert durch die mangelhafte Schulbildung und die uns ungünstige Gesetzgebung, die unsere Organisationen hindert. Diese Bildungs- und gesetzlichen Schranken sind doppelt und dreifach, wo es sich um das Landproletariat handelt. Diese Schranken müssen wir niederreißen und dann werden wir auch die Mehrheit des ländlichen Proletariats gewinnen. Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie als große Partei mit allen brennenden Tagesfragen energisch befassen muß, und da stimme ich allerdings zum Theil mit Schoenlant überein, der da sagte, daß sich ein großer Doktrinarismus abzu breiten mache. Dieser Doktrinarismus ist aber nicht bei den Theoretikern zu finden, sondern überall, wo man in Punkten, die nicht genau im Programm berührt sind, auch nur einigermaßen von den Grundsätzen der Partei abweicht, man sofort als Reformverderber gebrandmarkt wird.

In Theil III des Entwurfs ist fast nichts zu brauchen. Die im II. Theil aufgestellten Arbeiterforderungen sind nicht übel. Ich gestehe, der Theil des Erfurter Programms, in dem vom Arbeiterschutz die Rede ist, erscheint mir mangelhaft und ich bin dafür, daß man diesen Theil einmal gründlich revidirt. Ich wünschte dann aber, daß man nicht scheidet Industrie- und Landarbeiter, sondern ich möchte, daß alle Arbeiter einheitlich behandelt werden. David meinte, das Gemeinde-Eigenthum führt zum Sozialismus. Aus einer privaten Enquete der Bodenreformer über das Gemeinde-Eigenthum kann ich Ihnen das Gegenstück beweisen. Eine Gemeinde schrieb uns zurück, daß es ihr sehr gut gehe, daß sie aber eine genaue Darstellung des öffentlichen Eigenthums nicht geben wolle, weil sie nicht wüßte, daß viele andere ihr diese Einrichtungen nachmachen. Eine zweite schrieb u. a. zurück, daß der größte Vortheil der Gemeinde-Einrichtung darin bestünde, daß es in ihr keinen Sozialdemokraten gebe und geben könne. Durch die Hypotheken-Verstaatlichung, selbst wenn sie nur in dem von Bebel angedeuteten Maße durchgeführt würde, könnte nur eine ungeheure Liquidation herbeigeführt werden. Den kleinen brauchbaren Rest in Absatz 3 können wir dadurch erledigen, daß wir ihn der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen.

von Elm: Für mich ist die Frage, die wir zu entscheiden haben, eine Frage der Taktik und der Praxis. Unsere Partei ist keine kleine Sekte mehr, sie muß zur Agrarfrage Stellung nehmen, die die Hälfte der deutschen Bevölkerung bewegt. Sie muß Stellung im Reichstage, im Landtage zu ihr nehmen. Natürlich dürfen wir keine Experimente machen. Ist die Frage noch nicht spruchreif, so müssen wir die Entscheidung vertagen. Wollen wir die Erringung der politischen Macht nicht auf eine ferne Zukunft verschieben, so dürfen wir auf die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung nicht verzichten. Wir haben bereits Eingang gefunden, gerade bei Kleinbauern, die eine weit zuverlässigere Stütze in manchen Kreisen sind als die verelendeten Landarbeiter. Wir müssen die Kleinbauern zur Demokratisierung unserer Gesellschaft heranziehen, und wir ziehen sie heran durch eingehende Beschäftigung mit ihrer materiellen Lage. Um dem Bauern unser Endziel begreiflich zu machen, müssen wir praktische Vorschläge machen; nur so kommen wir an ihn heran. Aus dem reinen Egoismus des Industrie-Arbeiters heraus will ich den Kleinbauern gewinnen. Weil ich freies Wahlrecht, freie Koalition u. s. w. brauche, soll er sich meiner Partei anschließen. Die Kautsky'sche Resolution ist die vollständigste Verwerfung und Abweisung der Agrarfrage. Wenn Schippel der Agrarkommission und erfahrenen Genossen Unwissenheit in der Agrarfrage vorwirft, so werden sie es nicht für einen Schimpf betrachten, wenn sie erklären: es ist noch nicht genügend Klarheit vorhanden, wir verschieben die Entscheidung um ein Jahr. Die meisten Delegirten haben sich in ihren Wahlversammlungen festgelegt. Jetzt ist der einseitige Possus, der am meisten Widerspruch im Lande fand, zurückgezogen. Ist es denn so gefährlich, wenn wir uns Volk appelliren? Wie sind doch eine demokratische Partei. Gerade weil die Gegenstände in der Partei sich bei der Agrarfrage so scharf gegenüberstellen, muß uns veranlassen im Interesse der Gesamtpartei, längerweise die Entscheidung zu verschieben. (Beifall.)

Hoffmann-Bielefeld: Ich bin der erste Westfale, der hier zum Wort kommt. Von der Agrarkommission ist Westfalen leider nicht berücksichtigt worden. Wir Bielefelder haben in der Landtagation viele und gute Erfahrungen gemacht; denn Bielefeld ist sozialistisch, das umliegende Land dagegen von dem wir abhängen, ist gegnerisch. Und doch muß ich Ihnen sagen, daß wir mit dem Entwurfe der Kommission bei der Agitation so gute Erfolge erzielen würden, als nach unserer bisherigen Methode. Haben die Verfasser des Entwurfs recht, sind sie wirklich revolutionär, dann wird es trotz unseres Widerspruchs wieder dazu kommen, daß wir uns mit der Agrarfrage beschäftigen müssen. Durch den Arbeiterschutz, der gut ist, stoßen wir die Bauern ab; Arbeiterschutz und Bauernschutz vertragen sich nicht. (Gehr richtig.) Nur die kleinsten Bauern sind zu gewinnen; denn sie sind keine Eigenthumsfanatiker. Den revolutionären Einfluß des Bauernschutzes und der Aufrechterhaltung der alten Rechte bei den Bauern kann ich nicht begreifen; im Gegentheil mit Bezug auf diese alten Rechte sage ich: „Es erben sich Recht und Gesetz wie eine ewige Krankheit fort.“

Harm-Ebersfeld: Ich habe mir bereits gesagt: auch du vertritt den Freund nicht mehr! (Heiterkeit.) Ich bitte Sie aber, wenn Sie die Vorlage nicht annehmen, auch die Resolution Kautsky abzulehnen. Geschehen muß in der Sache etwas. Die Parteigenossen, die den Vorschlag auf Einsetzung einer Kommission vor einem Jahre lebhaft begrüßt haben, wollen jetzt nichts mehr davon wissen. Wir würden nach meiner Ueberzeugung an dem ländlichen Bewohner ein Verbrechen begehen, wenn wir ihn von uns stoßen. Ich bin absolut nicht mit allen Punkten der Vorlage einverstanden, so z. B. nicht mit der Verstaatlichung. Infolge der Alters- und Invaliditäts-

versicherung kauft die Reichsregierung soviel Geld auf, daß sie es zu billigen Zinsen abgeben wird. Auch das Versicherungswesen, wie es die Kommission vorschlägt, wird sich als überflüssig erweisen. In anderen Fragen können wir aber der Kommission zustimmen, und der Bauer wird uns dankbar dafür sein. Wir dürfen den Bauernstand nicht verkommen lassen, denn mit einem degenerirten Stande können wir nichts anfangen. Wir müssen die Bauern gewinnen, und deshalb bitte ich Sie, die Resolution Kautsky abzulehnen.

Singer theilt mit, daß v. Elm seinen Antrag zurückgezogen und statt dessen folgenden Antrag eingereicht hat:

1. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung macht eine Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Agrarfrage notwendig; da aber der bisherige Verlauf der Diskussion gezeigt hat, daß die Frage einer weiteren Prüfung und Klärung bedarf, sieht der Parteitag von einer bindenden Beschlußfassung ab und macht es den Parteigenossen zur Pflicht, durch Studium und Berathung der ländlichen Frage eine endgiltige Stellungnahme vorzubereiten. Zweitens nimmt der Antrag den Schlusssatz der Agrarkommission auf.

Eberle-Warmen: Ich hätte auch verzichtet, wenn nicht gerade Harm vorher geredet hätte, der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage ist. Er hat bloß seine persönlichen Meinungen vorgebracht. Nehmen wir die Vorschläge an, auch wenn sie nicht im Programm stehen, so ist das doch ebenso, als ob sie darin ständen. Wenn wir den Bauer als Besitzer, als Steuerzahler beschätzen sollen, so ist das doch etwas ganz Neues. Wenn man immer betont, daß man die Wahrheit deshalb wissen muß, weil man schon seit vielen Jahren in der Partei sei, so sind das Redensarten.

In einer persönlichen Bemerkung spricht Schoenlant: Genosse Kimmel hat behauptet, ich hätte eine Revision unserer Prinzipien für notwendig erklärt. Davon habe ich nicht gesprochen. Ich habe nur Beweise zu erbringen versucht, daß wir unsere bisherigen Vorstellungen in der Agrarfrage, unsere Vorstellungen über die Revolution im richtigen Sinne dieses Wortes einer Revision unterziehen sollen.

Damit ist die Diskussion geschlossen. Morgen haben die Referenten das Schlusswort und findet sodann die Abstimmung statt.

Schluß 7 1/4 Uhr.

Infolge eines technischen Versehens im Referate des Dr. Quard folgen einige Abätze nicht in der richtigen Reihenfolge. Auf Wunsch des Herrn Quard stellen wir das fest.

Vermischtes.

Ein grauenhafter Unglücksfall wird aus Köln berichtet: Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, ist am Mittwoch die Beckmann'sche Spinnerei in Bockolt eingestürzt. Vierzig Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zur Hilfeleistung ist Militär aus Wesel mittels Sonderzuges eingetroffen. Bis Donnerstag früh waren 10 Tode und 9 Verwundete geborgen. Die 20 noch Vermissten dürften todt sein.

Aus Lemberg wird berichtet: Das Dorf Bzdabyce, Eigenthum des Reichstags-Abgeordneten Kranzki, ist vollständig niedergebrannt. 200 Gehöfte, das neu erbaute Schloß, sowie alle Wirtschaftsgebäude sind vollständig zerstört worden. Ein Knecht ist in den Flammen umgekommen.

Seemannsleben. „Damals als wir im stillen Ozean kreuzten“, erzählt der alte Kapitän, „kamen wir eines Tages an einer Insel vorbei, die fastlich ganz roth schien von all den Hummern, die den Boden bedeckten, um sich da zu sonnen.“ „Aber besser Herr“, fällt da einer ein, „die Hummern werden doch erst roth, wenn sie gekocht sind.“ „Das war gerade das Wertwüthige an der Geschichte“, meint der unverwundliche Kapitän, „wir fanden es auch erst nach einiger Zeit heraus, die Insel war vulkanisch und hatte heiße Quellen.“

Der lebende Briefkasten. In einer Straße des Londoner Südens hat sich vor kurzem folgendes nächtliche Idyll abgespielt. Ein Soldat hatte furchbar schwer geladen und fand endlich, nachdem er eine zeitlang versucht hatte, sich vorwärts zu bewegen, an einem Laternenpfahl einen Stützpunkt. Unbeweglich blieb er hier in seiner rothen Jacke stehen und schien warten zu wollen, bis die Bewegungen des Erdballs um die eigene Achse sich weniger bemerklich machen würden. Da nahte sich ein älterer Gentleman, dem es auch nicht gelingen wollte, eine gerade Linie zu halten. Er hatte zwei Briefe in der Hand und wollte sie offenbar in einem Briefkasten werfen, der sich in England bekanntlich in etwa mannsboher rothgestrichener Säule befindet. Der Gentleman sah nun die rothe Jacke des Soldaten und wurde durch deren Farbe zu der Vorstellung verleitet, daß er sich vor dem Briefkästchen befände. Zweimal suchte er die Briefe in den Mund des Soldaten zu schieben, aber stets fielen sie ihm zu Boden. Schließlich begriff der Soldat, daß er der Gegenstand einer unliebsamen Verwechslung sei und begann furchbar zu schimpfen. Darüber gerieth der ältere Herr so in Schrecken, daß er schleunigst von dannen eilte, denn er dachte nicht anders, als daß der Briefkästchen plötzlich zu reden begonnen habe. Der Soldat aber hielt auf seinem Posten aus.

Briefkasten der Redaktion.

Schmölln, Mauerstreik betreffend. Die uns zugefandte Mittheilung kann nicht veröffentlicht werden, da sie der Beglaubigung durch eine Organisation ermangelt und auch keine Adresse des Absenders enthält.

St. 765. Niemals.
C. S. 75. Wenden Sie sich an den Portier des Reichstags und beachten Sie die Notiz im lokalen Theil der heutigen Nummer.

Für die Familien der im Essener Meineldeprozeß Verurtheilten gingen ferner ein:
Verein lustiger Seelen 2.—, Gesammelt am Biertisch in der Franzstr. 6 3.—, Gesammelt von den rothen Kohlrägern Lychenerstr. 2/3 4.—, Sch., Rechtsanwalt und Notar 30.—, Rechtsanwalt ungenannt 4.50. „Münchener Post“ in München 240.—.

Summa 288,50 M. Bereits quittirt 12 248,01 M.; in Summa 12 526,51 M.

C. W., Märchenbuch. Ende dieses Monats erscheint in unserer Verlage „Das Buch der Jugend“ zum Preise von 2 M., das dem angeregten Zweck entsprechen dürfte.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 10. Oktober. (B. L. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Athen: Die Blätter verlangen, daß die Regierung angefaßt der Lage im Orient den in den nächsten Tagen zur Reserve zu entlassenden Jahrgang unter den Fahnen behalte und sofort ein Kriegsschiff nach Konstantinopel zum Schutze der griechischen Bürger entsende.

Madrid, 10. Oktober. (B. L. B.) Den Zeitungen zufolge ist davon die Rede, sechzehn transatlantische Paketboote kriegstüchtig zu machen und die alten Panzerschiffe „Rumanzia“ und „Victoria“ umzubauen. In den Staatsarsenalen herrscht eine rege Thätigkeit. Der „Imparcial“ glaubt, daß die Vereinigten Staaten für den Fall getroffen sind, daß die Vereinigten Staaten die kubanischen Insurgenten als kriegsführende Macht anerkennen.

Savanna, 10. Oktober. (B. L. B.) Der Kriegsrath verurtheilte die Insurgentenführer Ameyaga und Nicenital, ersteren zum Tode, letzteren zur Zwangsarbeit.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Wreslau, den 10. Oktober 1895.

Vierter Verhandlungstag.
Vormittags-Sitzung.

Der Vorsitzende Singer eröffnet die Sitzung um 9/4 Uhr. Es sind mehrere Begrüßungsschreiben eingegangen, darunter eines von einigen Mitgliedern der Ferienkolonien, das mit großem Beifall aufgenommen wird. Lebhafteste Heiterkeit erregt folgender, dem Parteitag übersandter Brief aus Leipzig: „Die Sozialdemokratie (richtiger Sozial-Anarchie) sollte vor allem ihre Nothheit ablegen! Beweis derselben: die rohe Kindererziehung. Die sozialdemokratische Verrohung der Schul- und Straßensjugend, zumal in Leipzig, der Geburtsstätte der Sozialdemokratie, ist geradezu himmelschreiend. Das wird der Ruin des deutschen Vaterlandes! Das ist die Frucht Eurer Arbeit! Glück Euch! Glück! Die Partei der Anti-Anarchisten.“

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Anrick namens der Mandatprüfungs-Kommission mit, daß nachträglich Proteste gegen die Gültigkeit der Mandate von Röhre, Heilbrunn und Gehr-Bremerhausen eingelaufen seien. Da beide für gültig erklärt und die Proteste verpöhtet eingelaufen sind, beantragt die Kommission, über dieselben zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage ohne Debatte bei. Hierauf wird in die Tagesordnung (Fortsetzung der Beratung des Agrarprogramms) getreten.

David-Giesen: Parteigenossen! Seitens Schippel's ist der Kommission im allgemeinen der Vorwurf des Diebstahls gemacht worden, und die Vorschläge, die die Kommission gemacht hat, sind von ihm unter der Devise „nichts als Diebstahl“ eingeführt worden. Zu diesen Vorwürfen muß ich einige Bemerkungen machen. Die Aufgabe der Agrarkommission bestand darin, Stellung zu nehmen zu den Fragen, die heute neben dem Agrarwesen an der Tagesordnung sind und unsere Vorschläge sollen nichts anderes sein, als die Vorschläge für die Stellung, die die ganze Partei dazu einnehmen soll. Zunächst mußten wir da die Wünsche kennen lernen, die heute bereits von anderen Parteien geltend gemacht werden. Soweit diese Vorschläge dem Interesse landwirtschaftlicher Kapitalisten und Unternehmer dienen sollen, mußten wir sie ausscheiden; was übrig blieb, mußten wir prüfen daraufhin, ob es nicht nur der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit, sondern auch der gesamten Bevölkerung zu gute kommt. Was dann noch blieb, waren die Fragen, denen wir positiv näher treten mußten.

Wenn Sie erwartet haben, die Agrarkommission werde Ihnen das Produkt einer ganz neuen agrarpolitischen Phantasie vorlegen, dann allerdings haben wir Ihre Erwartungen getäuscht. Aber zu dieser Erwartung waren Sie nicht berechtigt.

Im besonderen fühle ich mich verpflichtet, dagegen uns zu verwahren, als ob wir unsere Vorschläge vom Grafen Falkenhayn gestohlen hätten, dessen Name ganz geschickt dazu benutzt wurde, die Vorschläge zu verdächtigen.

Zunächst ist nicht das ganze Programm von Falkenhayn entlehnt, das enthielt 15 Punkte; es handelt sich auch nicht einmal um einen ganzen Punkt, sondern um einen Passus in einem Punkte.

Schippel hatte erwähnt, daß auch andere Dinge dem Falkenhaynschen Gesetzentwurf entnommen seien, z. B. der Ankauf von Getreide von den Produzenten direkt und noch anderes. Aber Schippel wird nicht behaupten wollen, daß das Dinge sind, die man nur an den Namen Falkenhayn anknüpfen kann. Das sind Dinge, die in allen agrarpolitischen Programmen vorkommen. Falkenhayns Vorschläge sind doch sehr bekannt, und man kann nicht davon sprechen, daß wir es verheimlicht hätten, daß wir das Programm von Falkenhayn entlehnt haben. Wir sind doch nicht so einseitig, daß wir Dinge, die seit Jahren diskutiert werden, daß wir die als unser Eigentum reklamieren könnten.

Ich will annehmen, unsere Forderung sei identisch mit Falkenhayns Vorschlag des Ankaufs eines Gutes bei der Vergantung durch die Gemeinde. Dieser Gedanke ist nicht jetzt zum ersten Male von den Süddeutschen vorgebracht worden, schon Genosse Vollmar hat im bayerischen Landtage ein Referat darüber gehalten; sein Referat ist als Sonderabdruck als Bauernagitations-Vorschläge verbreitet worden. Es handelt sich also nicht um Dinge, die im Schooß der Kommission geheimnisvoll behandelt worden wären. Aber der Name Falkenhayn kann gegen die Vorschläge nicht ausgespielt werden; wenn wir alle die Dinge nicht wollen, die von unseren Gegnern stammen, dann hätten wir auch dies allgemeine Wahlrecht zurückweisen müssen, weil es vom Blut- und Eisenmanne stammt. Schippel hat ja auch die Ansicht der Gegner für seine Meinung in Anspruch genommen, als er von der Waldstreu sprach und sagte, daß die Bauern das Waldstreu selbst nicht wollen. Er hat sich an die Autorität der Männer gewandt, an deren Händen das Blut von Fuchsmühl fließt.

Wir sollen nun Anträge gestellt haben, die hinauslaufen, das Privateigentum der Bauern zu schützen.

Das ist nicht richtig. Wir sagen nur, der Ankauf durch die Gemeinde und die Ueberlassung des Gutes an den früheren Besitzer als Ruhnieser soll den Ruhnieser durchaus nicht im Privatbesitz erhalten. Aus tatsächlichen Gründen wollten wir nicht von Pacht sprechen, denn Pachtverträge sind heute anrüchlich, und wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn man einen Landwirt die Ruhnieser giebt, doch die Pacht so stellen muß, daß ihm genügende Zeit bleibt, Verbesserungen zu machen und zu erhalten. Also die Pacht soll über das Maß der heutigen Pacht hinausgehen, aber vor dem Schritt zum Privateigentum haben wir Halt gemacht. Eine solche Pacht, wie ich sie gekennzeichnet habe, kann doch nie in Privateigentum hineinwachsen. Falkenhayn wollte mit seinen Vorschlägen die große Masse der kleinen Landwirthe hinter sich bekommen gegenüber der Arbeiterbewegung. Die Absicht, so etwas zu wollen, hat uns fern gelegen.

Von dem Entwurf ist in unserer Vorlage nur ein Gedanke festgehalten, den wir unbeschadet unserer Prinzipien annehmen können, nämlich die Kleinbauern in eine einheitlich organisierte Wirtschaftsordnung überzuführen. Die Vorwürfe von Schippel waren so ungerecht wie möglich. Ich will nicht in denselben Fehler wie er verfallen, und Vorwürfe wie Unverständnis und Gewissenlosigkeit gegen ihn erheben. Ich überlasse es dem Urtheil der Genossen, auf welcher Seite hier der Unverständnis liegt.

Bezüglich des Waldstreurechts haben wir uns von wissenschaftlichen Grundfragen leiten lassen. Schippel hingegen hat die Interessen der rationalen Forstkultur mit dem Interesse der Gesamtheit, das Interesse des Fiskus mit dem des Volkes zusammengezwungen, obgleich das zwei ganz verschiedene Dinge sind. Die Forstverwaltung ist eine kapitalistische Verwaltung. Die Forstkultur ist ihr die Hauptsache. Deshalb ist es ihr angeheim, wenn der Bauer mit seinem Vieh aus dem Walde fern bleibt. Die Darstellung ihrer Beamten über die Forstkultur ist also einseitig, und kann nicht für uns maßgebend sein. Das fiskalische Interesse kommt nicht in Frage, wenn es sich um fürstliche Jagdvergnügungen handelt. Wohl aber tritt es sofort dem Bauern gegenüber in kraft, dessen Existenz an der Benutzung des Waldes für sein Vieh gebunden ist.

Genosse Schippel hat sodann die Frage der Almende ausführlich erörtert. Er zitierte aus Buchenberger die Ansicht, daß die Almende zur Schollenleberei führe. Ich sage hierzu: Die Almendtheilhaber sind auch einseitig genug, um zu wissen, ob es für sie sich lohnt, zu bleiben oder auszuwandern. Was die Lohnrückerei der Arbeiter betrifft, die aus Dörfern mit niedriger Lebenshaltung in die Stadt kommen, so wird sie viel schlimmer, wenn, wie Schippel will, durch Aushebung der Almende und des Waldstreurechts so und soviel bäuerliche Elemente vernichtet, aus ihrem Eigenthum vertrieben werden und nun nach der Stadt kommen, wenn wir den Zustrom der ländlichen Bevölkerung so vermehren. (Beifall, Zwischenruf.)

Es wird mir zugerufen: Das heißt revolutionären! Ja, wenn die Lohnrückerei revolutionären wäre, dann wäre doch die ganze Thätigkeit unserer Gewerkschaften eine antirevolutionäre. (Gehr gut!) Sind denn die Gegenden, wo Hungerpreise gezahlt werden, der Boden, auf dem wir Gelegenheit zu revolutionären haben? (Ruf: An die Scholle gefesselt!) Ja, bei dieser Fessel hat es der Kleinbauer doch jederzeit in der Hand, sie zu lösen, sobald er eingesehen hat, daß dies seinem Interesse entspricht. Was man jederzeit von sich schütteln kann, ist nach meiner Meinung keine Fessel.

Was nun die Verstaatlichung der Hypotheken betrifft, so sagt Schippel, die Börse hätte den Vortheil davon. Nein, heute haben die Kapitalisten Vortheil davon, und der soll ihnen ja gerade genommen werden. Dem Genossen Dertel gegenüber, der ja selbst, soviel ich weiß, Hypothekenbesitzer ist, bemerke ich, daß man eine Grenze für die erste, zweite oder dritte Hypothek festsetzen kann. Die Endgrenze kann einfach da liegen, wo der eigentliche Werth des Gutes aufhört.

Will man über den Werth des Gutes hinaus noch ein Geldleihen ermöglichen, so kann nur Personalbeziehung erfolgen. Und auch hier ist man schon auf dem Wege, den Personalkredit zu organisieren und dieses an sich beschränkte Gebiet dem Wucherer zu entziehen. Genosse Kautsky ließ das Gespenst der Staatsklaverei des Bauern aufmarschieren. Jetzt haben wir die Klaverei des Privatkapitals, die unter Umständen direkt politischen Einfluß auf den Bauer ausübt. Ich erinnere an die Schwiegerwahl. Der Bauer ist eine viel demokratischere, widerstandsfähigere Natur, als etwa der ostelbische Landarbeiter. Sollte es dem Staat einfallen, den Bauer mit den Hypotheken zu tunionieren, so würde es lebensgefährlich für den Landrath werden, in die Dörfer zu kommen, der Staat würde die Bauern selber revolutionären. Nun zur geforderten Vermehrung des Gemeindefiskus und zum Verbot des Verkaufs öffentlicher Ländereien. Diese Forderung bezeichnet Schippel als Charlatanerien. Auch westeuropäische Sozialisten, die wir bisher nicht gewohnt sind, als Charlatane zu bezeichnen, stimmen in der Forderung der Vermehrung des Gemeindefiskus mit uns ein. Das Programm unserer französischen Genossen enthält diese Forderung und unser Genosse Wandervogel hat dies ebenfalls in seiner bekannten Rede näher begründet. Unserm Prinzip entspricht ja diese Forderung auch voll und ganz, es könnte sich ja nur darum handeln, ob es jetzt schon an der Zeit ist, diese Forderung geltend zu machen. Sie können also unsere Vorschläge annehmen, da sie sich in der Richtung bewegen, die wir einschlagen müssen. Uns wird vorgeworfen, wir wollen das Privateigentum des Bauern vernichten, während wir doch thätigst das Privateigentum in Gemeinde-Eigentum überführen wollen. Wir müssen dafür sorgen, daß heute nicht ein Besitzwechsel, sondern eine Ueberführung in Gemeinde-Eigentum stattfindet. Ein Bauer, der zum Pächter von Land geworden ist, ist für uns insofern der wirtschaftlichen Vorbedingungen viel leichter zu gewinnen, als wenn er Eigenthümer wäre.

Wenn man sagt, der Kleinbetrieb hafet am Privateigentum, so ist das nicht richtig. Wo wollen Sie theoretisch den kleinen Pächter unterbringen?

Die Forderung des Naturalzinses im süddeutschen Programm ist als etwas Ungeheuerliches hingestellt. Wir wollten dadurch dem Bauern den Uebergang zu dem Gedanken des Gemeindefiskus erleichtern, ihm die Sache plausibel machen. Wir Süddeutschen sind mit dieser Forderung in der Kommission nicht durchgebrungen; gewichtige Erwägungen wurden uns entgegengehalten, viel gewichtiger, als die Schippel's.

Die Frage: ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen, ist eine theoretische, die zu entscheiden ist von Leuten, die sich mit diesen Fragen besonders befassen. Außerdem heißt es auch hier: Prohibiren geht über Studiren.

Die Frage der Betriebslehre in der Landwirtschaft ist eine unter den Fachleuten durchaus unentschiedene Streitfrage. Ein fester Boden der Wissenschaft existirt nicht; es giebt nicht zwei Professorenschulen, die in einer Frage das gleiche denken. Die Wissenschaft hat den Muth, sich beständig zu mausern. Wir haben in dem Sinne auf dem Boden der Wissenschaft zu stehen, daß wir ihr Fortschreiten wahrnehmen und uns zu nütze machen. Das haben wir gethan, wir haben uns nicht auf eine Theorie festgenagelt, und deshalb hat man gegen uns den Vorwurf erhoben, wir wüßten selbst noch nicht, was wir wollen. Wir müssen doch überall die thatsächlichen Verhältnisse berücksichtigen und uns danach richten. Die Natur der Sache bedingt es eben, daß die Dinge verschieden behandelt werden. Wir können doch nicht einer Gemeinde, die noch gar kein Gemeindefiskus hat, vorschlagen, sie soll es in Regie nehmen. Das ist unmöglich. In solchem Falle müssen wir es eben an Selbstbewirtschaftung vergeblich geben. Vor allen Dingen müssen wir darauf bedacht sein, daß, was wir auch immer vorschlagen, auf keinen Fall der kapitalistischen Ausbeutung anheimfällt. Nun sagt Kautsky, wenn wir das thun, so bewirken wir, daß die Landwirtschaft nicht mehr rationell betrieben wird. Es ist eine Streitfrage, ob es wahr ist. Kautsky meint, je mehr die kapitalistische Landwirtschaft sich entwickle, desto mehr werde der Boden ausgeraubt. Nun gut, dann lasse man doch dem Bauern seine rücksichtlose Betriebsweise. Einigen wir und doch über den Begriff Bauern. Schließen wir den Bauern mit Dienstleuten aus. Der Bauer mit Dienstleuten ist nicht in Masse für uns zu gewinnen. Kautsky hat Quard gegenüber, der Engels zitierte, von Seiltänzerei gesprochen. So wie ich Engels verstanden habe, habe ich mich auch der Seiltänzerei schuldig gemacht. Ich glaube ihn aber richtig verstanden zu haben. Engels kommt in dem Artikel trotz seiner Ansicht, daß es mit dem Bauern zu Ende geht, doch zu der Meinung, es müsse für den Bauer in der Gegenwart etwas geschehen. Er spricht ausdrücklich davon, daß der Abstieg der Bauern ins Proletariat gehindert werden müsse.

Kautsky sagt in seiner Resolution, das Interesse der Landeskultur sei das Interesse der Besitzer. Wenn Sie dieses Prinzip der Resolution annehmen, so legen Sie sich in dem Sinne fest, daß Ausgaben für Landeskultur im Interesse des Proletariats in Zukunft nicht mehr bewilligt werden dürfen. Das würde uns ungenügend schaden. Ueberall werden für Landeskulturzwecke jährlich von unseren Genossen Mittel bewilligt. So ist in Hessen eine Landesreditbank ins Leben gerufen, für die unverzinsbare Darlehen aus Staatsmitteln bewilligt sind, und dafür sind unsere Genossen eingetreten. Ähnliche Beispiele lassen sich in Menge nicht nur aus Hessen, sondern auch aus anderen Einzelstaaten anführen. Durch die Resolution Kautsky aber wird diese bisher geübte Praxis unmöglich gemacht. Dasselbe gilt für Summen, die man für Gewerbe-Ausstellungen, Gewerbeschulen und dergl.

bewilligt. Für uns ist die politisch entscheidende Stellung in diesen Fragen die, daß wir in die Forderungen der Agrarier unser demokratisches Del hineingießen. Wir dürfen nicht einfach sagen, wir lehnen es ab, sondern wir treten auch dafür ein, aber wir zwingen euch, es so zu gestalten, daß es nicht den Großbesitzern allein, sondern der Gesamtheit zu gute kommt.

Von dem Standpunkte aus müssen Sie unsere Forderungen betrachten. Thun wir für die Landeskultur nichts, so leisten wir den Großgrundbesitzern einen Dienst, die uns dafür beim Bauern verklagen können. Wir Hessen hatten in diesem Sommer eine große Zusammenkunft landwirtschaftlicher Vereine. Da wurde beschlossen, die Viehzucht einheitlich zu gestalten. Dazu sind staatliche Hilfsmittel nöthig, also unsere Genossen werden noch mit dieser Frage zu thun bekommen. Außerdem liegt der heftigsten Kammer ein Antrag vor, die ganze heftigste Bodenmelioration einheitlich und staatlich zu organisiren. Wenn wir da nach der Resolution Kautsky alle Hilfe verweigern, dann jagen wir ja vollends die Bauern ins Elend. Wir wollen Landeskultur im Interesse der Bauern treiben, nicht im Interesse der Großen. Sie werden es sich also sehr überlegen müssen, sich nach der Resolution Kautsky festzulegen. Kautsky hat gemeint, es wäre leicht, über die Frankfurter Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Wir wollen doch keinen Zickackkurs einschlagen; hätten Sie sich, den Gegnern durch Aenderung Ihrer Ansichten eine Waffe in die Hand zu geben. Wenn Sie meinen, daß die Fragen noch nicht spruchreif seien, so ist hiergegen nichts zu sagen. Aber nehmen Sie nicht die Kautsky'sche Resolution an, die dem Beschluß des Frankfurter Parteitages eine Ohrfeige giebt. Nicht dadurch haben wir, wie Kautsky sagt, die Massen gewonnen, daß wir die Köpfe revolutionären. Durch die praktische, an die Gegenwart anschließende Thätigkeit haben wir die Massen gewonnen. Mit dem Revolutionären der Köpfe können wir einige Studenten gewinnen. Mit Zukunftshoffnungen, mit Ideen, die nicht leicht zu begreifen sind, gewinnen wir die Massen nicht. Die Revolutionierung der Massen geht nicht vom Kopfe, sondern vom Magen aus. Mit der Revolutionierung der Köpfe wären wir eine Sekte wissenschaftlicher Sozialisten geblieben, hätten aber keine Massenbewegung. Das ist nicht meine Ansicht, die Ansicht eines jüngeren Mannes allein, die erfahrensten, ältesten Genossen stimmen mit mir überein. (Redner zitiert eine Stelle aus einer Rede Bebel's auf dem Halle'schen Kongress.) Es ist weiter gesagt, wir kommen schon heute mit unserem Programm aus. Ja, wenn das richtig wäre, so brauchen wir ja gar keine Vorschläge zu unterbreiten. Es fragt sich nur, ob wir wirklich mit dem heutigen Programm auskommen. Allerdings können wir auf grund unserer festgelegten Prinzipien alles das begründen, was wir in dem Agrarprogramm fordern. Aber wenn wir damit zu dem Bauer kommen, so müssen wir ihm sagen, heute stimmen wir gegen alles, was wir selbst fordern, weil es nicht der Allgemeinheit zu gute kommt, erst muß der Zukunftsstaat eintreten. Damit erreichen wir aber nichts. Kautsky sprach von der Diktatur des Proletariats, aber darauf können wir lange warten, wenn wir 4-5 Millionen Menschen für garnichts halten und den Bauern sagen, ihr müßt erst zu grunde gehen. Wenn wir den Uebergangszustand wollen, so müssen wir praktische Politik treiben. Ich weiß aus persönlicher Anschauung, daß der Bauer im allgemeinen ein einsichtsvoller, praktischer Mensch ist, ein „Simier“.

Man darf des Bauern Eigenart nicht als Rückschändigkeit betrachten. Wenn die Bauern nach der Aufhebung des Privateigentums fragen, dann sprach ich zu ihnen von der Verstaatlichung der kapitalistischen Produktionsmittel; es fällt uns aber nicht ein, Euch Euer Eigentum zu nehmen. Ferner verwies ich sie auf die Kautsky-Schoenlanf'sche Proskription über das Programm und sagte ihnen, daß Kleinbesitz und Kleinbetrieb zwar noch einige Zeit nach unserem Siege fortbestehen werden, aber daß deren Besitzer höchstwahrscheinlich dann von selbst ihre Kleinbetriebe ausgeben würden. Ich verwies sie auch auf Liebknecht's Grund- und Bodenfrage, kam aber niemals vollständig mit dieser Literatur aus; wir müssen sie also wieder einmal revidiren, um zu sehen, ob etwas Neues nöthig ist.

Unser Standpunkt ist der: Unbedingt nöthig ist, daß wir praktische Thätigkeit entwickeln, die gegenwärtigen Menschen sind mir ebenso lieb, als die des Zukunftsstaats. Jetzt liegt die Sache ähnlich wie damals, als es sich um die Frage des Parlamentarismus handelte.

Die ganze Frage ist nicht nur eine Bauernfrage. Sie ist in höchster Linie die Ernährungs-, die Broitfrage selbst. Das war unser Grundgedanke, keine theoretische Spielerei. Er legt am schärfsten unsern Gegenstand zu der Auffassung der eigentlichen Agrarier dar, die immer nur die Erhaltung der Bauern, der festesten Stütze der Monarchie, durch Konjunkturpreise u. s. w. wollen. Uns steht das Interesse der Gesamtheit am höchsten, nicht das Interesse eines Verstandes. Die Agrarfrage ist eine politische Frage ersten Ranges. Daß sie in den Reihen der Genossen noch nicht volles Verständnis findet, liegt nicht an einem intellektuellen Mangel. Die Schwäche des Standpunktes der Kommission liegt darin, daß hinter ihr nicht eine Masse steht, die die ländlichen Verhältnisse am eigenen Leibe kennen gelernt hat. Diese Masse soll erst gewonnen werden. Die Kommission befindet sich in derselben Lage, wie die ersten Sozialisten aus der Bourgeoisie. Aber diese Schwierigkeit muß überwunden werden. Sonst gefährden wir den Fortschritt der Partei. Die Ablehnung der Vorschläge der Kommission wird von unseren Feinden als feindselige Stellung gegen die Nothlage der Bauern gedeutet werden. Legen Sie sich also durch die Annahme der Kautsky'schen Resolution nicht fest. Wenn Sie den Vorschlägen der Kommission nicht zustimmen wollen, so lassen Sie sich wenigstens Zeit. Wir sind in den Bauern nicht verliebt, das ist Unfug. Aber wir halten es im Partei-Interesse, und ich scheue mich nicht zu sagen, auch aus humanen Gesichtspunkten für geboten, daß einer großen Arbeiterschicht in der Noth des Lebens geholfen werde. (Beifall.)

Singer theilt mit, daß Genosse Rauch aus Hannover durch die Verhaftung seines Kollegen an der „Volksstimme“ zur Abreise gezwungen worden ist.

An seine Stelle wird Hülle in die Neunerkommission gewählt. Ein Antrag, die Redezeit auf eine halbe Stunde zu beschränken, wird von Hoffmann-Bielefeld begründet, von Liebknecht bekämpft. Der Parteitag lehnt ihn ab.

Zettin-Stuttgart: Genossen und Genossinnen! Ich bedauere zunächst, daß ich nicht zu Ihnen sprechen kann in der Rolle von Stubengelehrten, von denen man so wegwerfend gesprochen hat. Ich bin auch nicht mit Stubengelehrten verschwägert oder verschwägert, aber gerade deshalb, weil ich nicht pro domo spreche, will ich doch betonen, daß unsere Theoretiker nicht dasselbe sind, wie die bürgerlichen Stubengelehrten. Ohne unsere Theoretiker wären wir noch gar weit zurück.

Nun zur Sache! Wenn Sie auch nunmehr Ihre Anträge in drei Theilen vorgelegt haben, so ist noch gar nichts geändert worden. Nicht um die Form der Anträge, um ihre Einschickung in das Programm handelt es sich, sondern darum, daß viele von ihnen unseren Prinzipien widerlaufen. Was den bekannten Einleitungsatz betrifft, so bin ich der Meinung, daß unsere Demokratisierung gegen die bestehende Staatsordnung geht: wir wollen doch nicht

die Republik mit dem Großherzog an der Spitze, wenn wir etwas im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung verlangen. Man hat gesagt, wir müssten ebenso gut für den Bauernschutz wie für den Arbeiterschutz eintreten. Aber unser Arbeiterschutz besteht doch nicht darin, daß wir den Plänen anarcho-syndikalistischer Rindstöpfe folgen, sondern daß wir die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit fähiger machen wollen, den Klassenkampf zu führen. (Sehr richtig.)

Wochten deshalb die von uns vorgeschlagenen Reformen noch so wenig einschneiden in das Gefüge der heutigen Gesellschaftsordnung, sie waren eminent revolutionär, da sie den Klassenkampf auslösten. Wir wollen den Arbeiter nicht in seiner wirtschaftlichen Existenz sichern, denn das ist unmöglich, wir wollen nur verhindern, daß der Arbeiter ein Anhängsel der toten Maschine wird, wir wollen ihm ein Stück seines Menschentums zurückgeben. Wir haben uns stets gewehrt gegen Forderungen, wie Einführung eines Minimallohns, wir haben uns stets gewehrt gegen die Forderung des Rechts auf Arbeit, weil das unmögliche Dinge sind. Im Gegenteil, heute besteht für den Arbeiter nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zur Arbeit, eher könnte man ein Recht auf Ruhe fordern. Ganz anders steht es mit dem Bauernschutz. Wenn wir den Vorschlägen der Kommission folgen, so schämen wir den Bauer als Privatbesitzer (Sehr richtig!), und das in dem Augenblicke, wo sein Glaube an die allein seglich machende Kraft des Privateigentums anfängt, wankend zu werden dank der revolutionären Kraft des wirtschaftlichen Entwicklungsganges. Der antisozialistische Bauernschädel ist trotz der gegenteiligen Ansicht von Mollenhuth vorhanden, und es kann nicht unsere Aufgabe sein, jetzt, wo dieser Schädel endlich dünner zu werden beginnt, durch unsere Vorschläge ein neues Brett vor denselben zu legen. (Beifall und Heiterkeit.) Wenn Genosse Quard sagt, die Vorschläge sollen nicht Stimmen gewinnen, sondern sie sind von dem höheren Gesichtspunkte der Förderung der Landbestellung zu betrachten, so befindet er sich in überraschender Uebereinstimmung mit Prof. Schmoller, der eine Milliarde für die nothleidende Landwirtschaft fordert und behauptet, daß dieses Opfer später ersetzt wird. Wenn ich aus Schmoller's Vorschlag den letzten Theil lese, so kommt es mir vor, als hörte ich Dr. Quard. Aber Schmoller's Vorschlag ist mir lieber als Quard's, denn Schmoller hat zu seinen Vorschlägen wenigstens eine Rechnung über die Kosten beigefügt, das hat Quard noch nicht einmal gethan.

Gegen die neuen Reformvorschläge bin ich aus zwei Gründen; erstens, weil sie Bauernschutz predigen, zweitens, weil sie die Sozialdemokratie in die Richtung des Staatssozialismus treiben. Es gibt allerdings Staatssozialismus und Staatssozialismus; um zu wissen, in was für einen Staatssozialismus wir kommen müssen, müssen wir unsern Herrn Staat genau ansehen. Wir leben, wie ich bereits gestern sagte, im kapitalistischen Klassenstaat, der verdorrt ist durch Militarismus und Bürokratismus. Durch die Monopolisierung des Hypothekensystems und die anderen Vorschläge würden wir diesen Staat ganz bedeutend vergrößern. Bebel hat zwar gestern gesagt, daß es uns gleich sein müsse, ob wir mit staatlichen oder privaten Arbeitern zu thun haben. Das ist denn doch nicht richtig. Die Bureaucratie des Staates über die Arbeiter in seinen Betrieben ist doch viel zu groß, als daß wir die Vermehrung dieser abhängigen Arbeiter wünscheln könnten. Erinnern Sie sich doch an die Postarbeiter und Unterarbeiter, für die jedesmal der Poststadthalter Schoenlank mit gewohnter Sachkenntnis und Schneidigkeit eintritt. (Sehr gut.) Nun sagt man: Stumm's Arbeiter leben ebenso, wie die Postleute. Aber, überall ist doch nicht Neunkirchen; und wäre das auch der Fall, dann wäre doch immer die Sklaverei der Arbeiter schon groß genug.

Bebel's Beispiel von den Landschaften trifft nicht zu; Landschaften sind noch lange keine Staatsbetriebe. Unsere Junker sind nicht abhängig vom Staat deshalb, weil nicht der Staat die Junker hat, sondern weil die Junker und Schlotbarone den Staat haben. (Sehr gut!) Ja, hätten wir eine revolutionäre Regierung, dann wären die Vorschläge wohl zu gebrauchen; jetzt aber treiben sie uns in einen äußerst gefährlichen Staatssozialismus.

Vom Staatssozialismus hat bereits 1868 Liebknecht gesprochen. Er führte aus, daß die industriellen Unternehmer in dem Maße, als sie von Krisen etc. heimgesucht werden, der Staatsmonopolisierung ganz geneigt wären, und daß das vielleicht auch die Grundbedingung eintritt thun würden. (Sie lesen einen Theil der damaligen Ausführungen Liebknecht's vor.) Schärferes zur Charakterisierung des Staatssozialismus kann ich gewiß nicht sagen. Bebel erwiderte damals Liebknecht, eine staatssozialistische Strömung in der Partei ist nicht vorhanden. Liebknecht konnte in der That nicht voraussehen, daß in der Partei selber eine zwar nicht sehr große, aber durch einflussreiche Kreise getragene Strömung zum Staatssozialismus hin sich entwickeln könnte. (Sehr wahr! und Heiterkeit.)

Die Organisation des ländlichen Hypothekensystems würde nur Posten für verabschiedete Unteroffiziere, Stellen für Militär-anwärter schaffen. (Beifall.) Ich kann einer Richtung nicht anschließen, deren Vorschläge wirtschaftlich die Kapitalistenklasse stärken und die politischen Machtmittel des Klassenstaates vermehren würde. (Beifall.)

Aber auch als praktische Agitatorin wende ich mich gegen die Vorschläge der Agrarkommission. Ich habe den Bauer nicht bloß auf der Bühne oder im Roman kennen gelernt, ich habe mit wirklichen Bauern zu thun gehabt, von denen ich nur bedauere, daß ich sie nicht auf den Tisch des Hauses niederlegen kann. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe mit größtem Erfolg gesprochen, wenn ich diesen Erfolg auch nicht so überschätze, daß ich glaube, es würde nächstens die schwäbische Sozialrepublik entstehen und ich als Präsidentin an der Spitze (große Heiterkeit), oder daß ich auch nur hoffte, als Alterspräsidentin den schwäbischen Landtag zu eröffnen. (Heiterkeit.) Immerhin aber haben wir durch unsere Agitation auf dem Lande viel gewonnen. Nicht mehr werden wir mit den Hundstuden aus den Dörfern gebohrt. (Sehr gut!) Dabei hatte ich als Sozialistin und Frau mit einem doppelten Vorurtheil der ländlichen Bevölkerung zu kämpfen. Sie hat mir trotzdem beigegeben, und das ist der Beweis, daß die Bauern auch unserem alten Programm zugänglich sind. Wenn wir ohne die schönen Geschenke der Agrarkommission aufs Land hinausgehen, bieten wir denn da den Bauern gar nichts? Nein, wir haben ihnen viel zu bieten in den Forderungen unseres alten Programms auf dem Gebiet der Steuerfragen, des Militärsystems und der Bildung. Darin bieten wir ihnen viel mehr als irgend eine bürgerliche Partei ihnen bieten kann. Gerade hierin bieten die bürgerlichen Parteien — von den Konservativen bis zur Volkspartei — unserer Kritik die Breitseite ihrer miserablen Haltung. (Sehr wahr!) Mit den sozialen Reformvorschlägen der Agrarkommission bleiben wir aber weit zurück hinter den Verprechungen der gewissenlosen Antifemiten und Konservativen. (Sehr richtig!)

Wir sind selbst bei unsern Versprechungen gebunden durch die Rücksicht auf das Interesse des Proletariats, während die bürgerlichen Parteien das Blaue vom Himmel herab versprechen können. Wir würden auf dem vorgeschlagenen Wege die ganze Breitseite unserer Haltung der Kritik der bürgerlichen Parteien bieten. Unsere Versprechungen müssen wir behändig verkaufen. Der Bauer aber wird sagen: Verkaufslustig bin, Verkaufslustig her! Mir ist der Mann ohne Verkaufslust lieber! (Bravo.) Der Bauer wird den bürgerlichen Reformen vorziehen, weil dieser in bürgerlicher, politischer, religiöser Beziehung sich seinen bürgerlichen, politischen, religiösen Vorurtheilen anschmiegt. (Sehr richtig!) Wir würden seine Sympathien nicht gewinnen, vor allem nicht auf die Dauer. Von morgen auf übermorgen würde er uns hassen lernen, hassen mit der ganzen Wuth der enttäuschten Hoffnung! (Beifall.) Gerade vom praktischen Gesichtspunkte aus müssen wir uns dagegen verwahren, daß wir diesen Weg beschreiten. Daß die Frage eine brennende geworden ist, gebe ich zu, aber es giebt eine ganze

Reihe von Fragen, die brennend sind und die wir in der heutigen Gesellschaft nicht lösen können. Solche Fragen haben wir kritisch zu untersuchen und unsere Faltungskräfte in Theorie und Praxis festzulegen. An die Lösung können wir erst später gehen. Genosse David hat ausdrücklich gesagt, wir sind nicht die Partei des Wissens, sondern des Willens. Ich habe immer gemeint, daß die Sozialdemokratie gerade die Partei des eigentlichen zielbaren Willens, des eigentlichen Willens ist. (Beifall.) Wenn wir der Ansicht von David beipflichten, daß Probieren über Studiren geht, so treten wir in die Fußstapfen des Zirkusclowns, der es ja bisher noch nicht bis zum Studiren gebracht hat, sondern mit allen möglichen Mitteln herumprobirt. (Sehr gut!) Der Umstand, daß uns hier von den Befürwortern des Programms immer gesagt wird, was die Kommission mit ihren Vorschlägen gemeint hat, beweist ja am besten, daß das Programm nicht klipp und klar ist. Die einfache Konsequenz der von David entwickelten Ansicht wäre, daß wir uns ein Programm in folgender Fassung geben: § 1. Jeder hat das Programm und die Taktik, die ihm beliebt. § 2. Niemand ist beauftragt, § 1 durchzuführen. (Heiterkeit und Beifall.) Wir stehen eben den Thatsachen gegenüber, und die Verhältnisse kümmern sich sehr wenig darum, was die Agrarkommission gemeint hat. Die Wirklichkeit ist so rücksichtslos, daß sie nicht nur über die Auffassung der Agrarkommission, sondern über die der ganzen Sozialdemokratie zur Tagesordnung übergeht. Die Konsequenzen aus unseren Vorschlägen werden die Gegner sehen, und je fehlerhafter die von uns gestellten Prämissen sind, desto größer ist der Eifer, mit dem unsere Gegner die Schlussfolgerungen daraus ziehen. Gegen die Vorschläge der Kommission müssen wir uns um so schärfer verwahren, als sie nur eine Sozialisierung der in letzter Zeit zu tage tretenden Reformisiererei sind, und wir haben uns so große Ursache dazu, wenn wir sehen, wie sich der Genosse Bebel dafür ins Zeug legt. Ich bitte meine Ausführungen nicht als persönlich zu betrachten, unter den Führern seiner Richtung sind nicht nur Leute, die als Parteigenossen meine volle Achtung verdienen, sondern die mir auch als Freunde sehr nahe stehen, aber nichtdestoweniger sind sie mir als Richtung geüßlich (Heiterkeit), und wenn ich Bebel unter ihnen sehe, so fällt mir unwillkürlich die Stelle aus Faust ein: „Es thut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh.“ (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Nachdem wir erlebt haben, daß derjenige unserer Genossen, der noch wochenlang nach dem Frankfurter Parteitag als ein schneidender Saulus gegen die agrarische Richtung zu Felde gezogen ist, in der Kommission sein Damastus gefunden hat, können wir erklären, die Sozialdemokratie geht nicht nach Soienas. Nein, halten wir an dem Charakter unserer Bewegung fest! Seien wir Reformler, seien wir Praktiker, wo wir es sein können, ohne den revolutionären Charakter der Partei preiszugeben! Aber bleiben wir Revolutionäre zum ersten Male, Revolutionäre zum zweiten Male und Revolutionäre zum dritten Male. (Vang-anhaltender lebhafter Beifall.)

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Ich bin in der angenehmen Lage, allen theoretischen Ausführungen der Borebernerin meine volle Zustimmung zu geben. Meine Worte über den Staatssozialismus, den sie zitierte, decken sich auch heute noch mit meiner Ansicht. Aber hier handelt es sich doch gar nicht um unsere theoretischen Grundsätze.

Zunächst habe ich einige Worte zum Gang der Debatte zu sagen. Die Sachlichkeit, mit der für und wider gesprochen wurde, ist bei keiner andern Partei möglich. So lange die Partei besteht, hat niemals eine Diskussion gründlicher und tiefer geführt werden können, als die über die Agrarfrage. Die sachliche Debatte über das Agrarprogramm hat in der Presse wochenlang gedauert; erst zuletzt kamen Vorwürfe unsäglichlicher Natur. Der erste Vorwurf richtete sich dagegen, daß sich die Mitglieder der Kommission in die Diskussion nicht hineingemischt hätten; man warf ihnen Freigebigkeit vor. Nun gehört aber doch ein großer Muth dazu, ein Programm den Genossen vorzulegen, und es ihrer freiesten Kritik zu überlassen.

Auch das persönliche Moment hat sich hineingemischt: Bebel ist angegriffen worden, weil er nach dem Auf, der aus dem Parteitag in Frankfurt an ihn erging, sich nicht auf denselben Standpunkt stellte wie vorher, sondern in die Kommission ging und dort arbeitete. Statt ihn zu tadeln, sollte man das anerkennen. (Sehr richtig.)

Dann warf man den Kommissionsmitgliedern vor, sie hätten hinter dem Berge gehalten mit den drei Entwürfen der Unterkommissionen. Nun, sobald wir merkten, daß die Beröffentlichung gewünscht wird, haben wir sie freudig und einstimmig beschlossen.

Diese Vorwürfe sollte man der Kommission nicht machen, sie waren häßlich. (Sehr wahr!)

Die Diskussion hier auf dem Parteitag ist geführt worden nur durch einen Mißklang. Nur von einer Seite aus ist der sachliche Boden verlassen und das persönliche Gebiet betreten worden. Das geschah von seiten des Korreferenten Schippel. (Sehr richtig.) Er hat uns sich geworfen mit Ausdrücken wie: Bosheit, Charlatanismus und Gewissenlosigkeit! Er hat die Kommissionsmitglieder als Kinder hingestellt, die sich an eine Aufgabe herangemacht haben, von der sie nichts verstehen. Nun muß jedes Kommissionsmitglied darüber besonders empört gewesen sein, daß dieser Vorwurf von Schippel kam. Jedes Mitglied konnte diese Vorwürfe in viel schärferer Weise gegen Schippel machen. Denn hat er denn das, was er vorgestern sagte, erst jetzt gelernt, oder hat er nicht all das schon früher gewußt? Die Vorwürfe fallen auf ihn zurück. Ueber die Geschichte des Programmwerkes braucht ich weiter nichts zu sagen. Aber wie stehen die Dinge? In Frankfurt wird ein Beschluß gefaßt, ein agrarpolitisches Programm durch eine Kommission ausarbeiten zu lassen, das den Bauernschutz enthalten soll. Die Mitglieder der Kommission mußten da entweder ihr Mandat zurückgeben, wenn sich von der Auglosigkeit des Bauernschutzes überzeugt hatten, oder sie mußten, wenn sie an die Möglichkeit und Nützlichkeit des Bauernschutzes glauben, sich ihrer Aufgabe unterziehen und arbeiten. Ich gestehe, daß mir die Hast, mit der man nach dem Fall des Sozialistengesetzes sich auf die Agrarfrage wie auf ein neues Amerikamarf, wenig gefiel. Ich betonte, daß wir mit dem vorhandenen Programm ganz gut auskommen könnten. Wäre in Frankfurt a. M. Zeit geblieben, dann würde ich mich gegen die Motivierung der Resolution und gegen ihren Wortlaut ausgesprochen haben, wie es auch Bebel beabsichtigt hat.

Seit den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse geändert, wir waren vor die Frage gestellt, ob wir uns mit der Revolution, die in der Landwirtschaft ausgebrochen war und die ganze Landbevölkerung aufs innigste berührte, befassen wollten oder nicht. Die Bedeutung der Agrarfrage ist von allen Parteien, vom Junker herab bis zum Demokraten erfasst worden und sie alle suchen die Landbevölkerung zu gewinnen. Da steht für uns die Frage so, sollen wir jetzt, da alle Parteien Forderungen im Interesse der Landbevölkerung stellen, nicht auch Forderungen aufstellen, die den Genossen bei der Agitation auf dem Lande zur Richtschnur dienen? Ich selbst war von vornherein dagegen, daß ein neues Programm gemacht werde. Ich war von Anfang an gegen alle Doppelwährung, denn es giebt nur eine Wissenschaft und nur eine Wahrheit. Indes die vor uns liegende Frage ist weniger eine Frage der Theorie, als der Praxis. Es giebt kein einziges Mitglied der Kommission, das nicht alle theoretischen Ausführungen Kautsky's und der Frau Zetkin unterschriebe. Seit die Partei konstituirte ist, haben wir wenig theoretische Diskussionen gehabt. Die Feststellung des Programms ist rasch vor sich gegangen, nachdem das Sozialistengesetz vorüber war. Gerade die Einstimmigkeit der Annahme des Programms beweist, daß in bezug auf prinzipielle Dinge Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen.

Aber das, was uns beschäftigt auf allen Kongressen und uns überall die Zeit wegnimmt, das sind die praktischen Fragen. Die Partei ist, wenn sie nicht ihre ganze Existenz aufgeben will, gezwungen, alle Tagesfragen besonders von der praktischen Seite aufzufassen; und das ist doch klar, daß alle praktische Thätigkeit mehr oder weniger ein Kompromiß zwischen Theorie und Praxis ist.

Da handelt es sich zunächst um die Verwirklichung der Staatsgewalt durch die Annahme und Durchsetzung der Programmforderungen. In allen ähnlichen Fällen haben wir uns für die praktische Thätigkeit entschieden. Wir haben für den Nordostpreussischen Geldbewilligt; wir haben für den Arbeiterschutz gestimmt, obgleich ein solches Gesetz auch die Staatsmacht bedeutend stärkt. Wir haben für Eisenbahnen gestimmt, obgleich wir dadurch das hervorbringen, was Kautsky und Zetkin als verwerflich hingestellt haben, obgleich dadurch eine Menge Existenzen in seine Gewalt kommen.

Wenn die Vorschläge der Agrarkommission angenommen werden, dann wird allerdings die Macht des Staates gestärkt, aber es ist hier wie beim Heere; je größer das Heer wird, desto stärker wird es zwar, aber desto weniger sicher wird es; und je mehr Existenzen vom Staat abhängen, desto weniger kann der Junker den Staat beherrschen.

Nehmen wir z. B. die Bestimmung von der Hypothekenverfallmachung. In Zukunft würde nicht nur der große Grundbesitzer, sondern auch der kleine Hypotheken vom Staate bekommen. Aber der Vorteil von der Zinsenverminderung würde bei den Bauern nicht allzu groß. Ich verweise Sie hierbei auf eine Autorität, auf Karl Marx. Wir haben in London in Tugenden von Sitzungen darüber diskutiert über die Art und Weise, wie der Bauer zu gewinnen sei. Da wurde betont — es war nach der Februar-Revolution und nach der Niederwerfung der März-Revolution —, daß der Staat dadurch, daß er das Hypothekensystem in die Hand bekommt, auch einen gewissen Einfluß erhält auf den Betrieb der Landwirtschaft, der rationaler werden müsse, und daß dadurch der Uebergang des Privateigentums zum Gemeindegut erleichtert werde. Es ist nicht zu befürchten, daß hier der Staat diese Machtmittel ausbeuten kann gegen die Sozialdemokratie; im Gegenteil: während er jetzt monopolisirt ist von den paar Junkern, mit denen die Millionäre der Großindustrie verbündet sind, werden wir nach und nach die gegenwärtige Hauptstütze des Staates, die Bauernschaft gewinnen. Der Staat selbst wird in gewisser Weise verpflichtet sein, für die Kleinbauern zu sorgen, und der Staat wird dadurch mehr und mehr demokratisirt.

Ich komme bei dieser Gelegenheit auf die sogenannte Demokratisierung der Staatsbetriebe und auf das, was Frau Zetkin sagte in bezug auf die Worte: „im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung“. Wir wollen keine Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Die Dinge stehen doch etwas anders, als Frau Zetkin sagte. Im zweiten Theile unseres Programms haben wir Forderungen aufgestellt, die die richtige Demokratisierung herbeiführen sollen. Wer also von der Demokratisierung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nichts wissen will, muß den ganzen zweiten Theil unseres Programms streichen. (Sehr richtig!)

Es handelt sich also nicht um prinzipielle, sondern lediglich um praktische Fragen. Daran glaubt doch niemand unter uns und mehr, daß der Kleinbetrieb gegenüber dem kapitalistischen Großbetriebe noch bestehen und gedeihen könne. Um solche Dinge zu entscheiden, dazu braucht man keinen Parteitag. Die Frage ist jetzt, ist es praktisch, derartige Forderungen aufzustellen, wie es die Kommission gethan hat? Heute hat man gesagt: das einzig richtige Mittel, die Massen zu gewinnen sei das, daß man ihre völliige Vereelendung abwartet; die Verzweiflung werde sie schon ausjütren. Diesen Aberglauben glaubt heute niemand mehr, vor allem kein Mitglied der Kommission. Und gerade, weil sie das nicht glaubt, hat sie geglaubt, Ihnen die Vorschläge machen zu müssen, die sie Ihnen gemacht hat. Arbeiterschutz und Bauernschutz sind zwei sehr verschiedene Dinge, darin hat Kautsky vollkommen recht; die Arbeiter stehen im Klassenkampfe, die Bauern nicht. Aber wir haben doch Gruppen in der Bauernschaft, die mit den Arbeitern sehr wohl auf eine Stufe gestellt werden können. Wir müssen unterscheiden: 1. die Landarbeiter, aber die sind wir uns klar; 2. die Großbauern und Großgrundbesitzer, in bezug auf diese hat jetzt sogar Bollmar eingesehen, daß wir diese Gruppe nicht gewinnen können; 3. die Kleinbauern. Ueber die Agitation unter diesen haben wir zwar verschiedene Urtheile gehört; Frau Zetkin hat unter ihnen keine Erfolge erzielt, während Mollenhuth mit seiner Agitation unter den hofeinkünftlichen Kleinbauern recht zufrieden ist. Ja, wenn Frau Zetkin vor den Bauern so gesprochen hat, wie heute hier, dann will ich glauben, daß sie wenig ausgerichtet hat. Man muß den Bauern sagen, weshalb sie vereelenden. Ich habe die Landagitation nie anders betrieben; ich habe sehr lange einen fast ländlichen Wahlkreis vertreten und in Oberessen, wo die agrarische Bewegung sehr lebhaft war, habe ich mit gutem Erfolg Landagitation betrieben. Ich habe gefunden, daß man den Bauern, ohne daß wir unsere Ziele zu verschleiern brauchen, den Sozialismus bekantigen kann. (Sehr richtig!)

Wenn man Ihnen freilich sagt, der Staat übernimmt Cure Hypotheken, wird auch die alten Rechte beibehalten und vermehren, wird das Gemeindegut vergrößert, so ist das Charlatanerie; aber das thun eben die Sozialdemokraten nicht. Kein Mitglied der Agrarkommission hat behauptet, daß das Bauernguthum im Besitz erhalten werden kann durch derartige Forderungen, wie sie sie stellt. Wir wollen nur den Bauern die Existenz erleichtern, sie ihnen nicht sichern als Besitzern. Wenn man diese Dinge aber vornehm ignoriren wollen, so irren sie sich gewaltig. Wenn man in Thüringen steht, welche Bedeutung das Beerenlesen, Streuholen hat für die Bewohner; dann kann man die Sache nicht als Kleinigkeiten betrachten. Von einer Verderbung der Wälder kann übrigens dabei nicht die Rede sein; es handelt sich um alte Rechte aus dem Mittelalter. Wenn man sagt, man soll die Kleinen je eher desto besser zu grunde gehen lassen, so verweise ich Sie auf Fuchsmühl: Es heizt den Teufel mit Weelgebud austreiben und den Kapitalismus stärken, wenn man zu diesen Dingen vornehm schweigt. Wenn man schon mit dem alten Programm etwas Tüchtiges leisten kann, dann doch erst recht mit den neuen Forderungen, die gegen unsere Prinzipien nicht im geringsten verstoßen. Man muß den Bauern klar machen, daß wir sie als einzelne unterstützen, als Klasse aber nie retten können und wollen.

Aber haben denn diejenigen von uns, die auf das Land hinausgegangen sind, dort nur prinzipielle Forderungen aufgestellt? Nein, wir sind den Bauern mit praktischen Forderungen gekommen. Ich zum Beispiel habe auf die Bedeutung der Demokratisierung der Gemeinden durch das allgemeine Wahlrecht, auf die Bekämpfung des Militarismus hingewiesen und nachgewiesen, daß die Gemeinde gewissermaßen eine natürliche Genossenschaft ist, daß das Genossenschaftswesen, von dem man lange geglaubt hat, es sei wesentlich auf die Stadt beschränkt, auf dem Lande schon vor langer Zeit bestanden hat und daß die Gemeinde den Rahmen für eine Genossenschaft auch heute noch bildet. In allen Gegenden Deutschlands sind unsere Genossen mit einem bestimmten Programm vor die Bauern getreten, wir könnten Ihnen fast aus allen ländlichen Kreisen Agrarprogramme vortragen, in denen weit mehr versprochen ist, als in dem vorliegenden Entwurf. (Sehr richtig!) Die Agrarfrage liegt in der Luft, wir können uns ihr nicht entziehen, wir müssen ebenso wie alle übrigen Parteien Stellung dazu nehmen. Wenn wir je nach Art, Zeit und Gelegenheit ein Programm aufstellen, so schwächen wir die Partei. Wir müssen solchen anarcho-syndikalistischen Zuständen ein Ende machen und einen Entwurf aufstellen, an den die Genossen überall sich halten können und über den hinausgehen niemandem gestattet ist. Darüber, ob wir mit unseren

Vorschlägen das richtige getroffen haben, läßt sich streiten, das würde sich nachweisen lassen, wenn wir in eine Spezialdebatte treten.

Der erste Entwurf ging von dem Grundsatz aus, wir müßten unsere Forderungen in das Programm hineinziehen, um keine Doppelwährung zu treiben. Wir in dem norddeutschen Unterausschuß haben uns nach Möglichkeit bemüht, dieser Forderung gerecht zu werden, es wurde jedoch die Fassung des mitteldeutschen Ausschusses zu Grunde gelegt und dadurch gelangten die einzelnen Punkte eine so große Ausdehnung, daß sie sich mit der Einverleibung in das Programm nicht vertrug. Da wir nicht geglaubt haben, daß unsere Fassung vom Parteitag angenommen wird, so hat die Kommission in ihrer letzten Sitzung den Entwurf geteilt. Sie hat diejenigen Punkte, von denen sie glaubte, daß sie in das allgemeine Programm gehören, als besondere Teil vorgelegt und die übrigen Punkte als Direktive in die Form einer Resolution gestellt. Daß dieser oder jener Gesichtspunkt auch in der revidierten Fassung einer Besserung fähig ist, bestritten wir nicht, aber wir leugnen, daß irgendwelche Forderungen aufgestellt sind, die den heutigen reaktionären Bestrebungen Vorschub leisten. Es handelt sich nicht um ein reformatorisches Pflanzwerk, nicht um ein Verlassen unserer revolutionären Pläne, sondern um eine praktische Tätigkeit, wie wir sie auch im Reichstage üben. Ich muß die Kommission dagegen warnen, daß wir irgendwie eine Verwässerung beabsichtigen haben.

Man hat sich auf Engels berufen. Den kenne ich doch auch, und ich kenne auch die zitierten Stellen. Mit Engels' Schriften verhält es sich genau so wie mit der Bibel; es sind Stellen da, die sich so auslegen lassen, und andere, die man anders auslegen kann. Außerdem stand ja Engels, als er das schrieb, gar nicht vor einer so brennenden Frage wie wir heute stehen. Nun hat der Genosse David das Wort Privatkapitalisten gebraucht. Ich habe bereits auf dem Erfurter Parteitage gesagt, daß in diesem Ausdruck die Anschauung verkehrt liegt, als ob es einen Kapitalismus gäbe, der nicht kapitalistisch, nicht ausbeuterisch sei. Einen solchen Kapitalismus giebt es allerdings, es ist das der Staatskapitalismus, den andere als Staatssozialismus bezeichnet haben. Der Anschauung, daß durch die Stärkung der Macht des Staates die Arbeiter mehr geknebelt werden, halte ich entgegen, daß die immer intensiver werdende Knebelung der Arbeiter in der kapitalistischen Entwicklung überhaupt liegt. König Stumm als Privatindustrieller knechtet die Arbeiter genau so, wie der Staatsbetrieb. In Bezug auf die kapitalistische Entwicklung ist England weiter gedungen als Deutschland, und trotzdem haben wir dort so gewaltige Arbeiterorganisationen in Gestalt der Trades Unions gegen den Kapitalismus, daß dieser in den Kämpfen hat unterliegen müssen. Allerdings kann durch solche Rückzugsgeschichte der schließliche Sieg des Kapitalismus nicht aufgehoben werden, aber zugleich entwickelt sich immer mehr das organisierte Proletariat, und die Macht des Staates sinkt dementsprechend. Durch unsere Vorschläge wird die Macht des Staates nicht gestärkt, sondern geschwächt, es werden ihm Pflichten auferlegt, die ihn nöthigen, für Schichten der Bevölkerung zu sorgen, die er innerhalb des Rahmens der heutigen Gesellschaft nicht zu einer unabhängigen Existenz bringen kann. Der Staat wird gezwungen, zu beweisen, daß er ohnmächtig ist gegen den Kapitalismus, daß er die Bevölkerung nicht retten kann, und damit werden tausende und abertausende von Sozialisten geschaffen. Die sozialistische Propaganda bekommt dadurch neue Nahrung.

Ein großes Mißverständnis ist dadurch hervorgerufen, daß man den süddeutschen Entwurf in die Diskussion gezogen hat. Schippel hat sogar drei Viertel seiner ganzen Rede zu einer Kritik dieses nicht mehr vorhandenen Entwurfs benützt. Wir ist ferner von einem eifrigen Gegner des Agrarprogramms, der sonst auf unserer äußersten Rechten sitzt, gesagt worden, wir hätten dadurch gefehlt, daß die Kommission überhaupt nicht das Wort in der Agrarfrage ergriffen hat. Ja, wir wollten eben die Kritik nicht beeinflussen. Daß die Kritik einen solchen Charakter annahm, konnten wir nicht voraussehen. Der Programm-Entwurf kann ungarbeitet werden, Sie müssen sich aber entscheiden, was unsere Partei in der Landfrage thun soll. Wenn wir, wie es in einer Resolution beantragt ist, alles verwerfen, so bereiten wir unseren Gegnern ohne Ausnahme einen großen Triumph. (Sehr richtig!) Diese werden das ausbeuten und sagen: die Sozialdemokratie, die privatim auf Grund lokaler Programme so viel versprochen hat, hat durch den Parteitag erklärt, daß jeder Versuch, der ländlichen Bevölkerung innerhalb des heutigen Staates zu helfen, gegen ihr eigenes Prinzip verstoßt. (Sehr richtig!) Damit arbeiten wir allen jenen reaktionären sozialen Kurpfuschern in die Hand, und in diesen Fehler dürfen wir nicht verfallen.

Es liegt der weitere Vorschlag vor, daß die Agrarkommission als solche ihr Mandat für erloschen hält und daß der Vorstand beauftragt wird, das Werk der Kommission in praktischerer Form vorzulegen. Diesen Antrag werden Sie ja wohl einstimmig annehmen, aber Sie nehmen ihm seine ganze Bedeutung, wenn Sie nicht mindestens eine Resolution fassen, welche die Stellung der Partei zu der ländlichen Bevölkerung präzisirt.

Ich weiß, daß die Einigkeit der Partei nicht gefährdet wird, wie auch die Entscheidung fallen möge; ich weiß, daß diese Diskussion zur Klärung beitragen wird, und ich bin sogar überzeugt, wenn der Beschluß des vorigen Parteitages nichts weiter als diese Diskussion zur Folge gehabt hätte, so brauchten wir ihn doch nicht zu bedauern. (Sehr richtig!) Im übrigen haben Sie die Frage gerührt, und Sie werden zu entscheiden haben, wie Sie stimmen. Ich weiß, daß die Partei in guten Händen ist, in den Händen dieses Parteitages. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie werden nichts thun, was nicht der Würde und den Prinzipien der Partei entspricht. Und demgemäß fordere ich Sie auf, zu stimmen! (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Antrag 124 ist eingelaufen und wird mit zur Debatte gestellt.

Herbert: Stettin: Ich bin gegen die Vorschläge der Kommission. In der Provinz Pommern, wo große Erfolge in der Landagitation erzielt worden sind, ist auch nicht eine Stimme für den Entwurf laut geworden. Wir betrachten den Entwurf als ein Danerergänzung, das uns gefährlich werden kann. Im Jahre 1893 schlug ich als Kontrolleur bei der Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Kongresses vor, die Landagitation zu beschleunigen. Ich dachte dabei aber nur, daß die praktischen Erfahrungen über die Landagitation ausgetauscht werden sollten. — Der Entwurf widerspricht dem Denken und Fühlen der Landbevölkerung, soweit ich sie kennen gelernt habe. Wir würden höchstens Willkür gewinnen, die Konserve und Antisemiten werden, wenn die ihnen mehr versprochen. Was nützt uns der große Schwarm, der uns im entscheidenden Moment im Stich läßt. Die Verstaatlichung der Hypotheken nützt den Bauern gar nichts. Bis zur Verleibungsgrenze bekommt er bei dem heutigen Geldüberfluß zu billigen Zinssätzen Geld. Und über die Verleibungsgrenze hinaus kann ihm der Staat, ohne die Gesamtheit zu schädigen, auch nicht Geld geben. Warum schlägt man nicht gleich die Verstaatlichung aller Schulden vor? Dann wäre es wenigstens ein Glück, Schulden zu haben. Der Bauer ist sehr misstrauisch; er hält uns für Schwindler; er ist in gereizter Stimmung gegen uns gerathen, seit der Entwurf bekannt ist. Die Aufhebung der Grundsteuer wäre den Junkern sehr angenehm. Ein Schauspiel für Götter: Sozialdemokraten Arm in Arm mit dem König und Kardorff. Deshalb muß der Entwurf definitiv begraben werden. Man darf den Gegnern des Entwurfs nicht vorwerfen, sie wollten, daß nichts geschehe. Im Gegenteil: wir wollen, daß etwas geschehe, nur in anderer Richtung. Das unentgeltliche Vertheilen von Druckschriften auf dem Lande halte ich für ein geringes Mittel. Aber dazu gehört Geld. Auch auf dem Lande wird durch Eindringen der Maschine die Wirtschaftsweise revolutionirt.

Ueberstürzen wir nichts, der Landmann kommt zu uns, langsam aber sicher. Unsere Stellung zur Agrarkommission ist nicht durch persönliche, sondern durch sachliche Gegnerschaft bestimmt. Aber, um so entschiedener rufen wir: Laßt Euch von der Agrarkommission nicht umgarnen! (Beifall.)

Die Mittagspause ist herangerückt und die Debatte wird abgebrochen.

In persönlicher Bemerkung Kautsky: Genosse David hat behauptet, ich hätte mich dahin ausgesprochen, als seien von jetzt ab alle Ausgaben im Interesse der Landeskultur zu verwerfen. Ich habe das nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, daß das Interesse der Landeskultur ist auch das Interesse des Proletariats. In ein Parteiprogramm gehört das Interesse der Landeskultur nicht.

In persönlicher Bemerkung David: Ich habe mich gegen die Kautsky'sche Resolution nicht gegen eine Aeußerung Kautsky's gewandt. In dieser Resolution wird das Prinzip ausgesprochen, daß die Ausgaben für Landeskultur nur den Besitzenden nützen. Durch die Annahme dieses Prinzips würde der Prolet, die unsere Genossen in den Landtagen bei Aufwendungen für die Zwecke der Landeskultur bisher immer befolgt haben, der Todesstoß versetzt werden. Noch ein Wort gegen Frau Jettin. Ich habe nicht, wie sie behauptet, gesagt: Unsere Partei ist eine Partei des Willens, nicht des Wissens. Im Gegentheil, ich bin ganz ihrer Meinung: unsere Partei ist eine Partei des Wissens und des Willens. Nur in Bezug auf die betriebswirtschaftliche Frage in der Landwirtschaft habe ich gesagt: das ist eine Frage der landwirtschaftlichen Theorie und Praxis. Binden wir uns nicht und machen wir diese Frage des Wissens nicht zu einer des Willens.

In Rücksicht auf die Erledigung der Geschäfte macht Singer dem Parteitage den Vorschlag, die Debatte über die Agrarfrage in der heutigen Nachmittags-Sitzung auf jeden Fall zu beendigen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird deshalb festgesetzt, daß für den Rest der Diskussion die Bestimmungen der Geschäftsordnung (10 Minuten Redezeit) wieder gelten sollen. Eingefrieden sind noch 14 Redner für, 37 gegen den Entwurf der Agrarkommission.

Singer: Ich habe dem Parteitage noch eine Mittheilung zu machen. Vor mir liegt die Nummer 470 der „Braunschweigischen Landeszeitung“ vom 8. Oktober d. J. Das Blatt ist vermutlich nationalliberal. Es heißt in seinem Spitzartikel:

„Der sozialdemokratische Parteitag in Breslau hat sich wieder einmal mit den Parteigelehrten zu beschäftigen gehabt. Es giebt nämlich unter den Sozialdemokraten immer noch sonderbare Schwärmer, welche mit jäher Hartnäckigkeit an dem Grundsatze festhalten, niemand habe ein Recht auf Ueberfluß, so lange es einem Mitmenschen, in specie einem Parteigenossen noch am Nöthigsten fehle und die in Konsequenz dieser Anschauung die Parteigelehrten für viel zu hoch halten. Herr Liebknecht erhält bekanntlich 7200 Mark als Chefredakteur des „Vorwärts“ und außerdem noch mehrere Tausend Mark an Diäten als Reichstags-Abgeordneter, trotzdem ihm diese parlamentarische Thätigkeit keinen Pfennig kostet. Denn er ist ja ohnehin in Berlin sesshaft und die Zeit, die er in Parlamente verbringt, geht seiner redaktionellen Thätigkeit im „Vorwärts“ verloren, in dessen Bureau er sich überhaupt nur selten, höchstens honoris causa einmal sehen lassen soll. Er läßt sich also für seine Arbeitskraft, die nie groß gewesen, doppelt bezahlen. Wie er, so machen es aber auch alle Parteibeamteten, die zugleich Abgeordnetenmandate besitzen, und das ist die Mehrzahl. Als deren Vorgesetzter warf sich gestern Parteisekretär Fischer ins Zeug, der ein Gehalt von 5000 M. bezieht und auch nicht gern auf die Extradiäten verzichten möchte, wie man ihm ansieht. Herr Fischer ist vierzig Jahre alt und von Hause aus Schriftsetzer. Er hat es somit schon recht weit gebracht. Im Jahre 1880 war er noch in so bedrängten Verhältnissen, daß er Wein und Wein nicht gehörig unterschied und in Altona wegen Diebstahls zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt wurde. Er ist aber nichts desto weniger sehr stolz und vollkommen davon überzeugt, daß er sein Proletariatsgehalt redlich verdiene. „Wenn ich ihn nicht verdiene, dann ist es Ihre Pflicht, mich zum Teufel zu jagen,“ hat er gestern stolz ausgerufen. Danach scheint es ja, daß sich sein Schaffenstriebe seit der Zeit, da er wegen Arbeitslosigkeit und Landstreicherei drei Monate im Arbeitshause gesessen, etwas gehärtet hat, aber unsozialdemokratisch ist sein Ansehen an die Partei; ihn und seine Fraktionsfreunde im Genuß ihrer Doppelpunkte zu lassen, ohne Zweifel. Bemerkenswerth ist übrigens, was bei der Diskussion über die unterschiedliche Verwerthung der körperlichen und geistigen Arbeit richtiges gesagt worden ist. Ausdrücklich wurde der Qualifikationswerth der geistigen Arbeit anerkannt und damit das Grundprinzip der sozialdemokratischen Doktrin über den Lohn geworfen. Stimmt die Veranschaulichung dieser Anschauungen bei, so beweist sie damit, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitage zwar viele Menschen, aber wenige Sozialdemokraten anwesend sind.“

Da es sich hier um ein Mitglied des Parteitages handelt, über den derartige Dinge gesagt sind, so habe ich zu erklären, daß alles, was diese Notiz über Fischer enthält, Wort für Wort niederträchtige, infame, gemeine Lüge ist! (Lebhafter Beifall.) Dieser Ehrabschneider, mit der sich in letzter Zeit gewisse Prebendarien an Mitglieder unserer Partei heranwagen, muß ein Ende gemacht werden. So sehr wir das Prebendat, das seine Feder zu solchen Verleumdungen hergiebt, verachten, so halten wir es doch mit Rücksicht auf unsere Partei und mit Rücksicht darauf, daß diesem Volke endlich einmal zur Warnung der Mund geklopft werden muß, für geboten, daß Fischer in diesem Falle den verantwortlichen Redakteur verläßt. (Beifall.)

Für die Parteigenossen aber möchte sich vielleicht aus diesem Vorfall eine Mahnung ergeben. Die Genossen, die diese Dinge hier zur Sprache bringen, sehen, welche Freunde und Kampfgesossen sie sich damit erwerben. Vielleicht ziehen Sie daraus die Lehre, diese Fragen in Zukunft mit mehr Rücksicht und Delikatesse zu behandeln, als es bisher manchmal geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Mittagspause tritt ein. 1 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

(Privat-Depeschen des „Vorwärts“.)

Singer eröffnet um 3 1/2 Uhr die Sitzung. Er theilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß an stelle von Rauch als Vertreter Hannovers Wichele in die Reiner-Kommission gewählt wurde. Ferner bemerkt Singer, ihm seien von verschiedenen Seiten Vorhaltungen gemacht worden, daß er nur die gegen Fischer, nicht aber die gegen Liebknecht erhobenen Angriffe der „Braunschweiger Landeszeitung“ zurückgewiesen habe. Der Parteitag sei wohl einstimmig in der Ansicht, daß Liebknecht zu hoch sehe, als daß ihn irgend jemand den Vorwurf der Faulheit machen könne. (Beifall.) Um aber keinen Zweifel auskommen zu lassen, betone er ausdrücklich, daß die gegen Liebknecht erhobenen Beschuldigungen mit Ausnahme der Angaben über die Höhe seines Gehaltes als Redakteur genau so aus der Luft gegriffene Verleumdungen sind, wie die Verleumdungen gegen Fischer. (Lebhafter Beifall.)

Beim Bureau ist folgende Erklärung eingegangen: „Die unterzeichneten Delegirten von Berlin und Umgebung protestiren dagegen, daß die von ihnen vertretenen Anträge mit den Verleumdungen der „Braunschweiger Landeszeitung“ in Verbindung gebracht worden sind.“ (Folgen die Unterschriften sämtlicher Berliner Delegirten.)

Seitens der Parteigenossen aus Odran ist der Genosse Marx zum Parteitage entsandt worden, der das Wort zu

folgender Ansprache ergreift: „Werthe Parteigenossen und Genossen! Ich bin beauftragt worden, Ihnen die besten Wünsche zu Ihrem Parteitage zu überbringen. (Beifall.) Leider habe ich gestern die Nachricht von der Ausweisung des Genossen Ellenbogen bekommen. Ich hatte nicht geglaubt, daß in Deutschland die Redefreiheit und das Versammlungsbrecht so sehr beschränkt wären. Bisher dachte ich, Oesterreich allein liegt an der russischen Grenze, aber jetzt bin ich anderer Meinung geworden. (Weiterkeit.) Ich bin gestern und heute den Verhandlungen über das Agrarprogramm gefolgt. Diese Frage ist so wichtig, daß sie mit aller Energie und Kraft zu Ende geführt werden muß. Sie ist um so schwieriger, als wir meist aus Industriezentren stammen und die Landwirtschaft aus eigener Anschauung wenig kennen. Es handelt sich hier lediglich um eine Frage der Taktik, und ich bin überzeugt, daß Sie, wie immer den richtigen Weg finden. Hier herrschen zwei Richtungen vor, die eine will den Bauer erst frei machen und dann gewinnen, die andere schlägt den umgekehrten Weg ein. Ähnlich stand es ja vor Jahren in Oesterreich, als wir die Frage erörterten, durch Freiheit zur Bildung oder durch Bildung zur Freiheit. Wird man in der Agrarfrage heute nicht einig, so vertage man den Beschluß auf das nächste Jahr, bis man einig ist. Mögen die Beratungen, die Sie führen, zum Wohle der Partei ausfallen. (Bravo.)

Zur Geschäftsordnung beantragt v. Elm, dem Genossen Schoenlant eine halbstündige Redezeit zu gewähren, Schoenlant war Referent auf dem Frankfurter Parteitag; es ist ihm unmöglich, in zehn Minuten auf die zahlreichen Angriffe zu antworten.

Börner spricht gegen den Antrag: Es dürfe keine Ausnahme gemacht werden, was Schoenlant antworten könne, hätten andere schon gesagt.

Der Antrag wird abgelehnt.

In der wieder eröffneten Diskussion über das Agrarprogramm erhält das Wort

Dr. Schoenlant: Genossen und Genossen! Es ist mir leider nicht möglich, in dem kurzen Zeitraum von 10 Minuten auf alle die Einwände auch nur flüchtig einzugehen, die heute und gestern gegen den Entwurf und gegen die Arbeit der Kommission geltend gemacht worden sind. Ich füge mich diesem Beschlusse, stelle aber fest, daß sich die Vorredner dort uneingeschränkt haben aussprechen können, daß aber ich in der unglücklichen Lage bin, in beschränktem Gesichtsfeld kämpfen zu müssen. Es sei! Was ich als Eindruck von den Verhandlungen gewonnen habe und was ich unerschrocken ausspreche, besteht darin, daß ich mich sehr freue, in Köln den Stein ins Rollen gebracht zu haben. Es ist von der höchsten Bedeutung, daß endlich einmal die Sozialdemokratie gezwungen worden ist, in der Agrarfrage Farbe zu bekennen. Es ist charakteristisch und für mich war es selbstverständlich, daß durch solche Differenzen der Meinungen eine Spaltung in zwei Lager eintreten mußte. Für den Psychologen, für den Historiker ist es allerdings sehr lehrreich, zu sehen, wie sich diese Gruppen gebildet haben und was für Leute auf der einen und auf der anderen Seite stehen. Es ist ein System der Umbildung der Begriffe in der Partei und los die, die nicht sehen wollen, werden glauben, daß es im alten Salsendrian weiter geht. Die Vorbereitungsweise der Partei ist in einer Umbildung begriffen. Wir haben aufgehört lediglich eine Partei des Industrieproletariats zu sein. Die Sozialdemokratie ist die Partei aller proletarischer Unterdrückten, aller Nothleidenden, und die Politik, die Sie treiben wollen, ist Industrie-Arbeiter-Politik. (Gelächter.) Das Gelächter ist keine Widerlegung. Thatsachen beweisen. Die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter, und es ist wieder ein Symptom davon, daß der Parteibogmatismus in der Partei bereits zu stark geworden ist. Das Klassenbewußtsein kann großen Schichten des Landproletariats nicht abgesprachen werden.

Sie werden noch einsehen, daß wir jetzt mit der Agrarfrage noch ganz gewaltig zu rechnen haben werden, mit neuen Begriffen, mit neuen Zielen. Das Agrarwesen läßt sich nicht nach der alten Schablone behandeln, die bisher so oft an die Stelle der Forschung und der Erkenntnis getreten ist. Parteisanatismus und Dogmatismus sind viel schlimmer als der Eigenthumsfanatismus der Parzellenbauern. Außerdem ist der Parteibogmatismus durchaus nicht die Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung. Marx und Engels würden sich schon dafür bedanken, daß man ihre Anschauung so, wie es geschieht, als Schablone behandelt. Engels hat erst in einem kürzlich veröffentlichten Briefe davon gesprochen, daß gerade die Marxisten Marx oft falsch verstanden haben. Wir müssen nach den veränderten Verhältnissen auch unsere Taktik ändern. Jener Teil der Partei, der von Neuerungen nichts wissen will, ist konservativ, der andere Teil ist revolutionär. (Sehr wahr; Gelächter.) Sie lachen heute, in einigen Jahren vielleicht schon werden Sie traurig sein. Sie kennen doch die Parteigeschichte oder wenigstens, es wäre gut wenn Sie sie kennen. Im Jahre 1889 hat das demokratische Wochenblatt erklärt, die Schweizerianer lieferten durch ihre Arbeiterschuttpolitik die Arbeiter in die Hände Bismarcks und jüngst ist von einer Genossin erklärt worden, daß die Agrarkommission Reizung hätte, sich an den Tisch der Könige setzen zu wollen. Allerdings ist diese Aeußerung revoziert worden. Kautsky hat von harten Thatsachen und von der Notwendigkeit gesprochen, aber die Notwendigkeit und die harten Thatsachen beweisen, daß wir es zu thun haben mit einer Umbildung in der Landwirtschaft und mit einer Umbildung im Gebiete unserer Auffassungen von der Landwirtschaft, die aber gemäßigt uns beeinflussen wird im Gange der Politik. Die „nagelbeschlagenen Schuhe der Bauern“ sind doch auch eberne Thatsachen und wir werden es merken, daß, wenn wir nicht rechtzeitig richtige Agrarpolitik treiben und noch weiter das Bauerntum als quantitativ nebligablos behandeln, so kommen wir zu spät, wenn das Bauerntum den Ausschlag geben wird bei dem großen sozialen Entscheidungskampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Diese Entscheidung dadurch herbeizuführen, daß man deduzirt, man müsse die Bauern erst fertig werden lassen, denn beim großen Madderatsch werden wir sie schon bekommen, heißt die Bauern der Verumpfung zu überlassen. Wir haben jetzt die Pflicht hier einzugreifen. Ob Sie aber unseren Forderungen zustimmen, oder ob Sie diese eben modifiziren wollen, darauf kommt es nicht an. Es kommt nur darauf an, festzustellen, daß Sie praktische Agrarpolitik treiben wollen. Wir müssen wissen, wie wir zu dem Bauer stehen, zu den Hunderttausenden und Millionen, die zu uns herüberkommen werden. Aber nur dann, wenn wir ihnen nicht den Weg verlegen durch Grundstücke, die mit dem Programm nicht zu thun haben. Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir Forderungen aufstellen, die verwandt oder ähnlich seien mit den Forderungen anderer politischer Parteien, so ist das ein schwächlicher Einwurf. Unser Programm hat ja in seinem zweiten Theile eine ganze Reihe solcher Forderungen: aber was wir wollen und was die Gegner wollen, ist grundverschieden, es kommt auf den Zusammenhang an, in dem die Forderungen gemacht werden. Wollte man auf alle praktischen Forderungen verzichten, dann müßten wir auf alle politische Thätigkeit verzichten, dann hätten die englischen Arbeiter auch auf den Jehnstundentag verzichten müssen. Wir müssen versuchen, auf die Bauernschaft Einfluß zu bekommen und dann für sie dasselbe thun und erreichen, was wir für die Industriearbeiter erreicht haben. *)

Leser-Altona: Wenn der Frankfurter Parteitag der Agrar-Resolution zustimmte, so liegt das daran, daß verschiedene Leute, die verschiedenes wollten, sich in dieser Resolution zusammensanden. Die einen wollten nur den Landproletarier gewinnen, die anderen schwärmten für Bauernschutz, die dritten,

*) Eine längere hier einflussgebende Depesche ist angeblieben. Wir werden den Inhalt derselben morgen nachtragen.

ne Bebel und Liebknecht, haben revolutionäre Tendenzen in unserer agrarischen Forderungen.

Der Weg führt aber direkt in den Staatssozialismus hinein und Bismarck wird sagen: Bebel hat mir ein Schnippchen geschlagen, er ist mir im Staatssozialismus über. Auf diesem Wege folge ich ihm nicht, ich halte die Hoffnung an eine langsame demokratische Umgestaltung unseres Staates für eine Utopie. Man braucht sich da nur den heutigen Junkerstaat anzusehen. Erst muß eine wirkliche Demokratisierung der öffentlichen Einrichtungen erfolgen, bevor wir mit staatssozialistischen Forderungen kommen. Näher als die Sorge um die Bundeskultur steht uns die Sorge um den Arbeiterstand und die Erringung des freien Koalitionsrechtes. Lassen wir uns nicht auf staatssozialistische Experimente ein, halten wir den propagandistischen Charakter unserer Partei hoch.

Stolten-Hamburg: Wenn ich auch nicht mit allen Einzelheiten der Vorschläge einverstanden bin, so gehöre ich doch zu denen, die auf dem großen Scheiterhaufen des Parteiprinzips verbrannt werden sollen, zu dem schon seit Monaten die Scheite zusammengeschleppt sind. Die Diskussion hat mich belehrt, daß es aussichtslos ist, unsere Vorschläge in diesem Jahre durchzuführen; es kommt mir also nur noch darauf an, zu verhindern, daß auf einmal der ganze Kopf und Kräfte abgeschnitten wird. Die Mehrzahl der Genossen ist mit einem Vorurteil gegen die Vorschläge hergekommen, weil uns die ganze Materie neu ist. Seit 2 1/2 Jahrzehnten haben wir uns wesentlich bloß mit den Fragen der Industrie-Arbeiter beschäftigt. Aber diese Zeit ist vorbei; heute müssen wir uns auch mit anderen Fragen befassen, nicht weil sie uns Agitationsstoff liefern, sondern weil sie sich uns naturgemäß aufdrängen. Hierzu gehört auch die vorliegende Frage.

Wir müssen dazu Stellung nehmen, wenn wir nicht als politische Partei einpaßten sollen. Man ist gegen die Vorschläge der Kommission mit vielen Phrasen vorgegangen, man hat gesagt, daß dieselben den Klassenkampf nicht fördern, sondern hindern, und daß alles, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft thun, nur dann berechtigt sei, wenn es den Klassenkampf fördert. Nach meiner Meinung aber darf der Klassenkampf nicht so eng gefaßt werden, sondern wir müssen unser Augenmerk auch richten auf diejenigen Klassen, die noch nicht proletarisiert sind, aber notwendigerweise proletarisiert werden müssen. Wenn vielleicht einmal der Augenblick gekommen ist, wo die allerdringendste Notwendigkeit dazu zwingt, im Interesse der Industriearbeiter grundlegende Änderungen vorzunehmen, und wenn dann die Bauern noch so weit zurückgeblieben sind, dann werden wir bereuen, daß wir nicht zeitig genug das getan haben, was wir hätten thun müssen. (Sehr richtig.) Stellt man sich auf den Standpunkt der Kautsky'schen Resolution, so müßte man die Konsequenz ziehen und den ganzen zweiten Teil unseres Programms streichen. Ich gehe noch weiter als die Agrarkommission und sage, wir müssen die Bauern an ihren Eigentumsinteresse packen und sie allmählich auf die genossenschaftliche Organisation hinzuweisen suchen. Dadurch wird der starre Eigentumsbegriff, den wir heute nicht allein auf dem Lande, sondern auch noch in unseren eigenen Kreisen finden, nicht mehr belebt, sondern erschüttert. Wenn andererseits die Kautsky'sche Resolution sagt, der Entwurf stellt dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur gelöst werden können, wenn das Proletariat die Macht hat, so frage ich, ob in einem kapitalistischen Staat, wo das Proletariat die Macht noch nicht hat, etwa die direkte Gesetzgebung, die Umwandlung der stehenden Heere in Volkshere, die fukusenweis steigende Einkommensteuer, die Abschaffung der indirekten Steuern und andere unsere Forderungen durchgeführt werden können? (Sehr gut!)

Ich ersuche Sie vor allen Dingen, daß Sie nicht der ganzen Sache auf einmal ein Ende machen. Die Folge davon wird eine ganz ungeheure Blamage für unsere Partei sein. (Oho!) Rufen Sie noch so sehr Oho! Bei Philippi sehen wir uns wieder. Die Verhältnisse drängen dahin, daß wir uns in allerzürst Zeit von neuem mit dieser Frage beschäftigen müssen. Nachdem die Kommission ein Jahr lang gearbeitet und Vorschläge gemacht hat, können wir nicht mehr zurück. Es ist lebhaft zu bedauern, daß dadurch ein Zwiespalt in unsere Partei getragen worden ist. (Widerpruch.) Bedenken Sie doch, daß viele unserer Genossen in Einzel-Landtagen für viele dieser Forderungen eingetreten sind. Diesen Genossen wird es nach Annahme der Kautsky'schen Resolution nicht mehr erlaubt sein, so zu stimmen wie früher. Es ist ferner darauf hinzuweisen, daß ein Teil der Forderungen des Entwurfs bereits in unserem Programm steht, ja, Sie sind für den, der sich in das Programm vertiefen kann, darin enthalten. Aber für die meisten Agitatoren ist es doch nötig, daß diese Forderungen spezialisiert werden. Unser Programm würde dadurch eminent verbessert. Weisen Sie deshalb entschieden die Kautsky'sche Resolution zurück, dieselbe bindet uns einen Klotz ans Bein, mit dem wir uns Jahre lang schleppen müssen. Wenn Sie sich nicht entschließen können, die Frage zu lösen, so lassen Sie sie wenigstens offen. Ich bin überzeugt, daß wir doch noch zu einer Verständigung kommen, die Verhältnisse werden uns lehren, was in dieser Frage zu thun ist. (Lebhafter Beifall.)

Weims-Godlar: Die Agrarleute hätten uns beweisen müssen, daß wir den Bauernschuß haben können. Ich möchte den Mitgliedern der Agrarkommission rathen, sich einmal die Verhältnisse in Deutschland genau anzusehen. Der Bauer, den sie retten wollen, der existiert nicht mehr (Widerpruch) oder nur in verschwindender Anzahl. Wir wollen Landarbeiter-Politik treiben und nichts anderes. Es ist bedauerlich, daß so viel Theoretiker und so wenig Praktiker zu Wort gekommen sind. Ihre grauen Theorien helfen nichts. Agitieren sie für die Aufhebung der Grundbesitz-Ordnung, das ist werthvoller. (Sehr richtig.) Der ländliche Proletariat hat vom Gemeinde-Eigentum gar nichts. Auch der Kleinbauer ist durchaus abhängig vom Großbauer, wir können mit der Entwicklung zufrieden sein, wie sie geht. Die Agrarkommission hat nur Arbeitszeit verschwendet. Es wäre agitatorisch viel werthvoller gewesen, wenn Bebel die Zeit, die er dort zugebracht, dazu angewandt hätte, Versammlungen auf dem Lande abzuhalten. (Sehr wahr!) Wenn Sie jetzt dem Kleinbauer besondere Programmpunkte widmen, dann kommen wir Kleinbauern in nächstem Jahre und fordern auch für unseren Schutz ein besonderes Programm. (Sehr richtig!) Ehrlichkeit ist die beste Politik. (Beifall!)

W o d -G o t h a : In meiner 25jährigen Thätigkeit in Thüringen habe ich zahlreiche Versammlungen auf dem Lande abgehalten. Ich habe ganz andere Erfahrungen als der Vorredner gemacht. Nicht den Gutsbesitzer, nicht den Großbauer, den Kleinbauer hat die Agrarkommission im Auge gehabt, der mit seinen Familienmitgliedern die Scholle bebaut und viel elender lebt, als hunderttausende von Industrie-Arbeitern. (Sehr wahr.) Ich habe immer einen sehr großen Respekt vor der Wissenschaft gehabt, und ich habe deshalb nicht erwartet, daß Schippel so oberflächlich über die Wald- und Weidrechte sprechen würde. Diese Waldrechte kommen dem ärmsten Landproletariat vom Thüringer Walde, von der Rhön und vom Riesengebirge zu gute, einer arbeitsamen Bevölkerung, unter der häufig genug Hungersnoth herrscht. Die Waldkultur wird durch dieses Recht gar nicht gefördert. Ich bin als gothaischer Landtags-Abgeordneter schon seit Jahren für die Forderungen des Agrarprogramms eingetreten. Wird dies Programm jetzt abgelehnt, dann muß ich mich entweder desavouieren oder ich lege mein Mandat nieder. Der Tagelöhner, der Knecht ist viel abhängiger als der Kleinbauer, unter diesen haben wir Vertrauensleute.

Nicht um die Rettung des Kleinbauern um jeden Preis, war es der Agrarkommission zu thun, sondern um die Verhinderung seiner Verlungung. Hundert Mark, von denen Dertel so geringfügig sprach, bedeuten sehr viel für den Kleinbauern.

Gegen den ganzen zweiten Teil des Programms verstoßen die Agrarforderungen nicht. In welche Lage bringen Sie den

einer Ablehnung des Agrarprogramms die Vertreter unserer Partei in den Landtagen und Gemeindevorstellungen. (Beifall.)

F i s c h e r -D r e s d e n : Um die Annahme der Vorschläge der Agrarkommission kann es sich nicht mehr handeln. Das wird die Agrarkommission selbst nicht mehr wünschen. Zu beschäftigen haben wir uns nur noch mit der Kautsky'schen Resolution und mit dem Antrag 124. Dieser Antrag sucht der Agrarkommission noch ein möglichst günstiges Herauskommen zu ermöglichen. Die Resolution verlangt deshalb von Ihnen, Sie sollen Ihre Unfähigkeit erklären, heute schon eine Entscheidung zu treffen. Wir können aber sehr wohl ein definitives Urtheil abgeben. Eine Vertagung der Entscheidung würde unerquickliche Zustände in die Partei bringen.

Aus der Debatte gewann ich den Eindruck, daß die Mitglieder der Agrarkommission unter sich selber nicht klar sind. Bebel denkt über entscheidende Punkte anders wie Quard, David wieder anders wie Bebel. Quard will den Kleinbauern vor der Proletarisierung schützen. Es wird immer so gehen, als ob Proletarisierung und Verelendung dasselbe sei. Das ist nicht wahr. Wenn wir sagen, daß wir den Bauern erst gewinnen können, wenn er proletarisiert, so meinen wir gar nicht, daß er verelendet, sondern daß er von seinem Eigenthum losgelöst sein muß. Aufhaltung der Proletarisierung ist Befestigung des Privateigenthums. Bebel giebt die Proletarisierung der Bauern durch die Entwicklung zu, will ihn aber nicht als Lohnarbeiter haben, sondern ihn als Pächter, als Genossenschaftsmitglied auf seinem früheren Felde erhalten. Damit greifen die, die sich als wahre Revolutionäre bezeichnen, zu dem alten Lassalle'schen Vorschlag zurück, mit dem wir längst fertig sind. Die vorgeschlagene Verstaatlichung führt dazu, daß die Stumm'sche Wirtschaft im ganzen Reiche herrscht. Wo sind die vielen Bauern, die wir nach Schoenlant für den Entscheidungskampf gewinnen müssen? Sie sind nach der Statistik gar nicht vorhanden. Ermöglichen Sie der Kommission nicht den Rückzug durch Annahme der Resolution 124, sondern wahren Sie unsere Grundfänge durch Annahme der Kautsky'schen Resolution. (Beifall.)

R a k e n s t e i n -L e i p z i g : Parteigenossen! Ich bin mir bewußt, daß ich wenig Erfolg haben werde. Auf eine Niederlage mehr oder weniger kommt es nicht an. Aber jedenfalls muß ich Sie warnen, die Sache heute bereits zu entscheiden. Wir haben alles zu verlieren, was die kulturelle Entwicklung fordert, also auch die Bundeskultur. Es ist mir leider unmöglich, ausführlich zu sein. Von Seiten der Gegner ist fast durchgehend der Fehler gemacht worden, daß man die Agrarfrage als Agitationsfrage aufgefaßt hat. Das haben wir nicht gethan. Auf dieses Niveau haben wir unsere Darlegungen und Forderungen nicht herabgedrückt. Es ist falsch, zu sagen, daß die Entwicklung des Agrarwesens dieselbe sei wie in der Industrie. Nicht einmal in der Industrie stimmen unsere Ansichten überall. Die Forderungen der Kommission werden genau so wie früher die Arbeiterkämpfe bekämpft. So wie mit diesen wird es den Agrarforderungen gehen. Wir haben bei unseren Forderungen allerdings nicht bereits an der Zeit der Diktatur des Proletariats gedacht, so weit sind wir noch nicht. Die Proletarisierung der Massen bedeutet allerdings Verelendung. Mit verelendeten Bauern aber werden wir nicht den siegreichen Entscheidungskampf ausfechten. Sie sind in den vorliegenden Fragen noch nicht einig. Verzichten Sie einstweilen darauf, heute schon einen bestimmten Beschluß zu fassen. Thun Sie das aber, dann wird das Agrarprogramm doch eine fröhliche Auserkennung feiern. (Beifall.)

L u x -L a n g e n b e i l a u : Ich ergreife nur das Wort, um Ihnen die Stimmung der Genossen widerzugeben, die in Kreisen wohnen, die an ländliche Bezirke grenzen und die mit Bauern in Berührung kommen. Genossen! Liebknecht betonte, daß wir ebenso wie für den Arbeiterschuh auch für den Bauernschuh eintreten müssen, aber wir müssen als Sozialdemokraten einen anderen Standpunkt einnehmen. Versuchen wir doch erst, die 60-70 pCt. der Bauern zu gewinnen, die heute schon in Uebergang zum Proletariat begriffen sind. Das ist möglich mit Hilfe des Erfurter Programms. Wenn wir Bauernschuh treiben wollen, so heißt das unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes als Bauernschutz treiben. Aus diesem Grunde denke ich mir, ist auch der süddeutsche Entwurf verworfen worden. Den Bauer können wir damit nicht gewinnen, weil der Pflaße uns in die Quere kommt.

W e d -O f f e n b a c h : Ich glaube auf grund meiner eigenen Erfahrungen über die ländliche Frage mir ein Urtheil erlauben zu dürfen. Ich bin viel mit Bauern zusammengekommen und bin überzeugt, daß wir uns klar werden müssen, wen wir unter einem Bauer verstehen dürfen und mit welchen Forderungen wir ihnen kommen können; es ist sehr gut möglich, dem Bauer, der auf der Grenze zwischen Proletariat und Besitz steht, seine Affenliebe zum Privateigenthum zu nehmen. Durch eine Verneinung des Gemeinde-Eigenthums können wir zeigen, was schon heute mit dem Kollektivismus geleistet werden kann. Der Bauer kann belehrt werden, daß er sich abmüht und es auf seinem Privateigenthum zu nichts bringt, daß aber nebenan auf dem Gemeinde-Eigenthum wo doch dieselbe Sonne scheint und derselbe Regen herniederfällt, weit bessere Erträge erzielt werden. Wir können den Kleinbauer auf die Lage der Arbeiter hinweisen, denen es oft besser geht als ihm. Die Bauern gehen darauf auch ein und begreifen es. Gerade deshalb finden Sie besonders unter den badischen Genossen viele, die den Agrarprogramm-Entwurf entweder für gut halten oder doch wenigstens ihm sympathisch gegenüberstehen, wir brauchen in der Agitation und als Gemeindevorsteher eine gewisse Direktive, die uns zeigt, wie weit wir gehen dürfen. Wir sind in Baden trotz des elenden Wahlrechts im Begriff, bald in vielen Orten in die Gemeindevorstellung einzutreten. Ich habe selbst den Auftrag erhalten, eine Anleitung zu schreiben für solche, die in Gemeindevorstellungen sitzen. Die Stigmüllerer sind oft nur deshalb vorgekommen, weil die betreffenden Genossen ohne eine gewisse Richtschnur handelten und stimmten. In den Landtagen kommen wir auch vor agrarische Forderungen. In Baden werden wir nächstens über Kornkammern zu verhandeln haben, für die die Regierung bereits, ohne die Volksvertretung gefragt zu haben, Geld gegeben hat. Ebenso werden wir uns bei der Vorlage über den Rheintanal bei der Abstimmung schlüssig machen müssen. Sie sehen also, die Partei ist bereits mannigfaltig in Fragen engagirt, wie sie im Entwurf angedeutet sind. Da ist es doch nötig, daß der deutsche Parteitag ein ernstes Wort redet und unseren Genossen die Richtung anzeigt, nach der sie zu gehen haben. Nicht darum handelt es sich, der Kommission einen schönen Abgang zu verschaffen. Es ist gleich, ob wir in der Forderung verschwinden oder durch die Hinterlist; darum handelt es sich einzig und allein, daß die Ehre der Partei auf dem Spiele steht. Bereits sind manche Genossen von dem richtigen Wege abgegangen; bringen Sie diese zurück. Jedenfalls müssen Sie zu einem positiven Resultat kommen, und sei es auch nur dazu, daß Sie eine endgültige Beschlusfassung ausschieben.

R i m m e l -H a m b u r g : Wir leiden heut an den Mängeln der Frankfurter Resolution. Die Kommission konnte nicht anders handeln, als sie gehandelt hat. Sie hatte die Direktive, Vorschläge für den Bauernschutz zu machen. David verlangt praktische Politik; man kann ein sehr guter Agrarpolitiker sein und doch kein guter Sozialdemokrat. Dr. Schoenlant verlangt sogar eine Revision unserer Prinzipien. Dem kleinen Bauern ist überhaupt nicht mehr zu helfen. Die Agrarier würden uns darauf festnageln, daß wir die völlige Aufhebung der Getreidezölle wollen. Niemals würde eine sozialistische Bauerngemeinde Staatskredit bekommen. Wird ein Kleinbauer sozialistischer Agitator, so würde ihm der Staat die Hypothek kündigen. Der Klotz, der uns an den Weinen hängt, ist die Frankfurter Resolution. Die müssen wir abschütten. Nehmen wir deshalb die Kautsky'sche Resolution an. Wir wollen aber durchaus nicht unsere Thätigkeit einstellen. Auch die Kautsky'sche Resolution verlangt Sammlung des Materials durch eine Kommission. Die

Stimmung in den deutschen Parteikreisen ist gegen die Agrarvorlage, selbst aus Süddeutschland ist erst eine Stimme für die Vorlage laut geworden.

F r o h m e -H a m b u r g : Ich gehöre zwar nicht der Agrarkommission an, aber ich fühle mich trotzdem verpflichtet, zu konstatieren, daß ihre Vorschläge vollkommen dem ihr gewordenen Auftrage entsprechen. Man hätte wohl erwarten können, daß die Gegner gerechter gewesen wären. Statt dessen hat man sich die Kritik sehr leicht gemacht und sich in Redensarten wie Charlatanerie ergangen. Die Ausführungen von Schippel haben auf mich den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht: Mir ist in den 27 Jahren, wo ich zur Partei gehöre, schon vieles passiert, aber etwas so Demagogisches wie die Worte von Schippel habe ich noch nicht vernommen.

S i n g e r : Ich bitte dringend, die persönlichen Angriffe zu unterlassen.

F r o h m e : Das war bei Schippel nicht der Fall. S i n g e r : Ich habe den Mitgliedern der Agrarkommission den weitesten Spielraum gelassen. Ich kann aber nicht dulden, daß Redner, die nicht angegriffen sind, in denselben Ton verfallen.

F r o h m e : Ich dachte, daß jeder das Recht habe, in demselben Maße Kritik zu üben. Es ist meine irrige Ansicht, daß es sich bei den Vorschlägen der Kommission um etwas ganz Neues handelt. Jeder, der agitatorisch thätig gewesen ist, wird bei der Debatte schon dem einen oder anderen diese Vorschläge erörtert haben. Daß, wie Schoenlant meint, durch das Programm eine weitere Klärung der Grundfänge eintritt, ist nicht richtig. Nach dem sozialdemokratischen Prinzip haben wir Nothleidenden zu helfen, soweit wir dies mit unseren Grundfängen, mit dem Rechte und der Vernunft in Einklang bringen können. Die Sache liegt gegenüber dem Bauer nicht anders, wie gegenüber der großen Masse der industriellen Proletariat. Was an sich gut, was menschlich, recht und vernünftig ist, das können wir thun. Kein Mensch denkt daran, die Bauern vor dem Untergang zu retten, es handelt sich nur darum, ihre Existenz nach Möglichkeit zu erleichtern, ebenso wie wir auch die Lebenshaltung der Arbeiterklasse heben wollen. Mit elenden degenerierten Massen läßt sich in einem Kampfe nichts thun. Die Vorschläge der Agrarkommission decken sich vollkommen mit unseren Forderungen und ich bin überzeugt, daß mancher, der sich jetzt auf hohe Pferde der Prinzipien setzt, den Bauern schon oft genug etwas ganz anderes versprochen hat. Es ist mir unbegreiflich, wie man sagen kann, wir machen damit den Antisemiten Konkurrenz, wenn wir nur vernünftige Dinge fordern. — Wenn jetzt der Parteitag den unglücklichen Beschluß faßt, die Vorschläge abzulehnen, so ist die Folge zu bedenken. Bedenken Sie denn nicht, daß wir über kurz oder lang wieder vor Neuwahlen stehen, wo wir die große Masse der ländlichen Bevölkerung zu gewinnen haben? Wenn mich irgend etwas peinlich berührt hat, so ist es das Herumreiten auf der Phrase von der Diktatur des Proletariats. Was hat diese Redensart zu thun mit der Frage, um die es sich hier handelt? Aus unserer ganzen Literatur können Sie immer wieder die Ueberzeugung gewinnen, daß die Sache der Sozialdemokratie die Sache der gesamten Menschheit ist. (Beifall.) Die materialistische Geschichtsauffassung schließt es aus, daß der einzelne seinen persönlichen Wünschen und Gefühlen Rechnung trägt. Die Entwicklung geht ungeführt ihren Weg. Die Worte von der Stärkung des Privateigenthums in der Kautsky'schen Resolution sind nicht stichhaltig. Es kann sich doch zunächst nicht um die Abschaffung des Privateigenthums handeln, sondern nur darum, daß jeder Arbeiter die Früchte seiner eigenen ethischen Thätigkeit bekommt und daß ihm sein Privateigenthum, natürlich unter anderen Voraussetzungen als heute, erhalten bleibt. Auf die Erringung der politischen Macht werden wir hingewiesen, aber auf die Maßnahmen, die unentbehrlich sind, um die politische Macht zu erlangen, sollen wir verzichten. Im Anfange unserer Bewegung betrieben nicht Proletariat, sondern besser situirte Leute aus bürgerlichen Kreisen unsere Propaganda. Der Proletariat stand bernahe in Volkerverammlungen mit gesümdtem Messer und dem Knüttel uns gegenüber und genau so wird es mit der ländlichen Bevölkerung gehen. Der beständige Hinweis auf die Richtigkeit unserer Prinzipien hat uns die Industriearbeiter nicht zugeführt, sondern sie sind gekommen, weil wir zunächst für ihre wichtigsten Interessen eintreten. Mit welchem Recht macht man nun einen Unterschied zwischen dem Bauer, der von den Früchten seiner eigenen Thätigkeit leben muß, und dem Lohnproletariat in Industriezentren? Man kann diese Frage nicht einfach beiseite schieben. Mit aller Prinzipienreiterei kommen wir um die Agrarfrage nicht herum. Wir müssen den Dingen ins Auge schauen, mit denen wir zu rechnen haben.

Die Frage ist spruchreif und ich würde deshalb unbedenklich für den zweiten Entwurf eintreten und für die allgemeinen Grundfänge stimmen, die die Agrarkommission als Richtschnur giebt. Sollten Sie aber dafür nicht eintreten wollen, so bleibt im Interesse der Ehre und des Ansehens der Partei nichts übrig, als daß wir die Angelegenheit verlagen. Ich bin überzeugt, daß eine ruhige sachliche Erörterung uns dazu führen wird, so unerquickliche und wenig sachliche Debatten zu vermeiden, wie wir sie jetzt zwei Tage lang über diese Frage geführt haben. (Lebhafter Beifall.)

B r a u n -K ö n i g s b e r g : Der Entwurf ist im Sinne der Frankfurter Resolution ausgearbeitet worden. Für die praktische Agitation bietet der Entwurf nichts. Um Doktorfragen hat man dort wie in der ganzen Debatte gestritten. Wir wären vielleicht etwas weiter, wenn man dem Entwurf auch seine Begründung bald mit auf den Weg gegeben hätte. Daß dem Landarbeiter auch etwas geboten werden soll, davon steht im Entwurf nichts. Ganz Ost-, Westpreußen, Posen und Schlesien sind grundverschieden. Bauern, wie die west- und süddeutschen giebt es bei uns nicht. Den Bauer, wie er in Ostdeutschland ist, können wir nie als Bauer, sondern höchstens als Mensch für unsere Prinzipien gewinnen. Wenn wir mit dem neuen Programm auf's Land kommen, so lacht man uns aus. Die Vertagung der Sache nützt nichts. Wir würden beim nächsten Parteitag dieselbe Debatte haben wie heute. Ostelbien hat keine Vertreter in der Kommission gehabt, deshalb sind die Millionen ostelbischer Landproletariat im Entwurf unberücksichtigt geblieben.

Wir brauchen kein neues Programm, uns genügt das alte. Höchstens dafür können Sie einige Normen angeben, wie wir mit den Landarbeitern verfahren sollen.

F r a u S t e i n b a c h -H a m b u r g : Der Erfurter Parteitag hat zwar das Parteiprogramm noch unter dem Einfluß des Drucks des Sozialistengesetzes einstimmig angenommen. Es werde aber heute in allen seinen Paragraphen zur Debatte gestellt. Wir würden dieselbe struppelose Zerfahrenheit erleben, wie sie das Agrarprogramm gesunden hat. Die lebhafteste Diskussion ist nicht gefährlich. Sie hat uns mitten in die Materie hineingeführt. Erkennen wir doch nicht: Die große Masse der Parteigenossen hatte vorher nicht den rechten Ueberblick über die Agrarfrage und auch wir haben in diesen Tagen viel gelernt. Ein anderes ist es, wenn wir jetzt, wo die ganze Welt mit angehaltenem Athem auf die Beschlüsse dieses Parteitages wartet, wenn wir jetzt zurückkehren sollen nur befehdet mit dem Feigenblatt der Kautsky'schen Resolution. (Große Heiterkeit.) Mir ist es bitterer Ernst mit dem, was ich sage. (Heiterkeit.) Ist es da nicht am Platze, wenn ich ein biblisches Gleichniß gebrauche? Wir dürfen nicht vor die Kleinbauern — von den Großbauern redet niemand und zu den Kleinbauern rechne ich auch die, die am Tage industriell thätig sind und Nachts ihr Stüchlein Feld bebauen — mit dem Oidium treten, daß der Parteitag jetzt schon erklärt, wir können den Kleinbauern nicht helfen. Wir wollen auch nicht helfen, die Diktatur des Proletariats muß erst kommen. (Rufe: Oho!)

(Schluß auf der letzten Seite des Hauptblattes.)

Tokales.

Aus der Lokalliste ist der Gastwirt Gustav Walter, Schmargendorf, Breitestraße 25, zu streichen. Die Lokalkommission.

Vom städtischen Fortbildungsschulwesen. Die fünf „Fortbildungsklassen“ für reifere, in einem praktischen Beruf stehende Personen wurden besucht 1894/95 (in Klammern für 1893/94 und 1892/93) im Sommer von 719 (698, 639) Teilnehmern, darunter 26 (31, 18) Freischüler, im Winter von 928 (956, 976) Teilnehmern, darunter 27 (39, 45) Freischüler. Die Zahl der Teilnehmungen an den verschiedenen Kursen war 1894/95 im Sommer bzw. Winter: im ganzen 991 bzw. 1261, im einzelnen z. B. bei Deutsch 152 bzw. 194, Französisch 234 bzw. 204, Englisch 259 bzw. 285, kaufmännisch Rechnen 116 bzw. 148, Buchführung 110 bzw. 162, Zeichnen 91 bzw. 113. Der zwischen Sommer und Winter bestehende Unterschied in der Zahl der Teilnehmer und der Teilnehmungen tritt alle Jahre mit ziemlich derselben Schärfe hervor. Die Fortbildungsschulen für Jünglinge (1894/95: 12, 1893/94: 12, 1892/93: 11 Schulen) wurden besucht 1894/95 (in Klammern für 1893/94 und 1892/93) im Sommer von 6950 (6719, 7326), im Winter von 7869 (7267, 7739) Teilnehmern. Die Zahl der Teilnehmungen an den Unterrichtskursen war 1894/95 im Sommer bzw. Winter: im ganzen 12 013 bzw. 12 589, im einzelnen z. B. bei Deutsch 2068 bzw. 2294, Rechnen 2363 bzw. 2457, Zeichnen 3653 bzw. 3656. Bedeutend geringer war die Beteiligung an Fachzeichnen, Buchführung (847 bzw. 900), Geometrie, Physik und Chemie, Französisch (563 bzw. 572), Englisch (389 bzw. 399), Modelieren, am geringsten an Geschichte, Geographie und Stenographie. Die Beteiligung am Unterricht in Gesetzkunde scheint übrigens in bedenklicher Abnahme begriffen zu sein. Es beteiligten sich im Winter 1892/93: 41, im Sommer 1893: 83, im Winter 1893/94: 107, im Sommer 1894: 44, im Winter 1894/95: 40 Personen. Um die wirkliche Beteiligung am Unterricht zu prüfen, wird in jedem Jahre im Sommer und im Winter je eine Woche hindurch festgestellt, wieviel Teilnehmer tatsächlich erschienen sind. Als anwesend ergaben sich in der Woche vom 19.—25. August 1894 9114 von 12 013 Beteiligten, also 76 pCt., in der Woche vom 20.—26. Januar 1895 9815 von 12 589 Beteiligten, also 78 pCt. Wünschenswert wäre eine Statistik der angeblichen Gründe des Ausbleibens; ohne Zweifel würde sich dabei herausstellen, daß es sich nicht immer bloß um Unlust der Schüler, sondern leider oft um Behinderung durch die Arbeitgeber handelt. Die Fortbildungsschulen für Mädchen (1894/95: 12, 1893/94: 11, 1892/93: 10 Schulen) wurden besucht 1894/95 (in Klammern für 1893/94 und 1892/93) im Sommer von 4366 (3571, 3037), im Winter von 4589 (3803, 3229) Teilnehmern. Die Beteiligung an den Unterrichtskursen war 1894/95 im Sommer bzw. Winter: im ganzen 12 970 bzw. 14 638, im einzelnen z. B. Deutsch 2496 bzw. 2987, Rechnen 1678 bzw. 1620, Handarbeit 2048 bzw. 2456, Schneider 1116 bzw. 1267. Geringer war die Beteiligung an Zeichnen, Buchführung (951 bzw. 986), Maschinenbau, Wäsche, Zuschneiden, Plätten, Puhmachen, Französisch, Englisch, Schreibmaschine, Gesang, Turnen Stenographie. Die tatsächliche Beteiligung am Unterricht wird bei den Mädchen nicht ermittelt; man darf aber annehmen, daß sie schon um deswegem lebhafter ist als bei den Jünglingen, weil sich unter den die Fortbildungsschule besuchenden Mädchen viele befinden, die nur in der Hauswirtschaft mithelfen, also nicht mit der Abneigung vieler Arbeiter gegen den Besuch der Fortbildungsschulen durch ihre lernenden Angestellten zu kämpfen haben.

Daß Friedrich Wilhelm III. ein erbärmliches Rohheitsverbrechen eines seiner Edelsten und Besten getadelt habe, dieser Fall soll zu Anfang dieses Jahrhunderts vorgekommen sein. In der „Verl. Ztg.“ wird in Erinnerung an die große Tragödie Crelinger, die vor jetzt 100 Jahren geboren wurde, eine alte Geschichte angeführt. Nur wenige werden wissen, so schreibt das Blatt, daß die Künstlerin einmal Gegenstand eines Skandals war, der sogar zu einer Kabinettsordre Friedrich Wilhelm's III. führte. Der Vorfall verlief sich so:

Die nationalökonomischen Ferienkurse des Vereins für Sozialpolitik.

Die zweite Woche der Kurse (über die erste haben wir in Nr. 232 des „Vorwärts“ berichtet) zeigt ein von der ersten verschiedenes Bild, schon äußerlich in der erheblich größeren Teilnehmerzahl. Es mag sein, daß die Thematika dieser Woche interessanter sind und aktuellere Tagesfragen behandeln, es mag auch sein, daß es sich jetzt erst mehr herumgesprochen hat, kurz, die Teilnehmerzahl namentlich des weiblichen Geschlechts ist erheblich größer, als in der vorigen Woche. Der neu herausgegebene Nachtrag führt die Zahl der Teilnehmer bis auf 791 Nummern. Auch sonst ist der Unterschied handgreiflich. Während in der vorigen Woche das Auditorium kühl und ruhig darsaß und nur selten warm wurde, hält es jetzt mit seinen Beifallsäußerungen durchaus nicht zurück und bringt überhaupt den Vorträgen ein regeres Interesse entgegen. Gleich der erste Vortrag, der des Professors Ering über die Agrarfrage, zeichnet sich durch eine geschmackvolle Vortragsweise aus, die das Wesentliche scharf pointiert und auch mit härteren Ausdrücken hervorhebt. Allerdings behandelt er das Thema durchaus vom Standpunkte des Besitzers, während die Verhältnisse der Landarbeiter fast garnicht gestreift werden oder doch auch in den folgenden Vorträgen nur unter dem Gesichtspunkte Berücksichtigung finden werden, als sie für den Unternehmer Arbeitskräfte sind, deren immer schwieriger werdende Beschaffung und Behandlung für die Unternehmer die Agrarfrage verschärft. Aber von diesem freilich sehr erheblichen Mangel abgesehen, giebt der Vortrag ein sehr anschauliches und klares Bild von der heute auf unserer Landwirtschaft lastenden Krise und beleuchtet ihre Ursachen meist eingehend und sachlich. Die Anstrichung einzelner Verhältnisse an Landkarten und die Mittheilung sehr geschickt zusammengestellter statistischer Tabellen, die er nicht wie Mikroskopist z. B. diktiert, sondern die er gedruckt verteilt, sei nur noch erwähnt.

Es folgt dann der wissenschaftlich hervorragendste Vortrag des ganzen Kurses von Professor Bücher aus Leipzig: „Ueber die Formen des Industriebetriebs, ihre Geschichte und ihre Fortbildung, unter besonderer Berücksichtigung der schwebenden Tagesfragen, einschließlic der Kartellfrage.“ Unseren Lesern ist Professor Bücher und die Resultate seiner Studien nicht unbekannt. Sie wissen, daß er einer der namhaftesten bürgerlichen Nationalökonomien ist, und zugleich einer der wenigen, die unbeirrt von Klasseninteressen und Klassenvorurtheilen die Wahrheit und nur die Wahrheit suchen. Die meisten Teilnehmer des Kurses haben allerdings für die hohe Bedeutung des Bücher'schen Vortrages kein Verhängnis. Sie

Der Schauspieler Stieh, der erste Mann der Crelinger, war auf seine schöne und gefeierte Frau nicht wenig eifersüchtig, zumal sie in dem Verdacht stand, die schwärmerische Neigung eines Pioniers von Blücher, vom ersten Husaren-Regiment, zu begünstigen. Als Stieh eines Tages früher, als er erwartet werden konnte, nach Hause kam, traf er — wie Adolf Streckfuß erzählt — auf der Treppe den Offizier, der eben aus der Wohnung des Schauspielers kam. Stieh mochte um so mehr den Verdacht haben, daß die Absichten des Herrn von Blücher keine lauterer gewesen seien, da der Besucher nicht die Uniform, sondern Zivilkleider trug. Es gab eine stürmische Szene. Pionierant von Blücher griff, so hat er wenigstens später bei der Untersuchung behauptet, um sich vor thätlichen, entehrenden Mißhandlungen zu schützen, zu einem Dolch, den er bei sich führte, und stieß mit demselben den beleidigten Chemann nieder. Das traurige Ereigniß machte ein fürchtbares Aufsehen in Berlin, es erregte die tiefste Entrüstung, die auch durch die Verurteilung des Pionierants von Blücher zu dreijährigem Festungsarrest nach einem Erkenntnis des Kriegsgerichts nicht befänstigt wurde, denn die gelinde Strafe widersprach dem Rechtsgefühl des Volkes. Auch König Friedrich Wilhelm III. theilte die Ansicht der Berliner, auch er sand die Strafe dem Verbrecher nicht angemessen, und diesem Gefühl gab er in der folgendermaßen lautenden Kabinettsordre Ausdruck:

„Ich habe das Kriegsgerichts-Erkenntnis, welches den Pionierant von Blücher des 1ten Husaren-Regiments wegen Verwundung des Schauspielers Stieh durch einen Dolchstoß zu einem 3jährigen Festungsarrest verurtheilt, heute bestätigt, obwohl die Schwere des Verbrechens gesetzlich eine weit härtere Strafe verdient hätte. Wenn jedoch die Mehrzahl der Mitglieder des Kriegsgerichts den Beweggrund, von der Strenge des Gesetzes abzugehen, daraus hergenommen hat, daß der Pionierant von Blücher sich bei dem Vorfall im Stande der Nothwehr befunden habe, indem er, von dem Schauspieler Stieh in seiner Verkleidung erlani und angegriffen, sich seines Dolches unumwunden habe bedienen müssen, als ihm bei seinem schwächlichen Körper kein anderes Mittel zur Erhaltung seiner Ehre übrig geblieben sei, so kann ich nur dieser unrichtigen und höchst verdammungswürdigen Ansicht um so weher mein lebhaftes Mißfallen zu erkennen geben. — Ich will nicht, daß die Offiziere meiner Armee die Aufrechterhaltung der Würde des Standes in der blutigen Erwiderung selbstverschuldeter Verleumdungen suchen, sondern ich fordere von ihnen, daß sie dieselbe durch ein verständiges und stillliches Betragen und durch Unterlassung von Handlungen bewähren, die nach den Gesetzen der Moral und der Ehre gleich verwerflich sind. Ich trage Ihnen auf, dieses der Armee bekannt zu machen und bemerke dabei, daß es schmerzlich ist, durch diese Veranlassung einen gefeierten Namen auf solche Weise berührt zu sehen.“

In der angeblichen Kabinettsordre legt der König eine Selbständigkeit der Meinung an den Tag, die diesem außerordentlich charakteristischen Mann kaum zugutrauen sein dürfte. Es wird daher anzunehmen sein, daß die auch sonst sehr unzeitgemäß klingende Geschichte der königlichen Anweisung nichts ist, als eine Hohenzollernlegende.

Wie die weibliche Arbeitskraft durch ihre Billigkeit auch im Handwerksberufe die männliche verdrängt, darüber giebt die Meldung eines Berichterstatters schlagende Auskunft. Eine hiesige von dem Korrespondenten leider nicht namhaft gemachte Lebensversicherung, die vor etwa einem Jahre zirka 300 junge Leute beschäftigte, die das glänzende Gehalt von 60 bis 120 Mark erhielten, hat jetzt zirka 150 Damen eingestellt, die nun das phänomenale Gehalt von 30 bis 75 Mark beziehen. Auf diese Weise werden der Gesellschaft zirka 7000 Mark monatlich erpart. Die Stenographen, welche früher noch leicht ein Engagement mit 150 M. erhielten, müssen jetzt zusehen, wie Damen in diese Stellungen einrücken, die, sage und schreibe, 30 bis 40 M. Anfangsgehalt erhalten. Dabei sollen die Damen flotte Korrespondenz in Deutsch, Englisch, Französisch führen können und möglicste Fertigkeit im Maschinenschreiben besitzen. Daß die Zahl der stellunglosen Handlungscommis von Monat zu Monat steigt, ist unter solchen Verhältnissen nicht zu verwundern. Vergeblich haben die großen kaufmännischen Vereine

wissen nicht, daß das, was Bücher in so aufprechtender und konzentrierter Form vorträgt, neue Ergebnisse der Wissenschaft sind, daß sie langsam gereifte Früchte jahrelangen mühevollen Studiums des Vortragenden darstellen. Es scheint ihnen alles so einfach und selbstverständlich und infolge der klaren Vortragsweise so überaus plausibel, daß sie der Meinung sind, die eine Dame nach den ersten Stunden dahin zusammensetzte: Das ist also der berühmte Bücher; das war nichts Bedeutendes, das habe ich alles schon gewußt. Die Dame meinte natürlich, sie hätte schon vorher gewußt, daß man heute noch Schneiderinnen ins Haus nimmt, oder daß die Bauernfrauen früher selbst spannen und webten; aber die seine Art, wie Bücher die einzelnen Betriebsysteme scheidet, ihre Entstehung auseinandersetzt, ihre Vorzüge und Nachteile hervorhebt, kurz, wie er den ganzen Entwicklungsengang der Industrie vom bogenschnühenden Wilden und dem primitiven Hausbau der ganzen Familie aus bis zur modernen Fabrik mit tausenden von Arbeitern und den mächtigen Kartellen, welche den Erdball umspannen, in seinem innersten Kern sichtbar macht, ist ihr unverständlich geblieben. Das ist ja eben bei allen großen Wahrheiten und neuen Aufschlüssen, namentlich im Gebiete der Nationalökonomie, die Rehrseite der Medaille, daß sie so einleuchtend und plausibel erscheinen, daß sie jeder für selbstverständlich hält. Als Columbus das Ei hingestellt hatte, konnte es eben jeder.

Ueber den Vortrag des Herrn Geheimrath Wagner wollen wir uns nicht weiter verbreiten. Seine Stellung zu uns und seine Anschauungen sind ja, von allem anderen abgesehen, aus seiner Thätigkeit am evangelisch-sozialen Kongreß und aus seiner Affäre mit König Stumm bekannt genug. Zur Charakteristik eines Theiles der Hörer mag folgendes erwähnt sein. Wagner hatte im Beginn seines Vortrages davon gesprochen, daß es nur eine Wahrheit gäbe, daß es nur auf sie ankomme, daß es aber gleichgültig sei, auf welchem Wege man zu ihr gelangte; was also am Sozialismus richtig sei, müsse man unbedingt anerkennen — eine für einen Vertreter der Wissenschaft eigentlich höchst selbstverständliche Bemerkung. Nach der Stunde hörten wir in Beziehung auf diesen Ausspruch von einem wohl pomatirten und geschneideten königlich preussischen Regierungsdassessor die weise Bemerkung: Wagner ist denn doch allzu lähm, wenn er behauptet, man könne vom Sozialismus etwas lernen. O sancta simplicitas! Ein Adler in nuco.

Der letzte Vortrag an den Vormittagen ist der von Herrn Professor Ester aus Breslau: „Ueber die sozialen Aufgaben des Staates, der Kirche und der höheren Gesellschaftsklassen unter besonderer Berücksichtigung des Armen- und Versicherungswesens.“ Da der Herr Professor ausschließlich Angehörige der oberen Klassen vor sich hat, so wäre dies ein Thema, so recht geschaffen, um diesen einmal ihre sozialen Pflichten recht nachdrücklich ans Herz zu legen, und kein sozialpolitisch interessirter Mann würde

Berathungen angestellt, wie diesem Uebelstande abzuhelfen ist. Trogtallem giebt es bekanntlich unter den Handlungscommis noch viele Leute, die des bummeln Müßels und Harmoniebusfels voll, in Gemeinschaft mit den Unternehmern die Sozialdemokratie verungewöhnen wollen.

Soll die Kultur durchs Brandenburger Thor eingeziehen? Zwei politische Maßnahmen deuten in der That darauf hin, daß Berlin sich der Kultur der westlichen Großstädte nähern soll. Wie die „National-Zeitung“ zu melden weiß, ist an der Kreuzung der Friedrich- und der Leipzigerstraße jetzt ein Schuhmann zu dem Zwecke aufgestellt, ältere Personen, angestrichene Damen und Kinder, wenn sich dieselben nicht allein hinüber wagen, zur anderen Seite zu geleiten. Ja noch mehr. (Einige Blätter, so die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Verfügung, welche Polizei-Oberst Krause erlassen haben soll. In dieser Verfügung scharf der Kommandeur der Schuhmannschaft seinen Beamten auf das strengste die Instruktionen im Verkehr mit dem Publikum ein und verbietet den Beamten, bei der Sirkation von Personen sich Hebergrieße zu erlauben. Namentlich ist den Beamten untersagt, die Sirkirenden anzufassen, zu stoßen und dergleichen. Zuwiderhandelnde Beamte sollen mit sofortiger Kündigung resp. Entlassung bestraft werden. Man traue seinen Augen nicht!

Für die Befichtigung des Reichstagsgebäudes durch das Publikum, die bisher unentgeltlich war, sind neue Bestimmungen erlassen worden. Die betreffende Bekanntmachung, die im Flur bei Portal V aushängt, lautet wie folgt: Die unentgeltliche Befichtigung des Reichstagsgebäudes findet bis auf weiteres täglich statt an den Wochentagen vormittags von 8 bis 9 Uhr und mittags von 12 bis 1 Uhr und Sonntags nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Das Publikum wolle sich in der Wartehalle versammeln, von wo aus die Besucher durch die Hausinspektions-Beamten geführt werden. Von Beginn der nächsten Sitzung des Reichstages ab ist die Befichtigung des Reichstagsgebäudes nur gegen Lösung von Eintrittskarten, die im Eintrittskarten-Bureau des Reichstages (Portal V) zu erbiten sind, zulässig. Für jede Person wird für eine Zutrittskarte eine Gebühr von 50 Pf., für Familien von mehr als drei Personen 1.50 M. erhoben. Die Eintrittskarten zu den Plenarsitzungen des Reichstages gelangen noch wieder unentgeltlich zur Benutzung. Warum zur Zeit der Parlamentsstimmung die Befichtigung nicht mehr unentgeltlich ist, wird nicht mitgetheilt.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hat unser Parteigenosse Stadtverordneter Weier einen Antrag eingebracht, der die Befischung der Polizeistunde für alle Gastwirtschaften auf 12 Uhr nachts bezweckt. Wie froh wären die Wirthe von ausländischen Arbeiterlokale, wenn sie den „feinen“ Lokalen mit Damenbedienung gleichgestellt würden, und wie froh würden die Kellner bürgerlicher Restaurationen sein, wenn ihnen durch behördliche Verordnung das Recht zugehanden würde, der zur Erhaltung des Körpers wenigstens unbedingt nöthigen Ruhe pflegen zu können.

Ueber Belästigungen, denen die bei der Gewerbe-Ausstellung beschäftigten Arbeiter ausgesetzt sind, bringt ein Berichterstatter eine Meldung, die wir, ohne für deren Richtigkeit anzuforkommen, hier wiedergeben wollen. In der Umgebung des Troptomer Parks haben sich gegenwärtig zahlreiche Personen zusammengefunden, die zum Theil als Kellner und Hausdiener in den Sommerwirthschaften der dort benachbarten Vororte vorübergehend beschäftigt waren. In den späten Abendstunden haben sich diese Leute schon wiederholt den Vorübergehenden lästig gemacht und namentlich an den Zahlungstagen betteln sie die von dem Ausstellungsplatze nach Hause gehenden Arbeiter mit einer Ausdringlichkeit an, die stark an Straßenraub grenzt. Am vergangenen Sonnabend hatten sich deshalb mehrere Bauarbeiter, die ihren Weg gemeinsam nach dem Baumschulweg zu nehmen hatten, verabredet, in mehreren Trupps fortzugehen und sich gegen die Ausdringlichkeiten der Dummheit Weisheit zu leisten. Es dauerte denn auch garnicht lange, als in der Gegend von Ranne eine flotte Prägel in Gang kam. Bei dieser Gelegenheit scheinen die Bauarbeiter den Dummern einen heilsamen Denksattel erteilt zu haben, bean

sich diese Aufgabe entgehen lassen. Herr Professor Ester dagegen hielt sich in der ersten Vortragshunde stets nur auf der Oberfläche und brachte nichts als die leichtesten Trivialitäten und die breitgetretensten Gemeinplätze vor. Außerdem hat der Herr die angenehme Gewohnheit, über alles mögliche zu reden, was ihm gerade in den Kopf kommt — und es kommt ihm mitunter wirklich etwas in den Kopf, wie wir gleich sehen werden — und in gleichmäßig hinplätschernder Sprache seinen Zuhörern die abgeplanderten Gerichte auszusprechen. Gewissenhaft, wie wir nun einmal sind, wollen wir unsern Lesern den einzigen originalen Gedanken vortragen, doch nein, originale Gedanken hat der Herr nicht, also die einzige originale Wendung, die wir in der ersten Stunde zu entdecken vermochten. Von dem in der Nationalökonomie epochemachenden Buch von Friedrich Engels über „Die Lage der arbeitenden Klassen“, sagt Herr Ester, daß es „immerhin lesenswerth“ sei, und gesteht allergnädigst zu, daß es neben vielen Uebertreibungen und Entstellungen doch manches wahre enthalte. Also das Werk, von dem die beschreibende Nationalökonomie ihren Ausgangspunkt genommen hat, ist „immerhin lesenswerth“. Von den Schriften des Herrn Ester, z. B. von seiner kindlichen Arbeit über die Postparlamente, ließe sich freilich selbst dies nicht behaupten.

In den späteren Stunden hat Prof. Ester sich bei Erörterung von Einzelfragen auf ein höheres Niveau gestellt und sich bemüht, objektiv zu werden. Seine Ausführungen über Fabrikinspektion, Gewerbegerichte, Zustände in Staatsbetrieben boten zwar nichts Neues und Originelles, waren aber doch für viele Zuhörer neu und nützlich.

Den letzten Vortrag des ganzen Kurses hält Professor Schmoller aus Berlin, der Veranlasser der ganzen Unternehmung, über „Arbeitsverteilung, soziale Klassenbildung und soziale Kämpfe“. Herr Professor Schmoller ist bekanntlich Virtuose in der Kunst, mit vielen Worten nichts zu sagen, oder den Kern der Sache mit solchem Redefschwamm zu umhüllen, daß niemand hinter seine wahre Meinung kommt. Würdte, könnte, dürfte, vielleicht, mehr oder minder sind Lieblingswendungen des Herrn Professors; jede klare und entscheidende Stellungnahme wird ängstlich vermieden. So gelingt es ihm denn auch sehr geschickt, mit der Gewandtheit eines Seiltänzers anstatt über alle Klippen hinwegzugleiten, ohne daß die Hörer irgendwie merken, wie der Herr Professor zu dieser Frage steht. Auch ist das ganze Thema ja so geschickt gewählt, und bewegt sich so ausschließlich in großen Persönlichkeiten, daß die Fragen der Gegenwart nur gelegentlich gestreift werden. Daß der Vortrag formell weit aus der beste und wirkungsvollste ist, versteht sich bei Schmoller von selbst; und auf diesen Vorzug vertrauen, hat er es gewagt, seinen Vortrag an das Ende des ganzen Kurses zu legen.

Es bleibt uns nun noch der Vortrag über Geschichte und Theorie der deutschen Sozialdemokratie, bei dem sich all-

diese sind seit jener Zeit von der Bildfläche verschwunden, worüber namentlich auch die Geschäftsleute aus Johannisthal, Nieder-Schönweide und Adpenitz sehr erfreut sind, denn diese Wegelagerer längst unbenutzt geworden waren. Von Fußwerkeln, welche jene Wegend passirten, sind häufig Gegenstände verschwunden, ohne daß deren Verbleib zu ermitteln gewesen wäre.

Vom Rache-Kampf für Ordnung, Religion und Sitte weiß die bürgerliche Presse immer noch mitzutheilen. Jetzt wird gemeldet: Der Schlußact der Affäre Schrader-Röhe scheint sich jetzt in Rathenow abzuspielen. Seit einiger Zeit treffen dort regelmäßig sowohl Hermonienmeister v. Höhe wie Herr v. Schrader ein, um sich nach dem Offizierkasino zu begeben, wo anscheinend Verhandlungen in der bekannten Sache stattfinden.

Ueber die Besuchszeit in der Charitee scheidet im Publikum vielfach Unklarheit zu herrschen. Um Besuchern und Beamten Unannehmlichkeiten und Belästigungen zu ersparen, sei daran erinnert, daß körperlich Kranke Mittwochs, Sonnabends und Sonntags, nachmittags von 2-3 Uhr, besucht werden können. Die Besuchszeiten für gemüthskranke Männer ist Sonnabends und für gemüthskranke Frauen Mittwochs, jedesmal von 8 1/2 Uhr vormittags an.

Zwei weitere Unglücksfälle durch die elektrische Bahn werden uns gemeldet: Am Mittwoch Vormittag stürzte sich ein siebenjähriger Knabe auf das Geleise der elektrischen Bahn, auf welchem gerade ein Wagen herannahte. Als der Kleine nun schleunigst auszuweichen versuchte, lief er blutlings gegen einen Geschäftswagen, wurde überfahren und innerlich schwer verletzt. — Am Mittwoch Abend wollte der 32jährige Arbeiter Reinwaldt in der Pringelallee kurz vor einem elektrischen Wagen den Schienenkörper überschreiten; dies gelang ihm zwar, doch gerieth er unter einen Lastwagen und wurde erheblich am Kopfe verletzt.

Zu der Angelegenheit der Emilie Berg bringt ein Berichterstatter folgende Mittheilung: Die Mittheilung von der plötzlichen und unerwarteten Entlassung der Emilie Berg aus der Strafhaft entspricht nicht dem wahren Sachverhalt. Thatsächlich ist Emilie Berg nicht plötzlich und unerwartet am Sonntag aus der Strafhaft entlassen worden, sondern sie befindet sich bereits seit Wochen auf freiem Fuße. Es handelt sich also um einen Irrthum in der Zeitungsnotiz. Absolut unrichtig ist die Behauptung, daß der Emilie Berg ohne jede Begründung gesagt worden sei, sie sei frei. Die Entlassung ist vielmehr nur eine Urlaubsentlassung, welche erteilt werden mußte, weil Emilie Berg in der Strafhaft im Begriff stand, wiederum einem jungen Weltbürger das Leben zu schenken. Dieses Ereigniß hat schon sehr lange stattgefunden, Emilie Berg lebt mit ihrem Kinde in dem Hause Brunnenstraße 112 in den nächststen Verhältnissen, da sie ohne jeden Erwerb war und sich lediglich durch den Verkauf einiger geringer Mobilien kümmerlich erhalten hat. Jetzt ist es der Emilie Berg gelungen, eine Nähmaschine gegen Anzahlung zu erwerben, und sie sucht durch Näharbeiten sich einen Verdienst zu verschaffen.

Der Nizdorfer Niesenweiskohl wird von den dortigen Landwirthen auch in diesem Jahre vielfach nach außerhalb verfrachtet und findet namentlich in Preußen, Magdeburg und anderen großen Städten Abnehmer. In Sauerkohl verarbeitet gelangt das Nizdorfer Produkt dann wieder nach Berlin, um hier als „Magdeburger Sauerkohl“, der bekanntlich besonders beliebt ist, verkauft zu werden.

Einem unerwartet reichen Familienzuwachs erhielt dieser Tage der Gärtler Dube in Nizdorf. Die Ehefrau des Genannten wurde nämlich von drei munteren Mädchen entbunden. Mutter und Kinder befinden sich wohl.

Mit zerschlagenem Kopfe wurde Mittwoch Abend der Arbeiter Karl Baetke an Kottbuser Ufer aufgefunden und durch einen Schuhmann des 48. Regiments in ein Krankenhaus gebracht. Da er schwer betrunken war, so ist der Mann jedenfalls durch Stürzen zu seinen Verletzungen gekommen. Baetke war erst tags vorher aus dem Arbeitshause zu Nummelsburg entlassen worden.

Die Arbeiterin Louise Kayser aus der Schulstraße 118 ist Mittwoch Nachmittag schwer verunglückt. Sie war in der Dampfwascherei von Lampe in der Lothringersstraße 16 damit beschäftigt, die Zylinder-Dampfmangel zu putzen. Die Maschine stand zu nächst still. Plötzlich aber setzte die Arbeiterin sie aus Unvorsichtigkeit in Bewegung, gerieth mit dem rechten Arme zwischen die heißen Zylinder und verbrannte sich an Hand und Unterarm so schwer, daß sie in eine Klinik gebracht werden mußte.

dingt die Präsumtion subjektiver Wahrhaftigkeit nicht aufrecht erhalten läßt. Wie wir schon in unserer ersten Besprechung ausführten, ist Herr Privatdozent Karl Oldenberg von Professor Schmolke extra zum Vernichter des Sozialismus engagiert worden und mit großem Eifer und ebenso großem Ungeschick hat er sich dieser Aufgabe unterzogen. Vassalle, dieser selbstgefällige Typus gewissenloser Unverschämtheit, blieb, so bozirt Herr Oldenberg, kein „völlig der geistige Parvenü“, der die Spuren seines Emporkommens nicht abzutreiben vermochte, eine Charakteristik, zu der das strebame Berliner Privatdozenten die Studien vermuthlich an einer von ihm sehr werthgeschätzten Person — und zwar in unmittelbarer Nähe derselben — gemacht hat. Von Bedeutung war an Vassalle nur seine klugvolle Nebenwaise, wo er die deutsche Sprache zu politischen Brandreden mißbrauchte, wie sie sein älterer Freund Heine im Lyrischen Gemüthbraucht hatte.“ Worauf mit dieser geistreichenden Wendung spekulirt wird, liegt auf der Hand: auf die antisemitischen Neigungen der Judenschaft. Es macht sich auch allerliebst, wenn jemand in Antisemitismus macht, in dessen Adern selbst semitisches Blut fließt.

Nachdem Herr Karl Oldenberg dann noch unter lautem Beifall verkündet, die Arbeiter hätten eine geradezu abgöttische Verehrung mit Vassalle's widerlicher Person getrieben“, findet er im Charakter von Karl Marx „keine die Folge des Mißtrauens, der tiefsten Gefährlichkeit und der eiteln Selbstgefälligkeit“, um dann über das Kapital folgenden Satz zum besten zu geben:

„Das erste Buch des Kapital ist ein durchaus feines Werk, durchaus ohne neue Gedanken, von einer feineren Einseitigkeit und unerträglichen Breite; offenbar sehr mühsam gearbeitet; fortwährend werden ein paar Gedanken umeinander herumgewunden, aber bei Nichte beschränkt durchaus ergebnislos.“ Man traue seinen Ohren nicht, das Kapital ein Werk! Das Kapital ergebnislos! Das Kapital, auf dem die deutsche Sozialdemokratie fußt, auf das sich die Arbeiterbewegung der ganzen Welt gründet! Und diese oberflächliche Aburtheilung des Herrn Oldenberg nennt sich Wissenschaft! Wenn Herr v. Stamm nicht durch diese Leistung den Befähigungsnachweis zum deutschen Professor als erbracht ansieht, dann gibt es keine Dankbarkeit mehr unter den herrschenden Klassen.

Aber den Haupttritt hatte sich Karlchen Oldenberg für den Schluß der Vorlesung ausgespart. Er hatte die Bilder der geistigen Herren des Sozialismus an die Wand geheftet und stellte sie seinen Hörern auf folgende Weise vor: „Das ist Marx als Revolutionär“ (u. s. w.); „das ist Vassalle, der Stempel einer außerordentlichen Frucht ist ihm auf die Stirne geprägt; im übrigen Kopf halb Schauspieler und halb Verbrechertypus.“

Der Grund, weshalb Herr Oldenberg mit dieser Wuth an zwei großen toden Löwen der Wissenschaft solch staatsbrecherische Thaten vollbringt, ist durchsichtig. Die herrschenden Klassen werden sich dieses strebame Professorenfüßchen als Hilfskraft bei der Ausrottung des Sozialismus nicht entgehen lassen. Wie man aus sicherer Quelle hört, sind der Geh. Finanzrath Jenke, der Generalbevollmächtigte von Krupp, und Herr Generalsekretär Buel Besucher der Kurse. Diese beiden hochwichtigen Herren werden schon für sein Fortkommen sorgen.

In der Sassenfassung der Emilie Berg wird gemeldet: Die Emilie Berg, die im ganzen vierzehn Monate Gefängniß zu verurtheilt hat, ist lediglich wegen ihrer inzwischen erfolglosen Entbindung aus der Strafhaft (Charitee) beurlaubt worden. Ein Nachlaß der Strafe hat nicht stattgefunden.

In eigenartiger Weise erfolgte vorgestern Nachmittag eine Kindesaussetzung. Der Tischler Julius Braag sah in dem Lokale von Becker in der Langenstr. 92 ganz allein, während die Tischlerei sich im Nebenzimmer befand. Plötzlich öffnete sich die Thür, und eine Frauensperson von 25 bis 30 Jahren legte ihm mit den Worten: „Halten Sie mir mal das Packet!“ einen in graues Tuch gehüllten Gegenstand auf den Schooß. Die Person verschwand sofort wieder. Als man nach einigen Minuten den Umschlag öffnete, fand man in dem Packet ein etwa 14 Tage altes Mädchen, bei dem ein Zettel mit der Aufschrift „Anna Detmann“ lag. Der Tischler brachte das Kind auf die Wache des 94. Polizeiregiments in der Langenstraße, die Polizei ließ es in das Waisenhaus in der Alten Jakobstraße bringen. Braag, ein Mann von 51 Jahren, der seit 24 Jahren verheirathet ist, kennt die Ueberbringerin des Kindes nicht.

Polizeibericht. In der Nacht vom 9. d. Mts. wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Invalidenstr. und ein Grüntrahmhändler in seiner Wohnung in der Haldenstraße, erhängt vorgefunden. — Am 9. d. Mts. Vormittags erschloß sich ein Mann in seiner Wohnung in der Prinzenstraße. — Mittags gerieth in der Ludstr. ein vierjähriger Knabe unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins. — Nachmittags wurde in der Kleinen Marienstraße ein vierjähriges Mädchen durch einen Geschäftswagen überfahren und auf der Stelle getödtet. — Ein Schlosser fiel abends beim Anbringen eines Fahnen Schildes an einem Hause in der Köpcke'schen Straße von der Leiter und trug außer einer Verstauchung des Handgelenks eine bedeutende Verletzung am Kopfe davon. — Morgens brach auf dem Boden des Hauses Wittenwulderstraße 27 Feuer aus, das den größten Theil des Dachstuhl sowie dort lagernde Brennmaterialien zerstörte. — Außerdem fand abends in einem Hause in der Mariannenstraße ein kleiner Brand statt.

Kunst und Wissenschaft.

Notationsphotographie. Vor einiger Zeit wurde eine ziemlich geheimnißvoll behandelte und mit dem Namen „Notationsphotographie“ belegte Erfindung gemacht. Kuumehr wird bekannt, daß diese die den Zweck hat, wirkliche photographische Kopien verhältnismäßig billig und in größeren Mengen herzustellen. Das Verfahren besteht in folgendem: Rollenpapier wird auf einer automatischen Maschine mit einer Bromsilberemulsion überzogen, d. h. man stellt das zu Photographien zu verwendende Papier rollenweise her. Diese Rolle wickelt sich nun vor einem Negativ ab und wird während kurzer Unterbrechungen der Abwicklung durch passend angebrachte Lampen so beleuchtet, daß zahlreiche Kopien des einen Negativs auf dem Rollenpapier entstehen. Danach wälzt sich die Papierrolle — immer automatisch — durch Entwicklungs-, Fixir- und Waschbäder, macht also alle Stadien der gewöhnlichen Photographie durch, wird dann durch kräftige Blasebälge schnell getrocknet, so daß sofort die Festschreibung der Bilder erfolgen kann. Die Leistungsfähigkeit dieses Apparates ist 1000 Meter in 10 Stunden, und diese 1000 Meter Papier enthalten etwa 40 000 Bilder in Kabinetsformat. Die Herstellungskosten sind jetzt schon so gering, daß dies Verfahren mit dem bisher für Illustration von Büchern gebräuchlichen Lithdruck konkurriren kann. Es dürfte also bald Bücher geben, in denen die Abbildungen aus wirklichen Photographien bestehen.

Geriichts-Zeitung.

Ein Irrthum ist uns bei der Berichtigung über die Verurtheilung des Tischlermeisters Hoffmann unterlaufen. Die Strafe, die Herr Hoffmann wegen Beleidigung seines angestammten Gesellen erlitten hat, beläuft sich nur auf 20 Mark und nicht, wie wir gemeldet haben, auf fünf Tage Gefängniß.

Von der Beleidigung der Majestät. Eine prinzipiell wichtige Entscheidung fällt am 8. Oktober der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in der Strafsache gegen den Musiker Karl Wiesner aus Königsberg. Der Angeklagte ist vom Landgerichte Marburg am 24. Mai wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte am 3. März d. J. in einer Gastwirthschaft, die er mit einem Blasinstrumente betreten hatte, ein Gespräch mit mehreren Gästen begonnen und sich dabei über die demokratischen Einrichtungen Amerikas, die er aus eigener Anschauung kennen gelernt, geäußert. Dann sprach er vom Kaiser, vollendete aber den Satz nicht. Das Gericht scheint angenommen zu haben, daß der Angeklagte den an sich harmlosen Worten der Ausrufung eine unziemliche Bedeutung beilegen wollte, und hat ihn deshalb der Majestätsbeleidigung für überführt erachtet. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, er sei sich keiner Majestätsbeleidigung bewußt. Wenn er sich unangemessen ausgedrückt habe, so sei dies in der Trunkenheit geschehen, wie er schon vor dem Landgericht behauptet habe. Doch er irgend welche Beweisanträge in dieser Richtung gestellt hätte, ergiebt das Protokoll nicht. Dagegen fand eine andere Frage Beachtung. Es wurde nämlich behauptet, das Urtheil beziehe in seinen Gründen nicht das zur Anwendung gebrachte Strafgesetz, wie § 266, 3 der Strafprozessordnung es vorschreibt. Um waren allerdings die Merkmale des § 95 St.-G.-B. festgesetzt und angegeben, daß der Angeklagte sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe, aber es war nicht ausdrücklich angegeben, daß der § 95 auf den festgestellten Thatbestand zur Anwendung gebracht worden sei. Trotzdem der Vertreter der Reichsanwaltschaft das eingeschlagene Verfahren für zulässig erklärte, erkannte das Reichsgericht auf Anhebung des Urtheils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht. In der Begründung hieß es: Der Satz des § 266 St.-G.-B., die Gründe des Strafurtheils müssen ferner das zur Anwendung gebrachte Strafgesetz bezeichnen, ist so aufzufassen, daß das Strafgesetz mit dem ihm in Strafgesetzbuche beigelegten Paragraphen zu bezeichnen ist. Das ist aber im vorliegenden Falle nicht geschehen. Der hierin liegende Verstoß ist als ein solcher anzusehen, der unbedingt die Nichtigkeit des Urtheils nach sich zieht.

Sabbathshändlungen in Schwarzburg-Sonderhausen. Ein interessanter Rechtsfall beschäftigte, wie dem „Mühlb. Anz.“ aus Erfurt geschrieben wird, die Strafkammer des dortigen Landgerichts. In einem Sonntag, 23. Juni d. J., während des Vormittagsgottesdienstes trau der Gastwirth Hermann Korthaus aus Henkelt ein Knecht in einer Gastwirthschaft, welche sich im Schwarzburger Antheil befindet, ein Glas Bier. Deswegen ging dem Korthaus ein Strafmandat wegen Sonntagshändlung zu. Er erhob Widerspruch, und das sächsische Schöffengericht in Sehra erkannte auf Freisprechung, da es annahm, daß das „Sabbath-Edikt“ vom 23. März 1763 aufgehoben sei. Daraus machte die Anwaltschaft von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch. Gestern trat die Erfurter Strafkammer der Ansicht des Vorderrichters nicht bei. Durch das genannte „Sabbath-Edikt“ sei es in Schwarzburg-Sonderhausen verboten, an Sonntagen vormittags während des Gottesdienstes ein Gasthaus zu besuchen; dieses Edikt bestehe noch zu recht und würde halbjährlich einmal in der Kirche verkündet. Auf Grund der §§ 5 und 7 des Sabbath-Edikts wurde Korthaus, unter Aufhebung des ertheilten Urtheils, zu 3 M. Geldstrafe event. einem Tage Haft verurtheilt. Außerdem hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen. Da ist man in Berlin doch weiter fortgeschritten. Hier ist bekanntlich nicht nur während des „Gottes-

dienstes“ das Bierverzapfen erlaubt, sondern man durfte sogar im königlichen Schloß, in der Gnadenkirche und der Kirche mit der weggemeinlichen Rameel-Inskript unter den Augen außerordentlich frommer Bürger dreiß den Sabbath durch Arbeit schänden.

Soziale Uebersicht.

Krankenkassenwesen. Der Central-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Schiffbauer (C. S.) zu Hamburg, der Krankenkasse des deutschen Privat-Beamtenvereins (C. B.) zu Magdeburg, und der Wandbeter freien Krankenkasse (C. H.) zu Wandböl ist vom Reichsfinanzamt von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Lungenschwindsucht als Invalidenthatsache. Von den von der Versicherungsanstalt Baden im Jahre 1894 bewilligten 1898 Invalidentenen kamen 548 auf Lungenschwindsucht = 89 pCt. sämtlicher Invaliden. Es waren darunter: 345 Lungenschwindsüchtige = 24,7 pCt. aller Invaliden. 201 sonstige Lungentranks = 14,8 pCt. aller Invaliden. 160 der 345 Lungenschwindsüchtigen sind bereits im Jahre 1894 gestorben.

Ein Gewerbegericht wird endlich, auf Beschluß des Gemeinderaths, in Schwab. Hall errichtet werden, nachdem die Genossen sich mehrmals vergeblich an diesen gewandt hatten und nun ihr Gesuch der Kreisregierung unterbreiten wollten.

Das Herzogthum Meiningen hatte bei der Berufszählung am 14. Juni 1894 232 661 Einwohner, gegen die Volkszählung am 1. Dezember 1890 ein Mehr von 8829 Personen. Die größten Städte sind Meiningen mit 12 620, Sonneburg mit 11 976, Pörsch mit 10 645, Saalfeld mit 8835 Einwohnern. Hildburg-Hausen, die zweite Hauptstadt des Landes, hatte nur 6644 Einwohner.

Gewerkschaftliches.

Alleinliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Kundgebungen oder Ausparaden, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Achtung, Satirer! Die Kollegen der Firma Scholz Nachf. in Schöneberg-Berlin haben gestern Nachmittag die Arbeit eingestellt. Zuzug ist unter allen Umständen fernzuhalten. Das Streikbureau befindet sich bei Obst, Schöneberg, Brunnenstraße 110. Die Agitationskommission. J. A. Bruno Bruch, Nizdorf, Steinmeßstr. 24.

Situationsbericht über den Berliner Goldbleiben-Arbeiterstreik. Der bereits in die sechste Woche währende Ausstand der Berliner Goldbleibenarbeiter dauert unverändert fort. Alle bisher unternommenen Einigungsversuche blieben erfolglos, indem das Unternehmertum, gestützt auf die Macht seines Geldsacks, nicht gewillt ist, mit der Lohnkommission in Unterhandlung zu treten. Ueber die zuerst erhobene Forderung von 89 1/2 pCt., noch die später gestellte Forderung eines Minimallohnes von 21 Mark haben das Unternehmertum veranlaßt, den Arbeitern irgend welche Zugeständnisse zu machen, viel weniger deren berechnigte Ansprüche zu erfüllen. Um einen Vergleich herbeizuführen, wandten sich die Berliner Kollegen an das hiesige Gewerbegericht, das in seiner Eigenschaft als Einigungsamt folgenden Schiedspruch fällte: Die Forderung der Arbeitnehmer nach einem Minimallohn sei unbegründet. Im allgemeinen verlose die Festsetzung eines Minimallohnes gegen die Natur des Arbeitsvertrages. Der Arbeitsvertrag solle Gegenstand freier Uebereinkommungen sein. Die Festsetzung eines Minimallohnes würde einen unzulässigen Zwang für die Arbeitgeber bedeuten. Außerdem würden die Arbeitgeber dadurch schwer geschädigt und der Konkurrenz gegenüber geschwächt. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die Arbeitgeber bei Einführung eines Minimallohnes sich gerade der Kranken, Schwachen, sowie der sonst weniger leistungsfähigen Arbeiter zu entledigen suchen würden. — Dieser Schiedspruch veranlaßte die Herren Unternehmer, die sich ihres Sieges sicher zu sein glauben, in ihrem Hochmuth zu erklären, daß sie geneigt wären, wegen Aufbesserung einzelner Akkordföhe nur mit ihren Arbeitern und nicht mit der Lohnkommission zu unterhandeln. Ein neuerlicher Versuch der Arbeiter, mittels des Gewerbegerichts zur Verständigung mit den Unternehmern auf Grundlage einer Erhöhung der Akkordpreise zu gelangen, ist gleichfalls an deren Widerstand gescheitert. In einem vom 9. Oktober datirten Schreiben theilte das Gewerbegericht den streikenden Vergoldern mit, daß zu seinem lebhaften Bedauern in der Angelegenheit dieses Streiks weiteres nicht veranlaßt werden könne, da die Arbeitgeber ein weiteres Verhandeln in vorliegender Sache abgelehnt hätten. Ihrem ohnehin nur scheinbaren Siege wessen der Unternehmer damit eine zu große Bedeutung bei. Fügen die Sammlungen reichlicher als bisher, so dürften die Goldbleiben-Fabrikanten Berlin sich nicht einmal eines Vorruchstieges zu erfreuen haben. Die Unternehmer pflegen von hohen auskömmlichen Löhnen zu sprechen, als wären diese Lohnhöhen die Regel; verschwiegen wird aber, daß die Berliner Vergolder oft ein Leben führen, das kaum noch ein menschliches genannt werden kann. Die Zahl der Streikenden beträgt 400. Zur Unterstüßung sind täglich ca. 800 M. erforderlich. Die Haltung der Streikenden ist eine gute. Deshalb agitirt mit ganzer Kraft für die Sache der Berliner Kollegen, sammelt an Geldern, was Euch möglich ist! Der Sieg der Berliner ist auch der Eure! Die Lohnkommission. J. A. B. Schorke.

Zwischen dem Fachverein der Mühlenbauer und der Mühlenbaumeister in Kopenhagen und Frederiksberg ist folgende Uebereinkunft abgeschlossen worden: Die Arbeitszeit dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, inbegriffen 2 Stunden Ruhezeit. Der Stundenlohn beträgt innerhalb der oben angeführten Zeit 40 Oere (gegen früher 35-40 Oere). Für Feiertagsarbeit innerhalb der oben angeführten Arbeitszeit und für Ueberarbeit werden von 6 bis 9 Uhr 60 Oere per Stunde gerechnet; für Nachtarbeit (ohne Abzug für die Ruhezeit) von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, 80 Oere per Stunde. (Statt früher 65-75 Oere per Stunde und von 10 Uhr ab.) Für Landarbeit wird nach obenstehendem Tarif bezahlt und freie Station gewährt. Wo der Arbeiter sich Kost und Logis für eigene Rechnung beschaffen muß, wird ihm eine Zulage von 14 Oere per Stunde bezahlt. Als Landarbeit wird alle Arbeit außerhalb Kopenhagen, Frederiksberg, Wally und Ueterslev bezeichnet. Die Reisekosten werden den Arbeitern ersetzt. Bei Akkordarbeit wird dem Arbeiter der Stundenlohn nach obigem Tarif garantiert. Der Arbeitslohn wird am Freitag innerhalb der Arbeitszeit ausgezahlt.

Ein Novum selbst für sächsische Verhältnisse scheint uns zu sein, daß am Freitag voriger Woche in Kappel bei Chemnitz eine Textilarbeiter-Versammlung aufgelöst wurde, weil vor dem ersten Punkt der Tagesordnung, einem Vortrage über den Verlauf des Internationalen Textilarbeiter-Kongresses, wegen des anfänglich schlechten Besuchs der Versammlung zunächst ein anderer Punkt, die Wahl eines Vertrauensmannes, vorgenommen werden sollte. Die Beschwerde gegen die Auflösung wird wahrscheinlich von Erfolg sein. Trotzdem bleibt die Auflösung ein charakteristisches Beispiel dafür, unter welcher ungeheurer Bedrängniß die deutschen Arbeiter ihr Koalitionsrecht ausüben müssen.

Ins Paris schreibt man uns zur Schandenerklärung Resignier's in Garmang: Der Patentfälscher und Streikführer von Carmaux hätte der Arbeiterfrage keinen größeren Dienst er-

